

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Mittwoch, den 12. Dezember 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die sozialpolitische Vergangenheit des Zentrums.

Mit seinen Gegenwartsleistungen in der Sozialpolitik kann das Zentrum nicht viel Staat machen. Dennoch hat es nicht unerhebliche Arbeiterchancen noch in seinem Vann gehalten, dank der großen Macht, die die katholische Kirche, deren großer Apparat dem Zentrum völlig zur Verfügung steht, über die Gemüter der Gläubigen ausübt. Diese ideologische Ursache — die freilich selbst wieder ein Produkt ökonomischer Verhältnisse der Vergangenheit ist — hat für eine geraume Zeit noch größere Gewalt über die Denk- und Gefühlswelt der katholischen Arbeiter, als die sich aus ihrer Klassenlage ergebenden Bedürfnisse und Interessen. Indes, wenn auch langsam, der Zeitpunkt rückt doch unaufhaltsam näher, wo die mittelbaren Wirkungen ökonomischer Zustände weit zurückgelegter Zeiten, Wirkungen, die in jüngerer Vergangenheit wieder verstärkt wurden durch die Verfolgung der katholischen Kirche im Kulturkampf, doch an Kraft verlieren und zurückstehen müssen vor den Einwirkungen der gegenwärtigen ökonomischen Verhältnisse auf das Menschenhirn. Wenn der Katholizismus, der nicht umsonst die Diplomatie des katholischen Merus im Dienste hat, diesen materiellen Interessen der Arbeiterschaft nicht gewisse, an sich freilich höchst unzureichende Zugeständnisse gemacht hätte, so hätte er heute schon nicht mehr jene Proletariatscharen, die noch seiner Hohn folgen. Zu einer solchen Politik der Viertel- und Achtelzugeständnisse und der tönenden Versprechungen an die Arbeiter ist der Katholizismus weit mehr befähigt, als der evangelische Meritalismus. Denn die katholische Kirche hat trotz ihres prunkvollen Kultus und ihrer reichbepflanzten Hierarchie doch im niederen Merus und in manchen Orden ein stark volkstümliches Element, das mit dem arbeitenden Volk und mit der Bauernschaft enge Beziehungen und verwandte Gefühle hat und deshalb zum Verständnis der Bedürfnisse und der Forderungen des Proletariats in gewissem Grade befähigt ist, weit mehr als die fast ausschließlich aus den Kreisen der „Gebildeten“ sich rekrutierende evangelische Merisei. Wie denn überhaupt die katholische Kirche infolge ihrer größeren Unabhängigkeit vom Staate, resultierend aus ihrer Internationalität und ihrer festgeschlossenen, jede Eigenbrödelei ausschließenden Organisation, eine weit volkstümlichere Einrichtung ist als die von Luther den Landesfürsten ausgelieferte evangelische Kirche, deren Pastoren nach dem Gebote des weltlichen Landesbischofs nicht „politisch“ sein dürfen. So darf der evangelische Pastor sich nicht beifommen lassen, die Besitzenden scharf zu kritisieren, den Bestrebungen der Nichtbesitzenden Sympathie zu zeigen, während dem katholischen Kaplan eine frächtige Kapuzinerpredigt gegen den Mammon, eine wortreiche Mahnung der Reichen an ihre sozialen Pflichten gegen die Armen im allgemeinen von einem Oberen nicht verdacht wird — so lange es eben bei frähtigen Worten bleibt. Dergleichen aber und die mannigfachen sozialen Pfänderden, die das Zentrum für die Leiden der Arbeiterschaft bereit hält, blenden noch immer einen Teil des katholischen Proletariats und erklären es, daß der Vorkampf der Sozialdemokratie in den Zentrumswahlkreisen selbst dort, wo sie industriell sind, zeitweilig fast zum Stillstand kommen konnte und heute noch langsamer vor sich geht als in anderen Gebieten.

Indes, je mehr die Sozialdemokratie erstarkt und je mehr sich infolgedessen auch in der noch ultramontan gerichteten katholischen Arbeiterschaft das unbewußte Klassengefühl allmählich zum Massenbewußtsein klären will, umso mehr muß das Zentrum für seine Arbeitergeföhlgschaft fürchten. Die christlichen Gewerkschaften — auch eins von den Jugendständen des Zentrums an die Masseninteressen der Arbeiter — geben Beispiele für diesen Prozeß. In den Industriegegenden kämpft das Zentrum heute einen wütenden Kampf mit der Sozialdemokratie um die Arbeiter. Immer strupelloser werden die Mittel der Schwarzen. Da sie den Arbeitern keine wirklichen Verdienste des Zentrums von größerer Bedeutung für die Arbeiter zeigen können, da sie ihnen auch nichts Erhebliches in der Gegenwart zu bieten haben, wenn sie nicht die katholische Bourgeoisie, Kleinbürgertum und Bauernschaft gegen sich aufbringen wollen, so muß die Täuschung der Arbeiterwähler helfen. Die tollste Verleumdung der Sozialdemokratie und, da mit den Leistungen der Gegenwart kein Staat zu machen ist, die strupellose Erfindung großer sozialpolitischer Verdienste des Zentrums in der Vergangenheit, das sind beliebte Mittel der Zentrumsa- gitation vor Arbeitern.

Den katholischen Arbeitern wird vorgespiegelt, daß es das Zentrum sei, das der Sozialpolitik die Bahn gebrochen habe in Deutschland, daß durch das Zentrum zuerst die Forderung nach Arbeiterschutz im Reichstage erhoben worden sei, daß ein katholischer Bischof Ketteler in Mainz es gewesen sei, der zuerst die öffentliche Meinung in Deutschland für Reformen zugunsten der Arbeiter aufgerufen habe. Die Anwendung ist, daß das Zentrum als Alleinvertretung der Arbeiterinteressen auch allezeit die beste sein werde.

In dieses Gewebe von Unwahrheit reißt die kleine Schrift, die Genosse Aug. Erdmann dieser Tage im Verlage des „Vorwärts“ herausgegeben hat*), klaffende Löcher. Erdmann hat die Hauptkapitel des ultramontanen Romans von der bahnbrechenden Arbeit des Zentrums auf dem Felde der Sozialpolitik herausgegriffen und ihnen die historische Wahrheit entgegengesetzt.

Der Kontrast ist schneidend. Stück für Stück fällt der falsche Glitter angeblicher Arbeiterfreundlichkeit, mit dem sich das Zentrum behängt hat. Es ist eine Darstellung der Haupttappen der sozialpolitischen Vergangenheit des Zentrums, die Erdmann gibt; die er gibt, weil sie in unserer Partei noch wenig behandelt ist, während über das antisoziale Wirken des Zentrums in der Gegenwart und jüngerer Vergangenheit eine Menge von Zeugnissen in der Tagespresse und in der Agitationsbücherei der Sozialdemokratie gesammelt sind.

Zunächst geht die Schrift dem Meritalen Märchen von der Bahnbrecherrolle des Bischofs v. Ketteler auf sozialpolitischem Gebiet zu Leibe. Schon 1848, so erzählen die Zentrumsa- gitatoren ihren Zuhörern, hat es die soziale Frage be- handelt. Erdmann zeigt, daß Ketteler in der damaligen aufgeregten Zeit, die eine Flut von sozialen Bestrebungen entfesselte, in der vor allen Dingen aber das Proletariat sich selbst regte und sozialpolitische Forderungen stellte, in der Marx, Engels und andere in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus ent- wickelten, einige Reden und Predigten über die soziale Frage gehalten hat, die keinerlei positive Vorschläge zu ihrer Lösung geben, man möchte sie denn sehen in der Empfehlung christ- licher Gesinnung für Reiche und Arme, in der Forderung, daß der Reiche von seinem Ueberfluß dem Armen zukommen lasse, und daß der Arme zufrieden sein solle. Die Öer Jahre, die dann eine zweite Verättigung Kettelers gebracht, zeigen ihn als vollständigen Laien auf dem Gebiete der Arbeiter- frage, der sich, allerdings anonym, vom Lassalle Rat erbittet und nicht abgeneigt ist, ein Experiment mit Produktiv- genossenschaften in kleinem Maßstabe zu machen, ein Beweis, daß er das Programm, das Lassalle im „Offenen Antwoort- schreiben“ entwickelte, nicht verstanden hatte. In seiner Schrift „Die Arbeiterfrage und das Christentum“, die 1864 erschien, zeigt sich Ketteler in seiner Kritik der Arbeiterlage durchaus abhängig von Lassalles Schriften, denen er z. B. die Lehre vom ehernen Lohngesetz unüberändert entnahm. Positive Vorschläge weiß Ketteler auch hier nicht zu machen, von den praktischen Forderungen Lassalles (Arbeiterproduktions- Assoziationen, allgemeines Wahlrecht) hält er nicht viel. Selbst weiß er aber nichts anderes zu sagen, als daß Männer, die „zur Lösung der Frage mehr befähigt sind“, die einzelnen Mittel zu finden haben. Indes weiß er doch das eine, daß nur das Christentum imstande ist, solche Mittel zu liefern, durch die „die Verhältnisse des Arbeiterstandes mit Erfolg zu bessern“ sind.

In welchem Sinne das Christentum, d. h. die Kirche die soziale Frage lösen will, das ergibt sich aus folgenden Sätzen der genannten Schrift Kettelers:

„Christus hat gesagt: Ihr werdet immer Arme haben! So ist es; wir werden immer Arme und viele Arme bei uns behalten und der größte Teil des Menschengeschlechts wird in Ruhe und Arbeit sein Brot verdienen müssen und von den sinnlichen Genüssen des Lebens mit wenigen Ausnahmen ausgeschlossen bleiben. Alle anderen Verheißungen sind eifflie Phantasie und Betrügereien am Bolle.“

Allerdings, das gesteht Ketteler zu, ist diese arme Existenz, „diese mühevollte Arbeit im Schweiße des Angesichts von morgens früh, wo der Arbeiter aufsteht, bis zum Abend, wo er sich müde zu Bette legt“, ein unerträglich Widerspruch mit dem Verlangen des Menschen nach Glückseligkeit; aber dieser Widerspruch wird gelöst durch die Verheißungen und Herzlichkeiten des — Jenenseits!

Das ist der große Bahnbrecher des Gedankens der Sozial- politik, mit dem das Zentrum vor den katholischen Arbeitern paradiert!

In einer knappen Uebersicht zeigt Erdmann im folgenden Abschnitt, wie wenig auf den Katholikentagen der ÖÖer und 7Öer Jahre von einer Wirkung dieser angeblichen Tätigkeit Kettelers auf diese Vertretung der katholischen Vereine und des späteren Zentrums zu verspüren ist, welche sozialpolitische Rückständigkeit die Beschlüsse dieser Ver- sammlungen zur sozialen Frage und über Forderungen nach ein wenig Arbeiterschutz erweisen. Aachen und Essen, wo das Zentrum es verstand, in den 7Öer Jahren die Kreime einer selbständigen politischen Betätigung der katholischen Arbeiter, im ersten Ort durch gewaltsame Unterdrückung, im zweiten durch widerwillige Konzessionen, zu ersäen, bilden ein weiteres lehrreiches Kapitel aus der Geschichte der Zentrumsozialpolitik. Der sozialpolitische Paradeaus des Zentrums aber, der Antrag Galen, den es im Jahre 1877 im Reichstage eingebracht und womit es die Epoche der Sozial- politik im Reiche eröffnet zu haben vorgibt, erweist sich unter der kritischen Lupe als ein Sammelsurium schwächlicher, gänzlich unbestimmter Arbeiterschutzforderungen, die mehr als aus- geglichen werden durch die reaktionären Vorklöße, die dieser selbe Antrag gegen die Gewerbefreiheit und die

Freizügigkeit enthielt! Arbeiterschutzforderungen aber viel energischerer, weitgehenderer Art, als dieser Zentrumsa- ntrag, hatte schon 1869 die Sozialdemokratie im nord- deutschen Reichstage aufgestellt und später wiederholt ver- treten, und gleichzeitig mit dem Antrag Galen wurde von unserer Partei ein Gesetzentwurf zur Abänderung der Gewerbeordnung eingebracht, der Reformen forderte, die diesen Namen wirklich verdienen. Das Zentrum aber hat selbst die gänzlich unzulänglichen Arbeiterschutzforderungen des Antrages Galen durch seine Zustimmung zu einer noch schlechteren Regierungsvorlage verraten!

Mit einer knappen Wiedergabe der Verhandlungen des christlich-katholisch-sozialen Kongresses zu Lüttich, auf dem der deutsche Bischof Korum den manchesterlich gestimmten französischen Geistlichen sagte, daß der Sozialismus sie zwingen werde, sich mit dem Gedanken des staat- lichen Eingreifens in die Arbeiterverhältnisse vertraut zu machen, wie er die deutschen Katholiken dazu gezwungen habe; und einer Darstellung der vergeblichen Verjuche einzelner katholischer Sozialpolitiker, das Zentrum zur Verpflichtung auf ein klares sozialpolitisches Programm zu bringen, schließt die Schrift. Sie bietet auf ihren 56 Seiten eine Fülle wertvollen Agitationsmaterials gegen das Zentrum und kann deshalb nur allen Genossen, die das Bedürfnis haben, sich über die sozialpolitische Rolle des Zentrums in der Vergangenheit zu unterrichten, warm empfohlen werden. Für die Gebiete, wo der Kampf zwischen Sozialdemokratie und Zentrum geführt wird, bedeutet das Buchlein eine begrüßenswerte Vermehrung der Waffen unserer Partei.

Die Oppositionskomödie in der Budget- kommission.

Herr Dernburg hat gestern in der Budgetkommission, im Kampfe um die Nachtragforderung für Südwestafrika im Betrage von 20,2 Millionen Mark das erste Gesetzt verloren; trotzdem der Große Generalstab weder an seiner Seite mitkämpfte. Das erste Gesetzt ist verloren — keineswegs die „Schlacht“; die von der Regierung gegen die heutige Reichstagsmehrheit nie verloren wird, wenn es gilt, für Heer, Marine und Kolonien noch so exorbitante Forderungen durchzubrüden.

Scheinbar ist momentan um die Nachtragforderung für Süd- westafrika schlimm bestellt, denn sie ist gestern von der Kom- mission abgelehnt worden; ebenso auch der Zentrumsa- ntrag, der verlangte, daß neben der in Aussicht genommenen Heim- sendung von 4000 Soldaten die Vorbereitungen dahin getroffen werden, bis zum 31. März 1907 die Schutztruppe auf 2500 Mann zu vermindern. Die Freisinnigen, die nicht nur ihre Hoioten- sondern auch ihr kolonialfreundliches Herz entdedt haben, eilten der Regierung mit dem Antrage zu Hilfe, daß bis Ende März u. Z. einfach nur die Vorbereitungen „zu einer weiteren erheblichen Verminderung der Gesamtstärke der Schutztruppe“ getroffen werden sollen. In einer Resolution forderten sie außerdem „möglichste Beschleunigung der Heimsendungen“ an Stelle der Schutztruppe treten sollte. Als der Herr Kolonialdirektor den Zentrumsantrag für unannehmbar, dagegen die freisinnigen Forderungen für akzeptabel bezeichnete, eilte Herr Dr. Arends an den rechten Flügel der Kolonialamtlich zu Regierungstruppen „erhobenen“ Freisinnigen und — Arm in Arm mit den Herren Eichhoff, Kopsch und Dr. Wiemer forderte nun Herr Arendt: „Möglichste Beschleunigung der Heimsendung von Schutz- truppen, Bildung einer kolonialen Landwehr und Ablösung der Schutztruppen in den pazifizierten Teilen durch eine Landespolizei.“ Aber auch diese Forderungen wurden niedergestimmt; somit ist vorläufig alles abgelehnt.

Das Kolonialdurcheinander ist derweil Trampf, nicht nur in der Kommission, sondern auch bei der Regierung. Oberstleutnant Duade hat von 5000 Mann gesprochen, die dauernd in Südwest- afrika bleiben müssen. So urteilt das Oberkommando. Oberst- leutnant Kuhl hält vorläufig 8200 Mann für unbedingt notwendig; vielleicht vom Jahre 1908 ab noch 7000 Mann. Was dann werden soll, wissen weder die Götter noch der Große Generalstab, dessen Anshawung Herr Kuhl vertreten hat. Herr Dernburg ist ebenfalls für 8200 Mann; in vier Monaten werde sich vielleicht übersehen lassen, ob und in welchem Umfange eine Verminderung der Truppen eintreten könne.

Eine Regierung — eine Sache und drei verschiedene Meinungen! Mehr kann man unmöglich verlangen.

In der Kommission stand am Dienstag die Geschichte so: Für den Zentrumsantrag stimmten nur Zentrum und Polen; das ist die Minderheit. Für die Regierungsforderung nur die Rechte und die Nationalliberalen, das ist wiederum die Minderheit; für die Resolution Freisinn-Arendt nur die Antragsteller, wobei Herr Eichhoff fogar noch „streckte“, dem er enthielt sich der Abstimmung. Bis zur Entscheidung im Plenum haben die Kulissenhändler nun reichlich Arbeit.

Aus der Debatte sei hervorgehoben, daß Herr Spahn unter die Zweifel gezogen ist und gar männiglich von energischen Forderungen an die Regierung sprach, die der Reichstag erheben müsse. Auch Herr Paasche führte scharfe Worte auf den Lippen, aber er fügt sich ins Unvermeidliche. Ob die Kommission statt der geforderten 20,2 Millionen nur 15 Millionen einlegt, ist egal; am Ende müssen doch 20,2 Millionen — vielleicht noch mehr — gebleht werden, meinte Herr Paasche. Genosse Ledebour

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die hochgehaltene Koloni- geite oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stet- gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schlaf- stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Woche über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition W bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

*) Der Schwindel der Meritalen Arbeiterpolitik von August Erdmann. Berlin 1906. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Preis 35 Pf.

Charakteristika der Regierungsbürokratie und forderte, daß mit der gegen die Eingeborenen beobachteten Niederhaltung sofort gebrochen werde. Mit anständigen Entgegenkommen könne der Krieg beendet werden, der dem Volke so enorme Opfer auferlege. Herr Oberleutnant Kuhl machte nochmals schwarz in schwarz. Der Krieg tobe weiter und der Generalstab fürchte, daß der Gegner auf der ganzen Linie wiederum zum Angriff übergehen werde, wenn man die Truppenzahl auf 2500 Mann, oder noch tiefer herabsetze. Das heiße auch die Kolonie auf schwerste gefährden. Diese Auffassung bekämpfte die Herren Spahn und Erzberger. Ob ihre entscheidende Abstimmung mit ihren Worten und ihrem Antrag im Einklang stehen wird, steht — wie immer beim Zentrum — auf einem ganz anderen Blatt!

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzte eine lebhaft diskussion über die Indiskretion ein, die es der „Kölnischen Volkszeitung“ und einigen liberalen Blättern ermöglichte, die vertrauliche Kauferei zwischen den Herren Erzberger und Semler am vorigen Freitag in allen Einzelheiten zu erzählen. Herr Semler sprach von groben Mißverständnissen, gab aber zu, mit dem Herrn Görne im Weisheit seines (Semlers) Kompagnons eine Unterhaltung über koloniale Fragen gepflogen zu haben; die jedoch belanglos gewesen sei. Auf die Einzelheiten konnte er sich nicht mehr besinnen; aber sein Kompagnon bestätigte ihm schriftlich, daß Görne ihn mindestens sehr grob mißverstanden habe. Genosse Singer erhob namens der Sozialdemokraten entschiedenen Protest gegen fernere Beschlüsse auf Geheimhaltung von Vorgängen in der Kommission. Nur wenn feststehe, daß das Reich durch die Veröffentlichung der Verhandlungen Schaden erleiden könne, sei die Geheimhaltung gerechtfertigt. Nachdem wiederholt von hiesiger Seite grobe Indiskretionen vorgekommen sind, werden sich die sozialdemokratischen Mitglieder nur in dringenden Fällen Beschlüssen auf Geheimhaltung fügen, die ganze Kommission werde zugeben müssen, daß die sozialdemokratischen Mitglieder und die sozialdemokratische Presse sich noch nie einer Indiskretion schuldig gemacht habe. (Allgemeine Zustimmung.) Aber die Sozialdemokraten hätten fernerhin keine Lust mehr, sich gewissenhaft an Beschlüsse zu halten, während die bürgerliche Presse in der indiskretionstheißigen Weise behauptet werde. Herr Erzberger teilte mit, daß der Vertreter der „Kölnischen Volkszeitung“ durch liberale Journalisten auf der Journalistentribüne über die Vorgänge in der Kommission informiert worden sei. Woher diese Journalisten ihre Kenntnisse hatten, sei ihm unerklärlich. Erzberger hielt weiter seine Behauptungen gegen Semler aufrecht. Herr Görne habe sich bereit erklärt, alles was gegen Dr. Semler gesagt und behauptet worden sei, eidlich zu erhärten. Im Januar d. J. habe Semler bestritten, den Görne zu kennen; jetzt muß er schon eine Unterredung mit diesem Mann zugeben. Herr Erzberger gab auch bekannt, daß er viel von seinem wichtigsten Anlagematerial gegen die Kolonialverwaltung von dem genannten Herrn Görne erhalten habe. Seit Semler im Frühjahr unter Hohenzollerns Verwaltung versucht habe, eine Art Nebenregierung zu etablieren, müsse man ihn als Mann betrachten, der von der Regierung zu Vermittlungsgeschäften benutzt werde.

Bezeichnend für die Nachrichtenjägererei bürgerlicher Journalisten waren Mitteilungen der Abgg. Krenzl, Paasche u. a., die erzählten, wie oft sie nach Beendigung der Sitzung von bürgerlichen Journalisten befragt werden. Der Antisemit v. Sonnenberg wollte überhaupt die Kommissionsberichterstattung aufgehoben beziehungsweise eingeschränkt wissen. Dagegen wendete sich Genosse Singer energisch. Die Geschäfte des Parlaments werden hauptsächlich in den Kommissionen erledigt, diesfalls habe das Volk ein Recht, über die Kommissionsverhandlungen wahrheitsgetreu informiert zu werden. Die Sozialdemokraten würden sich auch nie einem gegenständlichen Beschluß fügen. — Schließlich geben sämtliche Parteien Erklärungen ab, daß an dieser neuesten Indiskretion ihre Parteigänger unschuldig seien. Wer ist's nun gewesen, wenn alle unschuldig sein wollen? —

Dieser Vorgang reißt sich würdig den Enthüllungen über die Hintertreppenspolitik einzelner Fraktionen und Abgeordneter an; ebenso auch dem nachgewiesenen Mißbrauch, den einzelne Abgeordnete mit ihrem Mandat treiben, um hinter den Kulissen Pressionen auszuüben.

Der Reichskanzler hatte am Dienstag im Reichstage eine Unterredung mit Herrn Spahn, bei der jedenfalls der Kaufhandel bereits eingeleitet wurde. Herr Spahn sprach auch mit dem Grafen Posadowsky. Eine Auflösung des Reichstages wird ja das Zentrum schwerlich riskieren!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Dezember.

Die Fleischnotinterpellation im Reichstage.

Einen Monat verschleppte die Regierung die Beantwortung der freisinnigen und sozialdemokratischen Interpellationen über die Fleisch- resp. Lebensmittelverteuerung. Damit gab sie den Agrariern die Möglichkeit, nicht nur ungehindert weitere Millionen aus den Taschen des Volkes zu eskamotieren, sondern auch den Ablenkungsschwindel gegen die Fleischnot weiter zu treiben. Diese Begünstigung der Volksauspöckelung haben die gierigen Agrarier weidlich ausgenutzt — die Massenrauberei dauert fort und den Agrariern fallen nicht die harten Taler — wie einst Bismarck von den Vätermeistern sagte — sondern die blanken Doppelkronen aus der Tasche.

Endlich glaubte sie das wohlfrisierte statistische Material zur Ablehnung der Fleischnot und Abschlagung der Angriffe auf ihre agrarierefreundliche, volksfeindliche Politik beisammen zu haben und so fand endlich die Besprechung jener Interpellationen statt.

Am Regierungstische hatte neben dem alles vertretenden Stellvertreter des Reichskanzlers, dem Grafen Posadowsky, der neue preussische Landwirtschaftsminister Graf Arnim-Criewen Platz genommen — ihm zu Füßen, auf den Bänken der Rechten, saßen ausnahmsweise nur waschechte Agrarier, ein halbes Duzend Grafen und ein Duzend Freiherrn, die gegen die oppositionellen Reden lärmten, mit besonderem Ingrimm aber der instruktiven, von beifender Satire durchwobenen Rede unseres Scheidemanns entgegenjohlten, der unsere Interpellation begründete.

Vor ihm hatte der freisinnige Abgeordnete Wiemer die Interpellation seiner Fraktion begründet, vermochte aber nicht den Eindruck zu erzielen, wie sein Fraktionsgenosse Wohl bei der Besprechung der gleichen Frage im vorigen Jahre.

In seiner zweistündigen Rede schleuderte Scheidemann den Agrariern und der Regierung massenhafte, schwerwiegendes, unwiderlegbares, vielfach aus dem Lager der Brot- und Fleischwucherer stammendes Material entgegen. Er geißelte die Demagogie jener Parteien, die den Brot- und Fleischwucherer mitmachten und unterstützten, denen jetzt aber vor dem Willen des Volkes bange wird und die darum nun in Ver-

sammlungen oder Stadtvortretungen — wie der Abgeordnete Trimborn-Köln — gegen die Fleischnot agitieren. Scheidemann forderte diese Demagogen auf, nun ernstlich zur Beseitigung der Lebensmittelverteuerung beizusteuern. Seine Mahnung wird jedoch sicherlich unbeachtet bleiben, denn alle Zollwucherer werden sich mit der Erklärung zufrieden geben, die Graf Posadowsky im Namen des Reichskanzlers als Antwort auf die Interpellationen verlas.

Die Erklärung der Regierung sagt dem Volke mit dünnen Worten, daß es weiter hungern muß. Mit den längst bekannten Einwänden, daß die Grenzsperrung unumgänglich notwendig sei zur Verhütung der Einschleppung von Viehseuchen und daß die berechtigten Interessen der Landwirtschaft geschützt werden müßten, paradierte die Regierung in ihrer Erklärung zur Freude der Agrarier, die ihre Interessen durch den Reichskanzler Bülow vortrefflich vertreten wissen. Die Klauen, daß der Fleischverteuerung die ernsteste Aufmerksamkeit von der Regierung zugewendet worden sei, werden in keiner Weise durch die winzige Konzession gedeckt, daß die Einfuhr frischen Schweinefleisches aus Schweden, Norwegen und Dänemark gestattet werden solle.

Mit Schweigen glitt die Erklärung über die Verteuerung anderer Lebensmittel hinweg und bestätigte damit, daß an der seit 1900 eingeleiteten Zollwucherpolitik nicht ein Zota geändert werden wird, so lange Bülow im Interesse der Zollwucherer regiert.

Der neue Landwirtschaftsminister debütierte mit der Ablegung einer Art Geheimratsarbeit, die im Sinne der Regierungserklärung den Nachweis zu liefern suchte, daß die Fleisch- resp. Schweineproduktion wieder gestiegen sei, gegenwärtig stünden aber Ferkel so billig im Preise, daß wiederum eine ungünstige Beeinflussung der Schweinemast zu befürchten sei. All die alten, unstichhaltigen Gründe für die Begünstigung der Agrarier wurden von den Agrariern schweigend angehört und selbst eine Darlegung der Preisbildung des Stallmaßes, der für die Produktion anderer landwirtschaftlicher Erzeugnisse höchst wertvoll sei, wurde beifallslos von ihnen hingenommen — es fehlte der Beweisführung die frischfröhliche Dreistigkeit des verflochtenen Pöbelski. Nur die Phrase, daß die Landwirtschaft geschützt werden müsse, fand das übliche Bravo; und selbst der obligate rechtsseitige Beifall am Schlusse dieses ministeriellen Debüts konnte eine gewisse Enttäuschung der Agrarier nicht verdecken.

Während dieser Rede war der Reichskanzler im Hause erschienen, er griff jedoch heute nicht in die Verhandlung ein, die auf Antrag Singers nach diesen Reden einsetzte.

Zuerst schied das Zentrum einen Redner vor. Der Abg. Pfarrer Liborius Gerstenberger unternahm es, mit Heiterkeit erregendem Ungeheiß die Doppelnatur des Zentrums vor den Hörern zu bemängeln. Er trat für hohe Viehpreise ein zum Schutze der kleinen notleidenden Landwirtschaft, die an der Schweineaufzucht stark beteiligt sei. Das demagogische Wohlwollen dieses Bauernfreundes für die industrielle Arbeiterbevölkerung fiel nämlich ab gegenüber den beweiskräftigen Ausführungen Scheidemanns, der nachgewiesen hatte, daß die deutsche Viehproduktion den Bedarf an Fleisch nicht decken kann, daß ein Rückgang des Viehstapels vorhanden ist, und daß die Fabrikinspektoren in den Domänen des Zentrums, in Rachen, Münster, Arnberg, Koblenz usw. konstatiert haben, die Lage der Arbeiter sei trotz teilweiser Lohnerhöhung infolge der Lebensmittelverteuerung immer ungünstiger geworden. Wie könnte es auch das Zentrum wagen, ernstlich gegen die Lebensmittelverteuerung aufzutreten, nachdem es den Brotwucher bei den Zolltarifverhandlungen in der schmachlichsten Weise betrieben hat. Es müßte nicht nur diese Wirkung des Lebensmittelwuchers und somit seine eigene Tätigkeit jener Epoche bekämpfen, sondern überhaupt gegen den ganzen Zolltarif Front machen, der mit seinen höheren Industriezöllen auch der Landwirtschaft, vorwiegend auch hier den Kleinbauern höhere Lasten aufgebürdet hat. Benützte doch selbst der Landwirtschaftsminister die Tatsache der Verteuerung der Industrieprodukte als Argument für die Phrase, daß die Landwirtschaft geschützt werden müsse, weil sie auch höhere Preise für Industrieprodukte zahlen müsse. Damit wollte er offenbar die Zollwucherer in den bürgerlichen Parteien daran erinnern, daß die Vertreter der Industrie den Agrariern und die Agrarier den Industriellen im gegenseitigen Einverständnis den Raubzug auf die Tasche des Volkes sicherten.

Und sollte auch diesmal die Besprechung der Volksnot in der Gesetzgebung des Reiches erfolglos bleiben, so ist doch sicher, daß die Abrechnung des Volkes nicht ausbleiben wird.

Herr Dernburg und die katholischen Missionen.

Herr Dernburg ist nach seinem Rencontre mit Herrn Roeren von der kolonialfreundlichen Presse aller Richtungen — von dem antisemitischen „Reichshoten“ bis zum Blatt des Herrn Rudolf Mosse — als „harter Mann“ gefeiert worden, der endlich mit dem System des Rechnungsträgers mit dem Zentrum gebrochen habe. Achtundvierzig Stunden später hat denn diese Presse freilich wieder darüber gegreimt, daß „es nicht gewesen“ sei, daß alles beim alten und das Zentrum nach wie vor Regierungspartei bleibe.

Nun, wir haben uns keinen Augenblick darüber getäuscht, daß der brutale „Vertrauensbruch“ des stellvertretenden Kolonialdirektors keinen anderen Zweck und Erfolg haben konnte und sollte, als dem durch die Hinte ebenfalls zu Enthüllungen aufgefaschelten Zentrum einen Anstoß zwischen die Zähne zu schieben. Das Zentrum weiß am meisten von den kolonialen Bestialitäten, es mußte ihm also von vornherein die Möglichkeit genommen werden, mit seinem Material „auszupacken“. Und Herr Dernburg brachte das Zentrum dadurch zum Schweigen, daß auch er schleunigst „auspackte“. Beide Teile wissen zu viel von einander, als daß sie an einem öffentlichen Waschen ihrer schmutzigen Wäsche Gefallen finden könnten!

Dernburgs Vorgehen stellte nur einen geschickten Schachzug dar — nichts weiter. Im übrigen wird die schmachliche Kolonialwogelei zwischen Zentrum und Regierung ruhig fort dauern.

Daß Herr Dernburg keineswegs der unabhärrige „starke Mann“ ist, den die Kolonialpresse in ihm entdeckte, beweist schon die Tatsache, daß er sich bald nach Antritt seines Amtes bemühte, freundschaftliche Beziehungen mit den katholischen Missionen zu nehmen.

Herr Dernburg wandte sich an den Probst R. von der St. Hedwigs-Kirche in Berlin mit dem Ersuchen, ihm einen Geistlichen namhaft zu machen, der sich im Auftrage der Regierung an die Mütterhäuser der in den Kolonien tätigen katholischen Missionen wenden solle, um deren Wünsche kennen zu lernen, damit ein freundschaftliches koloniales Zusammenarbeiten ermöglicht werde. Probst R. erklärte Herrn Dernburg, daß er ihm einen solchen Geistlichen nicht nennen könne; doch empfahl er dem Kolonialdirektor einen Intendantensekretär D. vom Rechnungshof in Potsdam, der schon

einmal eine ähnliche Mission für das Reichsamt des Innern ausgeführt habe. Herr Dernburg ging dem auch auf diesen Vorschlag ein, befragter Intendantensekretär stützte auf Kosten der Reichsverwaltung den Mütterhäusern seinen Besuch ab!

Man sieht, Herr Dernburg ist außerordentlich darauf bedacht, gute Beziehungen zu den katholischen Missionen zu unterhalten. Ob er sich in ähnlicher Weise auch mit den Mütterhäusern der protestantischen Missionen in Verbindung gesetzt hat?

Vielleicht ist der „Reichshoten“ in der Lage, darauf Antwort zu geben! —

Deutsches Reich.

Ein außerordentlicher Gewerkschaftstag

findet am 25. und 26. Januar in Berlin zwecks Stellungnahme gegen das heimtückische Ausnahmengesetz statt, das unter dem Vorgeben, Berufsvereinen Rechtsfähigkeit geben zu wollen, das Koalitionsrecht der Arbeiter und die Gewerkschaften aufs äußerste bedroht. Die aufklärende Agitation seitens der freien Gewerkschaften gegen das Anti-Gewerkschaftsgesetz ist um so erfreulicher, als einflussreiche Kräfte dahin streben, die Führer der christlichen Gewerkschaften dazu zu veranlassen, selbst den Strick drehen zu helfen, mit dem die Gewerkschaften erdroffelt werden sollen. Eine entschiedene Stellungnahme gegen das Anti-Gewerkschaftsgesetz sollte Aufgabe der gesamten Arbeiterklasse ohne Unterschied der politischen Richtung sein. Insbesondere leitende Zentrumskreise haben aber den Plan eines allgemeinen Gewerkschaftskongresses zu vereiteln gesucht.

Die Reeder gegen das Vereinsrecht der Kapitäne.

Eine Bekanntmachung des Vereins der Hamburger Reeder vom vorgestrigen Tage nimmt Bezug auf den in der Mitgliederversammlung des Vereins der Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine vom 22. November 1906 gefassten Beschluß, der besagt: „Der Verein hält es für durchaus vertretlich, daß eine Reederei Vorschriften erläßt, welche den Kapitänen und Offizieren Anweisungen geben, wie sie ihren Dienst auszuführen haben. Die Reederei hat ihre Aufträge über die Bestimmung des Schiffes zu erteilen; ein weiteres Eingreifen in den Dienst an Bord bedeutet zuweilen eine Gefahr für die Sicherheit der Schifffahrt und die wirtschaftliche Schädigung einzelner Personen, wie eine seecanthische Unternehmung vom Jahre 1904 zur Genüge dargelegt hat.“

Wie der Verein der Hamburger Reeder bekannt gibt, setzen sich die Reeder gezwungen, derartigen gefährlichen Tendenzen energisch entgegen zu wirken, einerlei, ob jene Tendenzen mündlich oder durch Druckschriften, ob von einzelnen oder durch das Mittel von Vereinsbeschlüssen verbreitet werden. Die Reeder müssen deshalb, heißt es in der Bekanntmachung, die Zugehörigkeit zu einem Verein, der derartige Tendenzen im Rahmen seiner Mitglieder verbreitet, für unvereinbar mit der Disziplin und den Anforderungen ihres Betriebes erklären und haben auf Grund dieser Erwägung heute den Beschluß gefaßt, Mitglieder jenes Vereins nicht mehr in ihrem Dienst zu halten.

Werden die Kapitäne und Offiziere steif bleiben oder vor dem gewaltigen und gemeingefährlichen Gott Kapital die Segel streichen? Dieser unerhörte Angriff auf das Koalitions- und Vereinsrecht beweist vielleicht endlich auch den „staatsbehaltenden“ Parteien, wie dringend notwendig ein Schutz des Koalitions- und Vereinsrechts von Reichswegen ist. Die Macht des Kapitals treibt so auch der Sozialdemokratie noch fernsichende Schichten zu der Ueberzeugung von der Wichtigkeit der sozialdemokratischen Ideen.

Richter kontra Polizei.

Der jammervolle Rechtszustand, daß auf der Straße der Schuhmann zu beschließen, der Bürger zu gehorchen und das Gericht die Maßnahmen des Schuhmanns in juristischer Form einfach zu sanktionieren hat, ist zwar eines Kulturstaates unwürdig, in Preußen jedoch derart eingebürgert, daß es als eine Parität registriert zu werden verdient, wenn ein Gericht sich gegen die Rolle der Unterordnung unter das Polizeiregiment aufbäumt und die Zwangsjade abzuschütteln sucht. Einen solchen Ausnahmestandpunkt nahm in einer an sich belanglosen Sache das Schöffengericht in Ruhrort ein.

Am Juli d. J., gelegentlich eines Schützenfestes, wurden mehrere Neulandier, die auf dem Festplatze bedient hatten, morgens gegen 9 Uhr auf der Straße von einer Anzahl junger Leute genetzt und angeulkt. Zwei hinzukommende Schulleute trieben die jungen Putschler auseinander. Bei dieser Gelegenheit soll ein Richter A. sich renitent benommen haben, so daß er zur Polizeiwache gebracht und mit einem Strafmandat bedacht wurde. A. beantragte richterliche Entscheidung, da nach seiner Behauptung die Festnahme zifra ¼ Stunde später erfolgt sein soll, als er sich mit einem Bekannten auf der Straße ruhig unterhalten habe. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, indem es die herangezogene Polizeiverordnung vom 26. März 1900 für rechtswidrig erklärte.

In der Begründung wurde ausgeführt: „Das polizeiliche Verwaltungsrecht sei begründet auf dem Gesetz über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850. Nach § 6b dieses Gesetzes gehöre zu den Gegenständen der polizeilichen Vorschriften Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen.“ Die Polizeiverordnung sei somit nur eine teils wörtliche, teils sinnemäßige Wiederholung des § 6b des Gesetzes vom 11. März 1850. Da nun aber die Polizeiverordnung die Anwendung des Gesetzes den einzelnen Exekutivbeamten überlasse, so sei damit die Befugnis, die das Gesetz der Polizeibehörde gegeben habe, auf die untergeordneten Polizeiorgane übertragen. Das könne aber nicht Absicht des Gesetzgebers gewesen sein, weil hiernach die Anwendung des Gesetzes von der jeweiligen individuellen Auffassung eines beliebigen untergeordneten Polizeibeamten abhängig sei. Ein solcher Zustand müsse notwendigerweise zu fortwährenden Reibungen mit dem Publikum führen. Es könne aber nicht Absicht des Gesetzes sein, das Publikum einer so weitgehenden Machtbefugnis untergeordneter Polizeiorgane zu unterwerfen.

Da mit dieser sehr vernünftigen Auffassung des Ruhrorter Schöffengerichts der Staatsanwalt nicht einverstanden war, so kam die Sache vor die Berufungsinstanz. Die 8. Strafkammer des Landgerichts Duisburg umschiffte die Klippe, indem zwar der Angeklagte gleichfalls freigesprochen wurde, jedoch mit der Begründung, daß die Strafkammer sich für unzuständig erklärte. Die Handlung des Angeklagten soll nach § 116 des St.-G.-B. als Vergehen anzusehen sein, wofür die Polizei als Strafinstanz nicht zuständig ist. Es bleibt somit der Staatsanwalt selbst stand auf dem Standpunkte, daß die Polizeiverordnung „zweifelslos“ rechtsgültig sei, da doch auch das Kammergericht erst vor einigen Wochen in diesem Sinne entschieden habe.

Wie Disziplinvergehen entstehen.

Vor dem Kriegsgericht des zweiten Geschwaders in Kiel hatte sich am Freitag der Ratrose Köhn wegen falschen Angriffs mit dem

Gewehr vor der Front zu verantworten. Dem nach militärischen Begriffen außerordentlich schweren Vergehen des Angeklagten lag folgender Vorfall zugrunde: Am Morgen des 1. November war die Besatzung des kleinen Kreuzers „Pfeil“ zum Ausmarsch an Deck angetreten und wurde von dem Vorgesetzten befehligt. Dem Führer der zweiten Korporalschaft, Bootsmannmaat Wahl, erschien die Stellung des Angeklagten nicht stramm genug, weshalb er ihm „zur Ermunterung“ befohl, zehn Schritte seitwärts und wieder zurück zu laufen. Da Kühn diesen Befehl nach Ansicht des Matrosen nicht reich genug ausführte, ver setzte ihm der Matrosen einen Fußtritt ins Gesicht, so daß der Matrose stolperte, in die Knie sank und hingefällt wäre, wenn er sich nicht im letzten Moment an ein dort stehendes Wäschfaß hätte anklammern können. Zeichenlos und an allen Gliedern zitternd, raffte sich der Mißhandelte auf, drehte sein Gewehr um und schlug dreimal nach seinem Vorgesetzten. Der Matrosen wehrte die Schläge, die nur mit geringer Kraft geführt wurden, leicht ab und entriß seinem Opfer das Gewehr. Am ganzen Körper bebend ließ sich der Angeklagte darauf abführen, ohne den geringsten Widerstand zu leisten.

In der Verhandlung wurde festgestellt, daß Kühn schon morgens vor dieser Szene und auch am Tage vorher durch vorchriftswidrige Behandlung von dem Matrosen schwer gereizt worden war. Auch einen anderen Matrosen hatte der Bootsmannmaat wiederholt durch Fußtritte mißhandelt; seine Korporalschaft pflegte er mit den argsten Schimpfworten, wie Lausejungen u. dergl., zu traktieren.

Im Urteil wurde berücksichtigt, daß Kühn durch die Mißhandlungen auf der Stelle zu seiner Tat hingerissen worden war, weshalb auf das Mindestmaß, zwei Jahre Gefängnis, erkannt wurde. Bootsmannmaat Wahl erhielt wegen Mißhandlung und vorchriftswidriger Behandlung Untergebenen vier Wochen Mittelhaft.

Man sieht: wieder sieht die Verstrafung des schwer gereizten Untergebenen und des eigentlichen Schuldigen, des Vorgesetzten, in schreiendem Mißverhältnis. Wenn schon der unglückliche Matrose wegen seiner Tat, die psychologisch kaum höher, denn als Reflexhandlung zu bewerten war, so hart bestraft wurde, so hätte der Vorgesetzte, der, auch nach Ansicht des Gerichtshofes, den Matrosen zu seiner Ausschreitung veranlaßt hatte, doch unbedingt als Anstifter verurteilt werden müssen.

Ein neuer Fußtritt für Herrn Noeren.

Die „Nöln. Volksztg.“, neben der „Germania“ das einflussreichste Zentrumblatt, appliziert dem unglücklichen Herrn Noeren einen neuen Fußtritt. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hatte bemerkt, daß sich der Kolonialdirektor ein Verdienst dadurch erworben habe, daß er durch seine Vlothstellung Noerens einem System ein Ende gemacht habe, das seit längerer Dauer wie ein Alpdrück lähmend auf die ganze Verwaltung hätte drücken müssen. Dazu sagt nun die „Nöln. Volksztg.“:

Wir haben nicht das mindeste dagegen zu erinnern, daß in Zukunft Mitglieder der Zentrumsfraktion darauf verzichten, mit der Kolonialverwaltung Dinge wie die in Rede stehenden gewissermaßen unter der Hand zu erledigen. Selbst dann, wenn sie dazu von der Kolonialverwaltung ersucht würden. Man hat gesehen, was dabei herauskommt. Dem Abg. Noeren kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß er es bei seinen auf eigene Rechnung und Gefahr ohne Vorwissen der Zentrumsfraktion mit der Kolonialverwaltung geführten Verhandlungen an Umsicht und Vorsicht hat fehlen lassen, die auch im Verkehr mit Behörden stets am Platze ist, besonders für Mitglieder der Zentrumsfraktion. Man darf sich da nie geben lassen, auch nicht in Äußerungen, die nicht zu Protokoll genommen werden.

Diese rücksichtslose Preisgabe und Abrißung des Herrn Noeren soll offenbar die Tatsache veranschaulichen, daß jetzt auch der Zentrumsabgeordnete Prinz Kreberg als Träger der ultramontanen Nebenregierung entlarvt ist!

Solch blamable Tatsachen lassen sich freilich auch durch derartige Akte der schimpflichsten Selbstentmannung nicht aus der Welt schaffen!

Eine Drohung gegen das Zentrum.

In den Blättern läuft das Gerücht um, daß die Regierung entschlossen sei, den Reichstag auszulösen, wenn der Reichstag die beiden Reichstagsrats für Südwesafrika, also speziell den Bahnbau Südwesafrika, nicht bewilligen werde. Die „Deutsche Tagesztg.“ erklärt, nicht recht an dies Gerücht glauben zu können, zumal die Südwesafrikanischen Forderungen gerade keine besonders günstige Wahlparole für die Regierung bilden würden.

Das weiß die Regierung natürlich selbst. Wilhows Drohung hat wohl auch nur den Zweck, das Zentrum einzuschüchtern und zum Umfall zu bringen. Und diese Spekulation ist gar nicht so übel. Denn wenn auch die Regierung bei einer Neuwahl nicht besonders gut abschneiden würde, so würde doch zweifellos das Zentrum nach seiner furchtbaren Kolonialblamage noch viel schlechter abschneiden!

Es ist deshalb tausend gegen eins zu wetten, daß das Zentrum trotz aller Winkelzüge schließlich doch noch zusammenklappen wird! Die Abrechnung draußen im Lande wird freilich auch bei einem neuen Zentrumserrat dieser Jesuitenpartei nicht erspart werden!

Der Protest gegen die Lebensmittelsteuer.

Am Sonnabend und Sonntag protestierten zwei stark besuchte Vollerwerbungen in Haslach bei Freiburg und Waldkirch. — In Stillingenweiler und Ringsheim (Waden) fanden am Sonntag weitere Protestversammlungen gegen die Fleischsteuerung statt. — Eine gut besuchte Versammlung tagte in Jauer (Schlesien).

Weiteres Material gegen Arendt und Genossen.

Die Enthüllungen über die Petersgetreuen Arendt und Konforten werden jetzt auch von der „Nöln. Ztg.“ bestätigt und in bemerkenswerter Weise ergänzt. Das offiziöse Blatt will es dahingestellt sein lassen, ob man dem Einfluß der Petersfreunde den Abgang des Geheimrats Hellwig ausschließlich zuschreiben solle, aber man könne doch keinen Augenblick daran zweifeln, daß er bei der teilweisen Rehabilitation Peters' beteiligt gewesen sei.

„Um diese Rehabilitation zu ermöglichen, muß für Peters trotz des Disziplinarurteils und der bei dieser Gelegenheit gefällten Verhandlungen und trotz der sonstigen Akten der Kolonialabteilung ein befürwortender Bericht gemacht sein, der nicht ohne Zutun dieser Nebenregierung bei der unter Stübel jedem Druck nachgebenden Kolonialabteilung zustande gekommen sein wird. Es ist vielfach davon die Rede gewesen, daß die Reichsregierung der Anregung des Reichstages, die Peters-Akten vorzulegen, eben wegen dieser teilweisen Rehabilitation von Peters nicht nachkommen werde. Daran möchten wir zweifeln, denn, wenn diese Rehabilitation zuliebe gebracht worden ist auf Grundlage eines nach den Vorgängen nicht zu rechtfertigenden Berichtes der Kolonialabteilung, so trifft diese die Schuld hieran. Sie ist aber in ihrer damaligen Zusammensetzung selber ja doch schon gerichtet.“

Die „Nöln. Ztg.“ deutet also an, daß sich bei den Peters-Akten ein von der Peters-Clique inspirierter gefälschter Bericht über den Fall Peters befindet! Die „Freis. Ztg.“ wirft die Frage auf, warum sich denn Herr Dernburg, der bei dieser Aktion zum Gunsten des Hänge-Peters ganz unbedeutend sei, sträube, die gesamten Akten über den Fall Peters dem Reichstag vorzulegen! Eine längere Weigerung könne doch nur den Anschein erwecken, „als wenn er gegen die Nebenregierung des Abgeordneten Arendt und seiner Freunde vorgehen sich aus irgend einem Grunde scheue.“ Ob Herr Dernburg mit Rücksicht auf den Fürsten Bülow solch auffällige Geheimnisthämerei treibt? —

Protest gegen das Anti-Gewerkschaftsgesetz.

Gegen das neue Streikverbotsgesetz für die Arbeiterklasse protestierte am Sonntag vormittag die Arbeiterchaft Münchens in zwei imposant besetzten Versammlungen. Die zwei größten Säle Münchens, der Münchener Kindl und der Gaderbräu-Kellerhof waren mit Inbegriff der Galerien bis in die äußersten Winkel besetzt. Die beiden Referenten, die Genossen Adolf Müller und Dr. M. Alberty unterzogen unter frenetischem Beifall der Massen den neuesten Wechselbald einer scharfen Kritik. Die beiden Versammlungen votierten einstimmig folgende Resolution:

Die Arbeiterchaft Münchens erklart in dem Gescheitwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine einen ziellosen reaktionären Vorstoß gegen den proletarisch-sozialistischen Geist der modernen Arbeiterbewegung überhaupt.

Unter dem Vorwande, die Rechtsgrundlagen zu stärken, versucht die Reichsregierung in dem vorliegenden Gescheitwurf die Rechtsgrundlagen der Gewerkschaften zu erschüttern.

Der Gescheitwurf greift in rücksichtsloser Weise nach dem Koalitionsrecht großer Gruppen der deutschen Arbeiterchaft, strebt eine Vereinerung der rücksichtslosen Ausnahmegerichtsbildung gegen die Landarbeiter usw. an, unterstellt die große freiwillige Bewegung der Arbeiterchaft einer kleinlichen Polizeikontrolle und sucht das sozialistische Solidaritätsgefühl der Gewerkschaften durch Begünstigung eines kurzfristigen Berufsinteresses zu untergraben.

Das Gewerkschaftskartell zu Frankfurt a. M. behandelte den Entwurf in einer Sitzung, in der Rechtsanwalt Dr. Fromm als Referent und Genosse Dr. Duard in der Diskussion die Verwerfung forderten. Ebenso äußerten sich die Mitglieder des Kartells, die das Wort nahmen. Zum Schluß teilte Genosse Dorisch mit, daß in einigen Wochen ein außerordentlicher deutscher Gewerkschaftskongress zusammentritt, der die einseitige Aktion gegen den Entwurf einleiten soll.

Hamburg im Zeichen des „Verkehrs“.

In Hamburg ist bekanntlich am 5. Dezember der neue Zentralbahnhof dem Verkehr übergeben worden, obwohl noch eine ganze Reihe Vorbedingungen für die ordnungs- und fahrplanmäßige Abwicklung des Eisenverkehrs fehlten. Aber es war so beschlossene worden, und die offizielle Einweihungsfeier mit ihrem Festessen usw. konnte nicht abbestellt werden, ohne das Stimmzettel von Magnifizenz und Erzengelns befürchten zu müssen. Die Feier selbst verlief programmäßig, dagegen herrschte die ganze Woche hindurch im Eisenbahnbetrieb ein wüdes Chaos. Alle Jüge erlitten ganz bedeutende Verspätungen, bis zu vier Stunden und darüber. Im Vertrauen darauf, schneller an die Arbeitsstätten befördert zu werden, hielten viele Arbeiter sich Wochenlang für die neue Vorortbahn, um schließlich mit ganz beträchtlichen Verspätungen am Ziele anzulangen, falls sie es nicht vorgezogen hatten, die mitten auf der Strecke haltenden Jüge zu verlassen und an den Schienen entlang davon zu eilen. Neunzehn Vorortzüge hat man ausfallen lassen müssen und bis heute strotzt der Güterverkehr gänzlich, wodurch ein eminenter Schaden für die Verkehrenden erwachsen ist. Wenn man bedenkt, daß auf dem Hauptbahnhof täglich 767 Jüge abzufertigen sind, kann man sich ein ungefähres Bild davon machen, wie stundenlange Störungen auf den Gesamtverkehr wirken. Die Kolonialität liegt an der Infertigkeit der neuen Bahnanlagen. Zur Untersuchung der Uebelstände hatte der preussische Eisenbahnminister einen vortragenden Rat nach Hamburg entsandt.

Die Landtagswahlen im Großherzogtum Sachsen-Weimar haben nun endlich am Sonnabend ihr Ende erreicht. In einem Zeitraum von fünf Wochen sind nun glücklich alle 33 Abgeordnete „gewählt“ worden. Erst kamen die aus den „allgemeinen“ Wahlen hervorgehenden 23 Abgeordneten an die Reihe. Dann, nachdem die sämtlichen Wähler des Landes ihre Schuldigkeit getan hatten, konnten etwas über 3500 Höchstbesteuerte fünf Abgeordnete direkt wählen. Nachdem auch dies erledigt war, traten am Sonnabend in Weimar die Großgrundbesitzer des ganzen Landes zusammen und „wählten“ in einem Wahlgange ihre fünf Abgeordneten. Es waren diesmal nicht einmal 10 Duzend Großbauern erschienen. 110 Mann hatten das Recht, fünf Abgeordnete zu wählen. — Nach dem endgültigen Resultat ergibt sich nun, daß von den 33 Abgeordneten nicht der dritte Teil, elf Abgeordnete neu in den Landtag einzogien. Ein so großer Wechsel hat bisher noch nicht stattgefunden. Der „Kreuzzeitung“ gefallt der Ausgang der Wahlen gar nicht. Sie schreibt von „einem scharf ausgeprägten Zug nach links“ und jammert, daß es einen Hund erbarnten könnte, darüber, daß die absolute Macht der Konservativen im Landtage gebrochen ist. Mit Bedauern stellt sie fest, daß „eine Schwächung der rechten Seite“ im Landtage eingetreten sei. In liberalen Kreisen triumphiert man darüber, daß der neue Landtag wesentlich liberaler sein werde wie sein Vorgänger, und daß nun sicher eine Verbesserung des Wahlrechts zu erwarten sei. Dabei übersehen man offenbar, daß ein Teil der Nationalliberalen, wir erinnern nur an den bekannten Jenaer Abgeordneten Lehmann, der den neuen Landtag als „oppositioneller“ Nationalliberaler zieren soll, sich als allergeruchteste Handlanger jeder Scharfmacherei erweisen werden. Wenn trotzdem die Konservativen darüber jammern, daß sie nicht mehr die absolute Mehrheit im Landtage haben, so ist schon daran zu ersehen, was von dieser Seite dem Volke alles besetzt worden wäre. Zeichnet sich auch der „Rud nach links“ nicht dadurch aus, daß eine wesentliche Verschiebung zu Gunsten der Opposition eingetreten ist, so liegt der Erfolg doch immerhin darin, daß trotz der Verschlechterung des Wahlgesetzes, infolge der zum ersten Mal erprobten Wahlkreisgeometrie in den industriellen Wahlkreisen, die Sozialdemokratie nicht zurückgedrängt, sondern stärker denn zuvor in den Landtag einzog. Auch die weimarische Regierung wird nach und nach zu der Einsicht kommen: Mit unserer Macht ist nichts getan!

Aus dem Reichsetat für 1907.

Nach dem Bericht der „Nordd. Allg. Ztg.“ schließt der Etat des Reichskanzlers und der Reichskasse in Einnahme wie im Vorjahre mit 1313 M., in Ausgabe mit 302 730 M. (+ 17 880 M.) ab. Er fordert ein Mehr von 6000 M. für die Umwandlung der Stelle des bisherigen vortragenden Rates in die eines Unterstaatssekretärs. Außerdem soll in diesen Etat eine Stelle für den seit 1901 vom Staatsministerialbüro zugezogenen vortragenden Rat mit Höchstgehalt von 11 000 M. in Ansatz gebracht werden.

Weim Etat des Auswärtigen Amtes

ist eine Einnahme von 1 181 730 M. (+ 33 980 M.) angesetzt. Die fortwährenden Ausgaben betragen 16 874 482 M. (+ 521 540 M.), die einmaligen Ausgaben 500 350 M. (— 583 950 M.) Bei den fortwährenden Ausgaben ist zu erwähnen: Für die jetzt von einem vortragenden Rat als Dirigenten geleitete Abteilung IB wird die Schaffung einer Direktorstelle beantragt. Für den Volschaffter in Washington wird eine Erhöhung der Besoldung um 20 000 M. mit Rücksicht auf die dortigen Teuerungs-

verhältnisse beantragt, denen England und Frankreich für ihre Volschaffter bereits Rechnung getragen haben. Aus demselben Grunde soll das Einkommen des Generalkonsuls in Kapstadt um 6000 M. erhöht werden.

Im Etat des

Reichsamts des Innern

sind die ordentlichen Einnahmen auf 12 432 850 M. (+ 1 403 000 M.) beantragt. Im außerordentlichen Etat ist eine Einnahme von 206 800 M. an Rückzahlungen und Tilgungsraten aus dem Fonds für Kleindrohungen angesetzt, die beim ordentlichen Etat erscheinenden Zinsen und sonstigen laufenden Einnahmen aus der Verwendung dieses Fonds betragen 610 000 M.

Die fortwährenden Ausgaben betragen 75 238 065 M. (— 364 516 M.). Bei den allgemeinen Fonds ist die Erhöhung des Betrages für die Herausgabe der „Nachrichten für Handel und Industrie“ von 40 000 auf 50 000 M. zu erwähnen. 6000 M. erscheinen neu zur Herausgabe von Berichten über Landwirtschaft. Der Reichszuschuß zu den nach dem Invalidenversicherungsgesetze zahlbaren Renten wird auf 49 820 000 M. (— 827 250 M.) geschätzt, die Unterstütungen von Familien der zu Friedensübungen eingezogenen Mannschaften auf 1 580 000 M. (— 70 000 M.). Der Fonds zu Aufwendungen für Einrichtungen und Veranstaltungen, welche allgemeinen Interessen des deutschen Handels und Gewerbes dienen, wird von 50 000 auf 100 000 M. erhöht. In einem neuen Titel werden 60 000 M. für Zwecke des Internationalen landwirtschaftlichen Instituts in Rom gefordert. Beim Ausschussamt für Privatversicherung wird eine dritte Direktorstelle neu gefordert.

Bei den einmaligen Ausgaben erscheinen u. a. folgende neue Forderungen: 70 000 M. als Reichszuschuß für den im nächsten Jahre in Berlin tagenden XIV. Internationalen Kongress für Hygiene und Demographie; 25 000 M. als erste Rate einer Unfallstatistik für das Jahr 1907; der Beitrag für das Deutsche Museum in München wird von 65 000 M. auf 100 000 M. erhöht; für die Berufs- und Betriebszählung 1907 werden als dritte Rate 2 800 000 M. angefordert. Die Summe der einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats beträgt 4 795 100 M. (+ 1 755 050 M.). Im außerordentlichen Etat werden 4 Millionen (— 1 Million Mark) für den Wohnungsfürsorgefonds gefordert.

Ausland.

Belgien.

Der Kongreß.

Brüssel, 11. Dezember. Die Kammer nimmt die Beratung der Kongressvorlage wieder auf. Carton de Wiart bestreitet, daß die Berliner Kongressakte und die Freiheit des Handels verletzt worden seien. Er erklärt, die öffentliche Schuld im Kongressakte betrage 2,85 Franz auf den Kopf der Bevölkerung, sei also geringer als in den französischen und englischen Kolonien. Er stimme für Annektionierung des Staates.

Am Montag brachte Senator Lodge im amerikanischen Senat eine Resolution ein, in welcher erklärt wird, der Senat würde alle Schritte wärmstens unterstützen, die Präsident Roosevelt unter Mitwirkung oder mit Hilfe von Signatarmächten des Berliner Vertrages zu tun für angebracht hielt zur Besserung der Verhältnisse im Kongress und zur Beseitigung der jetzt dort bestehenden Mißstände.

Spanien.

Das neue Kabinett hat sich am 6. dieses Monats dem Parlament vorgestellt. Nach der Erklärung des Ministerpräsidenten betrautet sich das Kabinett als die Fortsetzung des Ministeriums Lopez Dominguez. Es will die Diskussion über den Gescheitwurf bezüglich der religiösen Gesellschaften im Parlamente weiterführen und ferner einen Gescheitwurf einbringen, durch den die Citros abgeschafft werden sollen. Die Rechte und das Zentrum gaben ihrem Mißfallen über dieses Regierungsprogramm unterhohlen Ausdruck.

Salmeron, der Führer der Republikaner, kritisierte die Einmischung des Königs in die Politik mit solcher Schärfe, daß er einige Male zur Ordnung gerufen wurde.

Im Lande nimmt die Agitation für und wider die Pfaffenherrschafft große Dimensionen an. Die „Damen Madris“ versammelten sich bei der Herzogin von Bailen und unterzeichneten eine Adresse an den König mit der Bitte, die Kirche gegen die Angriffe der Ungläubigen zu verteidigen. — Klerriale bezw. antiklerikale Kundgebungen fanden in vielen Städten statt. Herdortzuheben sind die Demonstrationen in Ferrol, Pamplona, Valencia, Bilbao, Barcelona. In letzterer Stadt entspann sich ein Zusammenstoß zwischen Antiklerikalen und der Polizei, die Miße hatte, die Manifestanten, die eine Kirche in Brand stecken wollten, von ihrem Vorhaben abzubringen.

Am Tage der Parlamentsöffnung protestierten die Republikaner und die Sozialisten in der Stadtverordnetenversammlung von Madrid gegen das Verhalten des Bürgermeisters, der das unkonstitutionelle Treiben des Königs und Morels gebilligt hatte. Unser Genosse Iglesias hielt eine Rede, die von den Zuhörern auf der Tribüne mit demonstribem Beifall aufgenommen wurde. Das Empörte die Monarchisten. Die Tribüne sollte geräumt werden, worüber ein heftiger Tumult losbrach, daß der Vorsitzende die Tagung aufhob.

England.

London, 11. Dezember. Das Oberhaus lehnte mit 143 gegen 49 Stimmen den Gescheitwurf ab, wonach den Wählern verboten wird, in mehreren Bezirken das Wahlrecht auszuüben. Der Vorschlag war vom Unterhause mit 333 gegen 104 Stimmen angenommen worden.

Als die Herren von der erblichen Kammer wünschen ein Pluralwahlrecht! — Auch bei der Beratung der Schulvorlage haben die Oberhäusler dezernieren darauf hingearbeitet, die Verbesserungspläne der Regierung und des Unterhauses zu hintertreiben, daß ein konflikt großer Stills zwischen den beiden Kammern nicht ganz ausgeschlossen ist.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Wohltätigkeits-Hamburg.

Nicht wenig tun sich manche deutschen Kapitalisten darauf zu gute, daß sie „ihren“ Arbeitern neben dem meist freilich geringen Lohn noch besondere Wohltaten gewähren. Aber auch nicht wenig lassen sie es sich kosten, daß dieser Wohltätigkeitsstimm der staunenden Umwelt bekannt wird, damit die „Wohltaten“ sich umsetzen in einen verheerenden Kommerziantitel oder wenigstens das leere Knopfloch geschmückt wird mit einem Ordensstern, sei er auch nur fünfter Güte. Aber die Palme der Wohltätigkeitsreflexe müssen wir doch einem Nichtdeutschen zuerkennen, einer Firma aus dem Lande des Varnum-Hamburg, der National Cash Register Co. (N. C. R.). Wie ein Riese überragt diese amerikanische Kontraktfirmen die deutschen Wohltätigkeitswerke in puncto — Reklame für ihre Wohltätigkeitsanstalten. Sorgt doch eine in einer Anzahl Sprachen herausgegebene regelmäßig erscheinende Zeitschrift — der unzähligen sonstigen Druckschriften gar nicht zu denken — dafür, den Ruhm Wstr. Pattersons, des Chefs der Fabrik, und die wunderbare, unübertreffliche Wohltätigkeitsorganisation der Gesellschaft zu künden. So lesen wir denn auch in einem Neujahrs-Hirtendbrief des erhabenen Chefs: „Unsere Gesellschaft gab der denkenden Welt ein anregendes Beispiel dahin, was sich auf praktischem Wege tun läßt, um das große Problem

Harmonischen Einvernehmens zwischen allen, welche in einem großen Industrieunternehmen tätig sind, zu lösen. Unsere Anstrengungen im Laufe dieses Jahres fanden seitens der fünf großen Mächte, die Gutes bezwecken, der Presse, der Geistlichkeit, der Pädagogen, der Politiker, der Besitzenden, die größte Beachtung.

Die Anstrengungen des ehrenwerten Mr. Patterson und seiner Trabanten haben wirklich die größte Beachtung in der Presse gefunden — in der Scherl-Presse. Unter dem Titel „Eine ideale Fabrikorganisation“ wird im „Tag“ 1/2 Seiten Artikel über die Wohlfahrtseinrichtungen der „Schönsten Fabrik“ der Welt. Ob der Verfasser des Artikels oder umgekehrt Herr Scherl für die Aufnahme des Artikels Honorar empfing, entzieht sich leider unserer Kenntnis.

Aber unser Veräumnis, dem Wohlfahrtsunternehmen bisher nicht die „größte Beachtung“ gewidmet zu haben, wollen wir nachholen. Und da ist freilich aus der Berliner Tochterfabrik der R. G. M. augenblicklich wenig Erfreuliches zu berichten. In dem vor Wohlthätigkeit triefenden Unternehmen stehen die Tischler, Mechaniker und Stanzen bis vor wenigen Tagen die Buchdrucker im Kusstande. Unsere deutschen Arbeiter haben nämlich die schlechte Ansicht, daß es notwendig ist, trotz Wohlthätigkeitsfinn des Unternehmers der Gewerkschaftsorganisation anzugehören, und darin liegt die verwundbare Stelle der R. G. M.

Das Wohlwollen der Firma bedingt es, daß die Angestellten, die brauchbare Vorschläge für die Fabrikation usw. machen, mit Geldpreisen prämiert werden. Etwa 5000 M. werden für diese Zwecke pro Jahr ausgeworfen, die Prämierten haben die ganz besondere Ehre, absonderlich und in die Zeitschrift der Gesellschaft ausgenommen zu werden. Schlecht denkende Leute sollen freilich der falschen Meinung sein, daß durch diese kleinen Geldprämien von 2 M. aufwärts bis zu 50 M. die Gesellschaft auf billige Weise die geistige Arbeit ihrer Angestellten kauft, und dadurch eine rationellere, das heißt einen größeren Mehrwert erzielende Fabrikationsweise betreiben kann. In den Geschäftsräumen sind besondere Kästen angebracht, in die die Vorschläge zu legen sind. Da hatte denn mal ein Buchdrucker den klugen Gedanken, daß ein Garderobenschrank zur Aufbewahrung der Kleider fehle, besonders da die Bundesratsverordnung für Buchdruckbetriebe das Vorhandensein solcher vorschreibt. Der Buchdrucker sah sich schon im Besitz einer ähnlichen Geldprämie und tat wohlgenut seinen Vorschlag in den angebrachten Kästen. In höflicher Weise antwortete die Leitung der „idealen Fabrikorganisation“:

Rational Cash Register Company, m. b. H.
Berlin SW. 13, Alte Jakobstr. 130/143.
Berlin, den 2. 11. 05.

Herrn . . .
Druckerei.

Wir bestätigen den Eingang Ihres Vorschlages vom 25. Oktober, wegen Aufstellung eines Garderobenschranke auf dem Flur neben der Druckerei, doch können wir denselben aus Sparmaßregelnrücksichten nicht adoptieren, da die Druckerei selbst ganz sauber ist und die Kleider da aufgehängt werden können. Im übrigen bemerken wir, daß wir immer diejenigen Vorschläge vorziehen, wodurch wir Geld sparen können, statt weitere Ausgaben bewilligen zu müssen. (!)

Wir danken Ihnen jedoch für den gemachten Vorschlag und zeichnen
Hochachtungsvoll
Rational Cash Register Company m. b. H.
Factory Committee
F. Jahn, Chairman.

Aber die Gesellschaft — zu ihrem Ruhme sei es gesagt — hat kurze Zeit nachdem doch einen Garderobenschrank aufstellen lassen, nämlich auf Grund eines im Vorschlagsystem freilich nicht vorgesehenen Wunsches des kontrollierenden Gewerbeinspektors. Da mußte man denn trotz „Sparmaßregelnrücksichten“ in denbeutel greifen und 30—40 M. für so überflüssige Sachen in einem Wohlfahrtsbetriebe opfern. Ob die Gesellschaft dem Herrn Gewerbeinspektor für seinen Vorschlag das im „Vorschlagsystem“ der Firma vorgesehene R. G. M.-Diplom (mit Abbildungen der Geschäftsleiter), für besonders wertvolle Vorschläge zu verleihen, überreicht hat? —

Daß in einem der Wohlfahrt der Arbeiter gewidmeten Unternehmen die Arbeitsordnung ganz den Anschauungen der fürsorglichen Leitung entspricht, versteht sich am Rande. Da ist es denn selbstverständlich, daß im Betriebe noch 10stündige Arbeitszeit herrscht, daß für eine durch die Leitung für notwendig erachtete zeitweise Verfürgung der Arbeitszeit keine Lohnentschädigung erfolgt, daß der Arbeiter keinen Lohn beanspruchen darf, wenn er durch einen in seiner Person liegenden Grund an der Arbeit verhindert worden ist, auch wenn das Veräumnis entschuldbar und nicht von erheblicher Dauer ist.“ So wird denn in 42 Paragraphen der Arbeitsordnung gefordert für das Wohl der Arbeiter durch Entschädigungsansprüche des Arbeitgebers, durch Gehorsamsleistung des Arbeiters, durch Einbehaltung des Lohnes für eine halbe Woche, durch das Recht der Visitation beim Verlassen der Fabrik usw. Doch alles das — auch der augenblickliche Streik verschiedener Arbeitergruppen — ändert natürlich nichts an der Auffassung, daß der Pattersonsche Riesenbetrieb ein Musterbetrieb ist, eine Auffassung, der der jetzt anlässlich der Dnkel-Enthüllungen gemahregelte Sohn des früheren Reichsanzlers Hohenlohe bei einem Besuch des Betriebes in folgenden Sätzen Ausdruck gab: „Ich spreche meine Bewunderung aus über die großartige Einrichtung des einzig in der Welt dastehenden Unternehmens, wo so viel Entgegenkommen für die Angestellten gezeigt wird und so viel Gegenliebe und Erfolg dadurch erzielt wird, daß die Grenze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern unsichtbar geworden ist.“

Allerhand Hochachtung!

Die Differenzen im Bädergewerbe

Beschäftigten gestern nachmittag in Kellers Festhale, Kopenitzstr. eine gut besuchte Versammlung der Berliner Gesellenshaft. Zunächst referierte Franz Schneider und Karl Hefschold über die Beschlüsse der Meisterversammlung vom 10. Dezember, über die wir gestern berichtet haben. Der letzte Redner berichtete gleichzeitig über die Verhandlungen der Schlichtungskommission, die mit einer „wahren Schaßgebuld“ sieben Monate hindurch immer wieder im Interesse des Friedens die Differenzen beigelegt gesucht hätte. Die Meister hätten nicht gewollt. Der Redner begründete eingehend die nachstehende Resolution:

„Die öffentliche Versammlung der Bädergesellen von Berlin und Umgebung erklärt nach Kenntnisnahme der Beschlüsse der gestrigen Meisterversammlung folgendes:

Die beiden grundlegenden Bestimmungen des Tarifs lauten: 1. Kost und Logis darf den Gesellen nicht mehr vom Meister gewährt werden. Ausnahmen sind nur auf ausdrücklichen Wunsch der Gesellen zulässig.

5. Für Berlin und die Vororte, welche dieser Abmachung angeschlossen sind, soll ein zentralisierter Arbeitsnachweis errichtet werden. Dieser ist einer aus gleichen Teilen von Meistern und Gesellen gewählten Kommission zu unterstellen.

Die einzusehende Schlichtungskommission hat die Vorarbeiten für Errichtung dieses Arbeitsnachweises zu treffen. Die Innungen verpflichten sich, nach Inkrafttreten dieses Arbeitsnachweises ihre Mitglieder zur ausschließlichen Benutzung desselben anzuhalten.

Diese klaren Bestimmungen des Vertrages legen die Innungen „anders“ aus, das heißt: durchbrechen sie. Wir halten uns nur an den Tarif, während die Innungen dessen Wortlaut ängstlich verschweigen, weil dieser Wortlaut das Recht der Gesellenshaft schlagend beweist.

Die Vertreter der Meisterschaft in der Schlichtungskommission haben seit Abschluß des Tarifes im Mai d. J. beständig an den Bestimmungen desselben gerüttelt. Vorstandsmitglieder der Innungen haben offen zum Bruch des Tarifes aufgerufen, ohne von den Innungen zur Rechenschaft gezogen zu werden. Die Innungsspremeister schicken die Gesellen gegen ihren ausdrücklichen Wunsch in Arbeiten mit Kost und Logis beim Meister. Wer sich dagegen sträubt, wird gemahregelt. Beschwerden in der Schlichtungskommission seitens der Gesellen führten dazu, daß sich die Meister auf Seite der Spremeister stellten und erklärten: Auch der Meister könne „wünschen“, daß der Geselle in Kost und Logis arbeite, abwohl dies, wie aus obigen Tarifbestimmungen ersichtlich, Tarifbruch ist. — Diese Forderung der Innungen ist schuld, daß heute nach sieben Monaten der Tarif noch nicht von der Hälfte der Innungsmeister voll zur Einführung gebracht ist.

Jetzt wollen die Innungen nun wieder aus dem Tarif herausbestimmen, daß der neu zu errichtende Arbeitsnachweis in der bisherigen ständischen Weise von den Innungseinrichtungen und Innungsvorständen verwaltet werden soll, während ja gerade das die Beschwerden waren, die der Tarif beseitigen wollte, wie aus dem Wortlaut desselben wiederum klar ersichtlich.

Dies ist offener Tarifbruch, den die Meisterschaft geru hinwegzusehen möchte.

Die Gesellenshaft ist jederzeit gern bereit, innerhalb der Grenzen des Tarifes in neue Verhandlungen einzutreten, und macht zum Beweise ihrer friedlichen Gesinnung nochmals der Meisterschaft den Vorschlag, diese Streiktagen dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts zum Schiedsspruch zu unterbreiten.

Die heutige Versammlung verbietet jedoch ihren Vertretern in der Schlichtungskommission entschieden jedes Verhandeln mit den Innungen solange, als diese auf ihren dem Tarife zuwiderlaufenden Auslegungskünsten beharren.

Dem Deutschen Bäderverbande, der einzigen Vertreterin der Berliner Bädergesellen, spricht die Versammlung für sein mannhaftes Berteidigen des Tarifes ihr unerschütterliches Vertrauen aus und beauftragt ihn, bei der weiteren Entwickelung des Kampfes um den Tarif sowie beim Abbruch der Verhandlungen alle ihm geeignet erscheinenden Maßnahmen zur Wahrung der Interessen der Berliner Bädergesellen zu ergreifen.

Nach kurzer zustimmender Debatte wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Das kaufmännische Personal der A. G. O. war am Montag recht zahlreich bei Schmidt in der Gartenstraße versammelt, um den „Danke des Hauses Rathenau“ einer kritischen Würdigung zu unterziehen. Der Referent Martin Meyer schilderte in sachlichen Ausführungen die gewiß nicht rosigem Verdienstverhältnisse des kaufmännischen Personals der Weltfirma und ging dann des näheren auf die bereits kürzlich im „Vorwärts“ behandelte Gehaltsangelegenheit ein, wonach die Generaldirektion eine Eingabe der betreffenden Angestellten um eine bescheidene Zulage kurz und brüß abgewiesen hat. Meyer schloß mit dem Hinweis darauf, daß dieser Vorgang ein außerordentlich großes Schlaglicht auf die ganze Stellung wie auch besonders auf die Bewertung der Arbeitskraft des kaufmännischen Personals werfe, und dieses demzufolge allen Anlaß bätte, seinen hohen Standesdünkel abzumwerfen und sich in jeder Beziehung auf den Standpunkt der modernen Arbeiterbewegung zu stellen. Die Ausführungen des Referenten fanden alleseitigen Beifall. Es gelangte sodann eine Resolution zur Annahme, in der es heißt: „Die Versammlung erkläre in dem Verhalten der Generaldirektion eine unerhörte Provokation der Angestellten und erheben Protest gegen die völlig unbegründete Ablehnung ihrer berechtigten Forderungen.“ Ferner wurde zum Ausdruck gebracht, daß die einzig richtige Antwort hierauf der Anschluß an den Zentralverband der Handlungsgehülfen sein müsse.

Der Kammerstreik wurde für beendet erklärt. Für die sechs Betriebe Döbeln, Beck, Schmeißer, Verbig, Tschke und Thomas u. Kraßer, in denen zu Beginn des Streiks 91 Arbeiter beschäftigt waren, ist der Streik erfolglos gewesen. In 20 Betrieben mit 273 Arbeitern konnten die Forderungen ganz oder teilweise durchgesetzt werden.

Deutsches Reich.

Provokationen der Bergleute.

Eine überaus provozierende Knorndung erließ am letzten Sonnabend die Verwaltung der Zeche „Tremonia“ zu Dortmund, indem sie durch Anschlag bekannt gab, daß in der Zeit vom 10.—22. Dezember die gesamte Belegschaft täglich eine achtel Schicht mehr einfahren sollte, was gleichbedeutend war mit der Schichtverlängerung um eine Stunde. Wie es heißt, wurde die Anordnung getroffen, um den Förderausfall der bevorstehenden Weihnachtstage weit zu machen. Die Bergarbeiter Dortmunds gerieten in große Aufregung, und auch in sonstigen Kreisen erzeugte die Maßregel großes Aufsehen. Die Belegschaft der Zeche „Tremonia“ ließ sich die Schichtverlängerung nicht ruhig gefallen, sondern sofort wurde am Montagabend eine Belegschaftsversammlung einberufen, um über Mittel und Wege zu beraten, der Verwaltungsverwaltung vorzubringen. Montagmittag hat sich die Belegschaft nach beendeter einfacher Schicht die Ausfahrt erzwungen. Das schien die Verwaltung nicht erwartet zu haben, denn als sie hörte, daß die Belegschaft ernstlich Widerstand leisten werde, zog sie ihre Maßregel zurück. Sehr empört ist die Belegschaft über den famölen Arbeiterausbruch, der zu allem Ja und Amen sagt, ohne die Mitglieder zu fragen.

Auf Zeche „Carolus Magnus“ rückten dieser Tage 150 österreichische Bergleute an, die offenbar gute Dienste leisten sollten, wenn es doch noch zum Streik kommen sollte. Aber die Verwaltung dürfte sehr enttäuscht werden; die große Mehrheit der Anstimmlinge schloß sich sofort der Organisation an und erklärte, daß sie zu Streikbrecherdiensten nicht zu haben seien.

Der westdeutsche Arbeitgeberverband für die Konfektionsindustrie schloß mit dem Schneiderverband einen Tarifvertrag auf drei Jahre ab.

Eine neue gelbe Gewerkschaft

hat sich im Zeit-Weissenfelder Braunkohlentrevier aufgetan. Die Verwaltung der „Arifischen“ Raumburger Gesellschaft hat es

von jeher verstanden, mit Erfolg Keile in die Arbeiterchaft zu treiben. Nachdem sie erst kürzlich versucht hatte, ihre Arbeiter sogar zum Austritt aus dem Konsumverein (!) zu veranlassen, indem sie sich erbot, dem Kabattiparverein in Zuwendungen zu machen, hat sie jetzt ihre Arbeiter bei Freibier und Zigaretten zu einem „Verein“ zusammengeschlossen. Neben der „Treu zu Kaiser und Reich, Liebe zum Vaterland, sittliche Hebung und allgemeine Bildung“ soll „das friedliche Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber erhalten und befördert werden usw.“ Auf gut deutsch: Der „Verein“ soll Streikbrecherdienste leisten.

Nun wäre hier weiter nichts Besonderes und die Gewerkschaftsbewegung ist noch mit ganz anderen „Vereinen“ fertig geworden, aber die zur Raumburger Gesellschaft gehörigen Gruben liegen inmitten des Reviers, haben eine sehr starke Belegschaft und können die folgerart misleiteten Arbeiter bei ausbrechenden Streiks wie Sprengpulver wirken!

Die städtischen Arbeiter in Nürnberg haben den Magistrat Nürnberg seit Jahren mit Anträgen auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse beunruhigt, woraus hervorgeht, daß diese Verhältnisse vielfach noch lange nicht so sind, wie sie in Musterbetrieben sein sollen. Jetzt hat man sich endlich wieder einmal veranlaßt gesehen, etwas für die Arbeiter zu tun. Das Ueberstundenwesen entbehrt bisher noch der Regelung; von nun an wird für die Stunde vor Beginn und die nach Beendigung der Arbeitszeit ein Zuschlag von 25 Proz. für die übrigen Stunden und für die Sonntagsarbeit ein solcher von 50 Proz. bezahlt. An den Sonnabenden und Vorabenden der hohen Feste wird um 5 Uhr Feierabend gemacht, so weit es der Dienst zuläßt. Arbeit über 5 Uhr hinaus wird als Ueberstunden oder Nacharbeit bezahlt. Die Feuerhausarbeiter des Gaswerks erhalten anstatt der bisherigen zwölfstündigen Schicht die achtstündigen mit der Maßgabe, daß ihr bisheriges Einkommen nicht geschmälert wird. Dem Jahrespersonal der Straßenbahn wurde eine Gehaltsüberhöhung von jährlich 80 M. zugestimmt. Ebenso wurde dem Werkstättenpersonal der Straßenbahn und den Regenwäscher eine kleine Lohnaufbesserung zugestimmt, die Arbeiter, die 1907 noch nicht in eine höhere Lohnklasse vorrückten, erhalten eine Leuzerungszulage von je 50 M. Diese Beschlüsse verursachen einen jährlichen Mehraufwand von etwa 100 000 M., worauf sich der Magistrat nicht wenig zugute tut. Es handelt sich aber um Betriebe, die sehr gute Geschäfte machen, wie Gas- und Elektrizitätswerk und Straßenbahn, und es ist nur gerecht und billig, daß die Arbeiter an den glänzenden Gewinnen auch einen Anteil haben. An dem Fehlstundenlag, der bereits in den Staatsbetrieben durch den Neunstundentag ersetzt ist, halten die freistimmigen Stadtarbeiter Nürnberg immer noch fest.

Einen glänzenden Sieg über die Christlichen erfochten bei Gelegenheit der Gewerbegerichtswahl die freien Gewerkschaften in Schwäbisch-Hausen, wo die frommen Brüder schon seit längerer Zeit sich unter Anwendung aller möglichen Mittel bemühen, die Oberhand zu gewinnen. Auf die Liste der freien Gewerkschaften fielen 984 Stimmen, während die Christlichen nur 256 Stimmen zusammenbrachten.

Ausland.

Ein schwerer Konflikt zwischen Seemannschaft und Reedern.

Rom, 8. Dezember. (Eig. Ber.) Die Reeder der italienischen Ueberseedampfer haben beschlossen, ihre sämtlichen Schiffe abzurufen und beginnen in allen Häfen ihre Mannschaften auszuschießen. Diese Maßnahme von allergrößter Tragweite ist die Antwort auf den vor vier Tagen proklamierten Streik der Mannschaft der „Lombardia“ der Navigazione Generale Italiana. Die Seeleute der „Lombardia“, eines großen Auswandererschiffes, weigerten sich in See zu gehen, ehe die Schiffahrtsgesellschaft eine Antwort auf das Memoriale der Organisation der Seeleute gegeben hatte. Die Gesellschaft machte bekannt, daß sie nicht daran denke, zu verhandeln. In der Folge versammelten sich die organisierten Reeder Italiens und beschlossen gestern, ihr gemeinsames Personal auszusperrten.

Einstweilen hat die Abfahrt von Auswanderern ganz aufgehört. Das Auswanderungsamt hat die Bürgermeister aller Gemeinden in Kenntnis gesetzt, daß sie bis auf weiteres keine Auswandererpassse mehr ausstellen. Die Reeder lassen die italienische, dalmatische und griechische Küste nach Streikbrechern absuchen.

Die 600 Auswanderer, die sich an Bord der „Lombardia“ befanden, werden auf einem Dampfer der Reeder Parodi, der „Citta di Ruoba Port“ mit organisierten Seeleuten, denen die im Memoriale geforderten Bedingungen bewilligt sind, die Ueberfahrt machen. Sie müssen von Rizza auslaufen, da Parodi kein Patent für den Auswanderertransport hat. Trotzdem wird die Reise nur 170 Lire kosten gegen 190, die die Auswanderer bereits an die Navigazione Generale bezahlt hatten, welche Summe sie infolge des Streiks zurück erhielten.

Wie groß die Spannung ist, die zwischen Reedern und der organisierten Seemannschaft herrscht, geht aus dem Umstande hervor, daß der Streik auf einem Schiffe einer Gesellschaft genügt hat, um alle Reeder zum Abrufen ihrer transatlantischen Flotte zu bestimmen. Sie verlieren dadurch täglich viele Tausende. Wenn die Seeleute die verdiente Solidarität finden, dürften die Reeder bei diesem Spiel doch mehr verlieren als die Arbeiter.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das Urteil im Nordprozeß Meyer.

Kassel, 11. Dezember. (B. T. B.) In der Verhandlung gegen den Möbelfabrikanten Meyer-Bildungen wurde der Angeklagte auf Antrag des Staatsanwalts wegen schweren Raubes zu 15 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust, Tragung der Kosten, sowie Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Die Schuldfrage auf Nord wurde von den Geschworenen verneint.

Die österreichischen Herrenhäuser.

Wien, 11. Dezember. (B. T. B.) Die „Neue Freie Presse“ meldet, die Kommission des Herrenhauses zur Beratung der Wahlreformvorlage beschloß heute mit allen gegen 4 Stimmen die Einführung des Pluralwahlrechts und mit allen gegen eine Stimme die Feststellung des numerus clausus für das Herrenhaus im Wahlreformgesetz. Es ist dadurch eine ernste, aber bisher noch nicht kritische Situation geschaffen worden.

Schweres Eisenbahnunglück.

Budapest, 11. Dezember. (B. T. B.) Auf der im Bau begriffenen Eisenbahnlinie Kőrmend—Rura—Gombot stieß ein Schotterzug mit einem Materialzug zusammen, wobei 18 Arbeiter, davon acht lebensgefährlich, verletzt wurden.

Schwarze Banden.

Odessa, 11. Dezember. (B. T. B.) Der Bund der „Schwarzen Hundert“ entwickelt neuerdings wieder eine rege Tätigkeit. Mehrere Studenten wurden gestern auf offener Straße von Mitgliedern dieses Bundes schwer mißhandelt.

Eisenbahnstreik in Odessa.

Odessa, 11. Dezember. (B. T. B.) Alle Eisenbahnarbeiter sind heute in den Knosstand getreten. Die Verladung von Getreide ist infolgedessen gänzlich eingestellt worden. Die hiesigen Erwerbslosen benachrichtigten ihre Abnehmer im Auslande, daß sie mit Rücksicht auf den Zustand die Verantwortlichkeit für Nichterfüllung der Kontrakte ablehnen. Der Ausstand der Hafenarbeiter ist beendet worden.

Reichstag.

188. Sitzung vom Dienstag, den 11. Dezember, mittags 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten Graf Posadowsky, Landwirtschaftsminister von Arnim, Freiherr von Stengel.

Auf der Tagesordnung stehen

die Interpellationen wegen der Fleischsteuerung.

Die Interpellation der Sozialdemokraten lautet:

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um der notorischen Teuerung der notwendigen Lebensmittel, insbesondere des Fleisches, die zu einer schweren Katastrophe für den größten Teil des deutschen Volkes geworden ist, entgegenzuwirken?

Die Interpellation der Freisinnigen lautet:

Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um der herrschenden Fleischsteuerung (schematisch abzuheben?) Beachtung zu verschaffen?

- 1. durch Öffnung der Grenzen unter Aufrechterhaltung des Schutzes gegen die Einschleppung von Viehseuchen,
2. durch Herabsetzung bzw. Beseitigung der Viehölle,
3. durch Aufhebung der Zölle auf Futtermittel?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um den Beamten und Unterbeamten, sowie den sonst in fester Befoldung stehenden Angestellten der Reichsverwaltung einen Ausgleich zu schaffen für die nachteiligen Folgen der herrschenden Fleischsteuerung auf ihre Lebenshaltung?

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt sich zur Beantwortung der Interpellationen bereit.

Zur Begründung der Interpellation der Freisinnigen erhält das Wort

Abg. Dr. Wiemer (fr. Vp.):

Darüber, daß seit langer Zeit unangenehm hohe Fleischpreise bestehen, herrscht wohl kein Zweifel. Selbst die „Deutsche Tageszeitung“ hat dies anerkannt, und sie hat auch zugegeben, daß die Viehpreise heute höher sind, als im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Aus den Statistiken ergibt sich, daß die Steigerung der Fleischpreise in den letzten 10 Jahren 23,14 bis 40,8 Proz. betragen hat. In Deutschland kostete vor Inaugurierung der Schutzzollpolitik das Pfund Rindfleisch 50 Pf., jetzt kostet es 90 Pf. Die früher aufgestellte Behauptung, daß es sich nur um eine vorübergehende Teuerung handle, hat sich nicht als zutreffend erwiesen. Dem Preise von 90 Pf. für das Pfund Rindfleisch bei uns stehen erheblich niedrigere Preise im Auslande gegenüber. So kostet das Pfund Rindfleisch in Holland 68, in Belgien 56, in Spanien 55, in Frankreich 52, in England 48—55, in Nordamerika 42 Pf. Es ist ja richtig, daß im November ein kleiner Rückgang der Fleischpreise eingetreten ist, aber dieser ist hauptsächlich auf das warme Wetter zurückzuführen. Die Fleischsteuerung wird in weiten Kreisen des Volkes als ein schwerer wirtschaftlicher Notstand empfunden. Der Konsum an Schweinefleisch ist in wenigen Jahren um 5 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung zurückgegangen. (Hört, hört! links.) Die Verschärfung der Fleischnot zeigt auch die Vermehrung des Verbrauchs an Pferdefleisch. Die unzureichende Ernährung muß sich an dem heranwachsenden Geschlecht, und damit an der Verfallsfähigkeit Deutschlands rächen. Eigentümlich ist, daß das amerikanische Viehfleisch der Bevölkerung vorenthalten wird, während die Karneverwaltung es benutzt! Die deutsche Landwirtschaft kann die Fleischversorgung nicht ausreichend besorgen, zumal bei unserer ständig wachsenden Bevölkerung. Die Agrarier schieben die Schuld an der Fleischsteuerung auf die Zwischenhändler, aber ganz unberechtigtweise, wie schon daraus hervorgeht, daß die Teuerung nicht eine vorübergehende, sondern eine ständige ist. Die Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes sind derartige strenge, daß sie einem Verbot der Fleischimporte gleichkommen. Ein Schatz der deutschen Viehzucht gegen Einschleppung von Seuchen ist notwendig, das erkennen wir an; aber sanitäre Maßnahmen dürfen nicht den Vordrang abgeben, um eine dauernde Verteuerung des Fleisches herbeizuführen. In England wird ausländisches Vieh reichlich eingeführt, dort kann sich jeder nach seiner Saison sattessen, und als Folge sehen wir eine viel geringere soziale Ungleichheit. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Eine weitere Ursache der Fleischsteuerung ist die Einführung der erhöhten Zölle, deren Abtätig ja auch die Erhöhung der Preise war. — Zur Beseitigung der Not muß das Angebot vermehrt werden durch Hebung der inländischen Viehproduktion, namentlich durch Förderung des kleinen und mittleren Grundbesitzes, durch Verbilligung der Futtermittel, durch Beseitigung der Zölle auf die Futtermittel; weiter kommt in Betracht als Mittel zur Abhilfe die Öffnung der Grenzen. Die Agrarier sagen zwar, das hilft nichts, weil im Auslande auch Viehmangel herrsche; doch trifft diese Behauptung in solcher Allgemeinheit nicht zu. Was in die Reihen der Weiden hinein ist man überzeugt, daß Wilderungen eintreten müssen. Aber die Regierung hat bisher die Hände in den Schoß gelegt. Ein Grund dafür war die Haltung des früheren preussischen Landwirtschaftsministers von Pöbbeckel, der als Staatsminister ein einseitiger Verfechter agrarischer Interessen war. Aber verantwortlich ist die Gesamtregierung, in der Reichskanzler. Selbst die der Regierung und den Nationalliberalen nachstehende „Kölnische Zeitung“ warnt die Regierung, durch diese Politik immer größere Teile in die Arme der Sozialdemokraten zu treiben. (Du! Du! bei den Nationalliberalen.) Das Blatt hat vollkommen recht: die einseitige agrarische Politik verkehrt die gewünschten Folgen der Sozialpolitik in ihr Gegenteil; eine vernünftige Politik muß das Gesamtwohl berücksichtigen. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Zur Begründung der sozialdemokratischen Interpellation erhält das Wort

Abg. Scheidemann (Soz.):

Ich sage sich selbst nicht zu viel, wenn ich behaupte, daß das Ansehen der verabschiedeten Regierungen im deutschen Volke nicht übermäßig groß ist. (Sehr wahr! links.) Sicherlich ist es dadurch nicht gesteigert worden, daß die Regierung volle vier Wochen dazu gebraucht hat, um eine so einfache Frage, welche die weitesten Kreise des Volkes erregt, hier im Reichstage zu beantworten. (Erneute Zustimmung links.) Die agrarische Presse hat ja stets darauf gedrängt, daß unsere Interpellation zur Verhandlung käme und ihre Forderung darüber ausgedrückt, weil ihren Freunden dadurch Gelegenheit gegeben würde, einmal gründlich mit dem „Kummel“ aufzutreten. (Sehr wahr! rechts.) Wenn Sie das wollen, müssen Sie aber die Debatte auf einem etwas höheren Niveau führen als im Vorjahre. Damals vertrat sich der Reichskanzler und gegenüber hinter die Kompetenzfrage, und im Landtage prophezeite damals der damalige preussische Landwirtschaftsminister Herr v. Pöbbeckel, daß die Fleischnot in vier Wochen zu Ende sein werde. Hinterher hat er dann öffentlich zugegeben, daß er an diese keine Erklärung selber niemals geglaubt hätte! Ich habe dies hervor, weil ich später noch auf die Memoiren des Fürsten Hohenhausen eingehen werde (Bemerkung, Abarufe rechts) und weil aus ihnen im Zusammenhang mit diesem Geständnis Pöbbeckels hervorgeht, daß man toten Ministern die feineren Rücksichten mehr zu nehmen haben, mehr Glauben schenken darf als lebenden. (Weiterkeit und Sehr gut! links.) In der vorjährigen Reichstagsdebatte wußte dann einer der bedeutendsten Führer der agrarischen Parteien keinen klügeren Rat zu geben als: „Hören Sie Rindfleisch, meine Herren, später gibt es wieder Hildebrand.“ (Große Heiterkeit.) Dann gab er noch die weise Lehre von sich, daß man Schweine nicht mit Bonbons füttern könne. (Erneute Heiterkeit) und schloß mit der pathetischen Versicherung, daß er jedem den Schädel einschlagen werde, der an den Glanz der deutschen Kaiserkrone laufe. (Erneute Heiterkeit links.) Ich kann noch heute nicht einsehen, was der Glanz der Kaiserkrone mit den erhöhten Viehpreisen zu tun hat. (Weiterkeit

und Sehr gut! links.) Im übrigen ist die heutige Debatte nur eine Fortsetzung der vorherigen; es hat sich nichts geändert — es sei denn, daß die Fleischpreise noch weiter in die Höhe gegangen sind. (Hört! hört! links.)

Angaben über die allgemeine Höhe der Fleischpreise kann ich mir mit Rücksicht auf die Ausführungen des Vorredners sparen. Dagegen möchte ich doch auf einige Spezialuntersuchungen hinweisen, die von hervorragenden Fachmännern über die Höhe der Fleischpreise in einzelnen Orten angestellt sind. So gibt Finanzrat Trübinger folgende Fleischpreise auf dem Stuttgarter Schlachthaus für 1905 und 1906 an: das Kilo Ochsenfleisch kostete 1,80 resp. 1,75 M., Ferkelfleisch 1,35 resp. 1,55 M., Jungvieh 1,55 resp. 1,78 M., Kalbfleisch 1,25 resp. 1,72 M., Kalbfleisch 1,51 resp. 2,03 M., Schweinefleisch 1,52 resp. 1,59 M. Dabei stellt er noch fest, man müsse berücksichtigen, daß bereits die für 1906 angegebene Preise abnorm hoch seien gegenüber den Preisen für 1904. Nimmt man den Durchschnittspreis im Kleinverlauf für die Jahre 1901/1905 und vergleicht sie mit den Preisen im September 1906, so ergibt sich pro Kilo für Ochsenfleisch 1,51 resp. 1,70 M., für Rindfleisch 1,25 resp. 1,80 M., für Kalbfleisch 1,52 resp. 1,80 M., für Schweinefleisch 1,47 resp. 1,78 M., für Hammelfleisch 1,23 resp. 1,40 M. Das sind die Erhöhungen in der Stadt Stuttgart selbst. Aber auch für das ganze Reich berechnet, ergibt sich im Durchschnitt eine wesentliche Steigerung der Preise für die genannten Fleischsorten um 14,7, 18,9, 16,8, 20 bis 25 Proz. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dr. Trübinger stellt fest, daß diese Fleischpreise in Württemberg höher erreicht worden sind. Aus den angeführten Zahlen ergibt sich jedenfalls, daß die Vorkaufspreise des Ministers von Pöbbeckel nicht eingetroffen sind. Es ist Ihnen ja bekannt, wie auf dem Berliner Viehmarkt die Preise in die Höhe gegangen sind; ebenso konstatiert der „Dressener Anzeiger“, das amtliche Organ, daß seit 1903 alle Fleischpreise in die Höhe gegangen sind, und zwar im einzelnen um 24,82 Proz.! Die „Köln. Ztg.“ konstatiert, daß die Viehpreise im Jahre 1906 über die des ganzen Jahres 1905 hinausgehen. In Köln sind für Ochsen gezahlt worden in den letzten vier Jahren 78, 82, 92 M.; für Bullen 66, 66, 73, 82 M.; für Stäber 90, 85, 89, 102 M.; für Schafe 76, 76, 77, 88 M.; für Schweine 75, 71, 75, 80 M., immer für je 50 Kilo berechnet. In Wiesbaden haben die städtischen Körperschaften den Antrag auf Öffnung der Grenzen beim Reichskanzler gestellt. In Hagen ist festgestellt worden, daß innerhalb von neun Monaten 1300 Schweine weniger geschlachtet worden sind, trotzdem die Bevölkerung um mehrere tausend Einwohner zugenommen hat. In den städtischen Körperschaften von Karlsruhe wurde der Antrag auf Öffnung der Grenzen gestellt von Nationalliberalen, von Konservativen und von Mitgliedern des Zentrums. Allerdings wird in der „Kölnischen Volkszeitung“ darauf hingewiesen, daß je größer die Nachfrage nach einem täglichen Gebrauchsgut sei, um so höher der Preis sein müsse! Es sei zu bezweifeln, ob ein größerer Fleischgenuss notwendig ist, um eine gesunde und kräftige Ernährung des Volkes zu ermöglichen. Die Arbeiter wollten heute nicht nur beim Mittagessen Fleisch genießen, sondern auch in der Zwischenzeit! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also in der „Kölnischen Volkszeitung“ wird der Not des Volkes noch der blutige Hohn hinzugefügt. Im „Kölnischen Volksfreund“, auch einem katholischen Blatt, wird aber darauf hingewiesen, daß Fleisch jetzt in solchen Familien ein seltenes Gericht sei, bei denen bisher keine Wohlzeit ohne Fleisch gewesen wäre! Der preussische Gewerbeinspektor von Aachen erklärt, daß in der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter eine nennenswerte Besserung nicht eingetreten ist, weil die Preissteigerung aller Lebensmittel, besonders des Schweinefleisches, den Arbeitern erhebliche Rückschläge auferlegt. In ganz ähnlichem Sinne sprechen sich die Fabrikinspektoren in Köln, Münster, Arnberg und Koblenz aus. Es wird in dem Berichte darauf hingewiesen, daß die Arbeiter sich vielfach von Kartoffeln ernähren müßten, weil die Fleischpreise zu hoch gestiegen sind. Auch der Breslauer Fabrikinspektor weist darauf hin, daß die erhöhten Lebensmittelpreise die Lohnherabsetzung völlig ausgeglichen haben. Die preussischen Gewerbeinspektoren stellen also fest, daß die arbeitenden Klassen nicht in der Lage sind, sich so zu ernähren, wie sie es eigentlich müßten, daß sie infolge der Fleischsteuerung gezwungen sind, den Fleischkonsum einzuschränken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Vergleichen Sie das mit dem, was ich aus der „Kölnischen Volkszeitung“ ermitteln habe. Freilich die „Kölnische Volkszeitung“ kam auch anders. Sie hat auch schon anerkannt, daß die jetzigen Fleischpreise sehr hoch sind. Als die Vergarbeiter Forderungen an die Kohlenbarone stellten, da hat selbst die „Kölnische Allgemeine Zeitung“ erklärt, daß trotz der Steigerung der Vergarbeiterlöhne die Lebenshaltung der Vergarbeiter hinter dem Stand von 1889 zurückbliebe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Angenblicklich sinken die Viehpreise wieder etwas; aber es ist statistisch festgestellt worden, daß um diese Zeit die Viehpreise in jedem Jahre sinken. Das ist eine ganz natürliche Erscheinung. Es ist schon von dem Abg. Wiemer richtig hervorgehoben worden, daß die Witterung da einen gewissen Einfluß ausübt. Daß aber auch die maßgebenden Kreise nicht an eine Verbilligung der Viehpreise denken, das will ich an einem Beispiel zeigen: Die Garnisonverwaltung von Berlin hat jetzt einen neuen Abnahmevertrag für Fleischlieferungen im ersten Halbjahr 1907. Daraus ergibt sich, daß Schweinefleisch im zweiten Semester 1906 mit 182 Pf. bezahlt wird, während im nächsten Halbjahr mit 138 Pf. abgefordert worden ist! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der fette Speck wird jetzt mit 138 Pfennig bezahlt, im nächsten Halbjahre kostet er 147 Pfennig! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der magere Speck steigt für das nächste Halbjahr von 149 Pfennig auf 165 Pfennig. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Zurufe links.) Ich nehme an, daß die Verträge in anderer Weise abgeschlossen worden sind als die Verträge Zippelskirch-Pöbbeckel. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Die Teuerung der Fleischpreise steht fest, und damit steht auch fest die Schädigung des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter, der kleinen Beamten und Handwerker. Der Kampf dreht sich lediglich um die Ursachen der Teuerung. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß die Viehzüchter nicht in der Lage sind, den Bedarf des deutschen Volkes decken zu können. (Rufe rechts: Oh!) Das „Oh“ ändert daran gar nichts. Ich möchte ein für allemal die albernem Lügen zurückweisen, daß die Sozialdemokratie lediglich die Landwirte beschimpfe. Das ist keineswegs der Fall, sondern wir heben mit Bedauern hervor, daß die Landwirtschaft nicht in der Lage ist, den Bedarf zu decken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein agrarischer bayerischer Regierungsrat hat vor ganz kurzer Zeit gesagt, daß Industrie und Landwirtschaft Hand in Hand gehen müßten, daß auf dem Gebiete der Fleischnot und Fleischsteuerung sich aber Konsumenten und Produzenten schroff gegenüberstehen und daß es erteulich wäre, wenn die Landwirtschaft den Nachweis lieferte, daß sie den Bedarf zu decken imstande sei. Diesen Nachweis habe sie aber bisher nicht liefern können! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch von einem höheren Regierungsbeamten ist den Landwirten gesagt worden, sie müßten dafür sorgen, daß in größerem Umfange eine Aufzucht von Schlachtvieh stattfindet. Tatsächlich ist

die Viehproduktion im Verhältnis zur Bevölkerungszunahme zurückgegangen.

Kamentlich ist das bei dem Bestand an Schafen und Schweinen der Fall. Man sagt, die Schweinezucht sei eine außerordentlich unbeständige, weil sie von den Futtermitteln abhängt. Daß man aber hier eine gewisse Stabilität, eine gewisse Festigkeit erzielen könnte, haben Sie ja gerade durch die unangenehme Zollpolitik durch die Erhöhung der Futtermittel erreicht. Ein praktischer Goldwirt sagt in der „Kölnischen Volkszeitung“: Was das Rohmaterial für die Industrie ist, das sind für die Landwirtschaft die Futtermittel. Also aus ihrem eigenen Lager heraus wird hervorgehoben, daß unsere

Behauptungen vollkommen richtig sind. Allerdings hat es nicht an Verlusten gefehlt, über die wirklich bestehenden Dinge hinwegzutäuschen. Das Material des Bundes der Landwirte, das auch uns zugegangen ist, leistet in der Verschleiierung der Tatsachen alles mögliche. Vergleicht man es mit den amtlichen Statistiken, so erkennt man ganz deutlich, wie hier ganz öffentlich gestunken wird. (Zustimmung links.) Nach einer Notiz im „Kölnischen Anzeiger“ sind dort am 23. November 1906 lebende und 150 geschlachtete Schweine auf den Markt gebracht worden, die einen Preissturz von 48—50 Proz. verursacht haben. Es handelte sich aber um W. Mandör, das norddeutsche Großgrundbesitzer aus Anlaß der bevorstehenden Fleischnotinterpellation in Befolgung der Parole des kürzlich verstorbenen Landesökonomierats Ring ausgeführt haben. Die

Tauschungsmanöver

werden seitens der Agrarier ganz systematisch betrieben. Die Zentrale für Viehwirtschaft hat erst vor kurzem eine Broschüre herausgegeben, in welcher angegeben wird, wie es gemacht werden muß, um über die unangenehmen Dinge hinwegzutäuschen! Diese Zentrale ist wie die Genossenschaft eine Tochtergesellschaft der preussischen Landwirtschaftskammer. Die Zentrale soll die einschlägigen Fragen wissenschaftlich und publizistisch bearbeiten, die Genossenschaft soll praktisch eingreifen, gegen den „Fleischnotrummel“ aufreten, auf Abstellung von Viehbräuden im Vieh- und Fleischhandel hinwirken. In der Broschüre wird gesagt, es sei Dank der langjährigen Tätigkeit der Abg. Ring und v. Mendel-Steinfeld gelungen, die Grenzen bis auf einige Ausnahmen geschlossen zu halten. Dieses Jugendsündchen nimmt sich übrigens recht eigenartig aus gegenüber der Behauptung, die Sie (nach rechts) in Flugblättern vertreten, daß die Grenzen gar nicht geschlossen seien. (Sehr richtig! links.)

Weiter wird in der Broschüre gesagt, es gelte nicht nur den Viehmarkt zu sichern, sondern auch den Fleischmarkt; deshalb sei das Fleischbeschaugesetz in der Weise umgestaltet, daß es auf einem sanitären Gesetz ein Gesetz zur Ausschließung ausländischen Fleisches wurde. Trotzdem seien die Viehpreise immer weiter zurückgegangen und hätten erst jetzt eine normale Höhe erreicht, und zwar auf Grund der eigenen Produktion der deutschen Landwirtschaft. Eine unerschämtere Lüge ist noch nie ausgesprochen worden. (Lebhafte Zustimmung links.) Diese Preise, über deren abnorme Höhe wir alle klagen, nennen Sie Preise von normaler Höhe und sagen, Sie hätten sie erzielt durch die eigene Produktion im deutschen Lande! (Hört! hört! links.) Weiter wird in der Broschüre auseinandergesetzt, die Zentrale wolle die ausländischen und inländischen Fleisch- und Viehmärkte unausgesetzt beobachten und die Viehtransporte an diejenigen Stellen dirigieren, wo die Fleischnot am größten und stärksten sei. Durch geschickt verteiltes Angebot sei zu beweisen, daß genug Vieh im Lande vorhanden und der „Fleischnotrummel“ nur künstlich entfacht ist. Ein Operieren mit betagten Wändern ist nicht die deutsche Art, die Sie angeht, haben, das ist vielmehr eine Privatlist sondergleichen, mit der Sie das Volk zu täuschen suchen. (Lebhafte Zustimmung links, Zurufe: Schwindel, Schwindel ist es!) Ja, Schwindel ohne gleichen ist es! Auf die Frage, wer der schuldige Teil an der Fleischsteuerung ist, antworten Sie: der Zwischenhandel! Auf diesen Einwand habe ich im vorigen Jahre bereits eingehend hingewiesen. Es ist ganz selbstverständlich, daß der Zwischenhandel die Preise in die Höhe treibt; aber das tut er nicht nur beim Milchhandel, sondern ganz ebenso bei allen anderen Nahrungsmitteln und allen anderen Gegenständen. Wollen Sie konsequent sein, so müßten Sie danach für Beseitigung des Zwischenhandels A b e r h a u p t eintreten. Dann aber kommen Sie mit Ihren Väblern in Konflikt, denen Sie ja immer sagen, wie außerordentlich viel Sie gerade für den Zwischenhandel tun wollen. Wenn Sie die Verteuerung der Fleischpreise durch den Zwischenhandel wirklich verurteilen, so müßten Sie überhaupt jede künstliche Verteuerung der Fleischpreise verurteilen. Dann aber sollten Sie doch in erster Linie gegen die Verteuerung durch die Zölle aufzutreten. Gewiß wirkt der Zwischenhandel verteuert; für die allgemeine Verteuerung ist aber nicht der Zwischenhandel verantwortlich, sondern die geradezu wahnwitzige,

volksverwundende Agrarpolitik.

Das ist der springende Punkt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Deshalb heißt es Schluß machen mit dieser ganzen Politik! Es ist eine feststehende Tatsache, daß die Führer der Agrarier, daß das Junkertum zu allen Zeiten als die schlimmste Volksgrippe gehaust hat. Aus diesen Zuständen werden wir nicht herauskommen, bevor wir nicht die politische Macht des Junkertums brechen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Es ist traurig genug, daß wir uns noch heute, im 20. Jahrhundert, mit dem Junkertum herumschlagen müssen. Schuld daran, daß diese kleine Gruppe von Menschen, welche als die „Edellen und Reichen der Nation“ abgestempelt sind, noch diese Rolle spielen kann, trägt das Bürger-tum. Was hat sich denn gegen früher geändert? Lediglich die Technik der Ausplünderung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Früher war der einzelne Handelsmann oder einzelne Bauer ausgeplündert worden, jetzt dagegen wird das ganze Land ausgeplündert, und zwar in gesetzlicher Weise. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Große Unruhe rechts.) Allzeit hat das Junkertum den unheilvollsten Einfluß ausgeübt. Durch die Viehölle allein werden nach dem Produktionsstande von 1903, der bei den Volldebatten erst zur Verfügung stand, dem deutschen Volke jährlich 633 Millionen, durch die Kornölle und die Zölle auf Futtermittel 1387 Millionen jährlich genommen, im ganzen

jährlich um 2040 Millionen ausgeplündert.

Danach ist es selbstverständlich, daß wir agitieren für Öffnung der Grenzen für gesundes Vieh und Fleisch, daß wir die Aufhebung der Fleischölle und der Zölle auf Futtermittel verlangen, daß wir die Beseitigung der erschwerenden Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes fordern. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie wenden dagegen ein, das Ausland habe selbst nicht genügend Vieh, so daß die Öffnung der Grenzen nichts nütze. Weiter sagen Sie, das ausländische Vieh sei verfault, so daß deshalb die Öffnung der Grenzen unmöglich sei, und drittens behaupten Sie, daß die Grenzen gar nicht geschlossen seien. Diese Einwände erinnern an die Frau, die auf die Aufforderung, den geliebten Pott zurückzugeben, erwiderte: „Erstens habe ich gar keinen Pott bekommen, zweitens war er bereits, als ich ihn ließ, defekt, und drittens habe ich ihn ja schon wiedergegeben. (Heiterkeit.) Das ist dieselbe Logik, die sich bei Ihren Einwänden zeigt. Öffnen Sie doch die Grenze, dann wird sich ja zeigen, ob das Ausland Vieh hergeben kann. Sie weisen auf den Viehmangel in Rußland und Oesterreich-Ungarn hin. Schon der Vorredner hat diesen Einwand zurückgewiesen und gezeigt, wie genau das eingetroffen ist, was von der linken Seite dieses Hauses im Vorjahre angekündigt wurde. Warum übrigens seitens Oesterreich-Ungarn nicht einmal das Kontingent ausgenutzt wird, das jetzt unter anderem auch eine Eingabe des bayerischen Bezirksvereins, in der ausgedrückt wird, daß die Viehschlacht von Oesterreich-Ungarn nach Bayern durch die bestehenden Bestimmungen geradezu unmöglich gemacht werde. Für sämtliches eingeführte lebende Vieh muß nicht nur ein Zeugnis darüber beigebracht werden, daß das Ursprungsland seuchenfrei sei, sondern außerdem muß es noch 30 Tage lang tierärztlich überwacht werden, auch darf es nur in den Grenzen der 44 Schweine nach Rosenheim einführen. Konnte er nur 5 zu gewöhnlichen Preisen verkaufen, die gesamten übrigen müßte er außerordentlich billig abgeben, weil die Schlächter an der Grenze einen Ring gebildet hatten. Der Wagn befand sich wie in einer Falle, niemand nahm ihm das Vieh ab, und zurück kamte er es auch nicht bringen. (Zuruf rechts: „Neben billigen Verkauf sollten Sie sich

freuen!) Nun, der Mann wird sicherlich nicht wieder Schweine nach Bayern hereinbringen. (Sehr richtig! links.) Das die Fleischer, die unter den gegenwärtigen Preisen zu leiden haben und oft ohne jeden Nutzen arbeiten müssen, eine solche Gelegenheit, einen armen Teufel einmal über den Kessel barbarieren zu können, benutzen, ist nur natürlich. Aber das wäre nicht möglich, wenn die Bestimmungen, das das Vieh nur nach den Grenzschlachthäusern geschafft werden darf, aufgehoben werden würden und das Vieh direkt in die Großstädte käme. In München wären solche Manöver nicht möglich. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Weiter behaupten die agrarischen Zeitungen, eine Grenzsperrbestehende gar nicht: Es könnte ja alles Vieh aus Norden und Westen hereinkommen. Wie es mit der angeblich gestatteten Zufuhr in der Praxis steht, zeigt die Bestimmung, daß aus Dänemark Rindvieh nicht über die Landesgrenze eingeführt werden darf, sondern nur auf dem Seewege, und daß es dann noch 10 Tage lang in staatlichen Quarantänestationen beobachtet werden muß. Das alles erhöht die Ankosten um nicht weniger als 18—22 Pf. pro Rilo; dazu kommt noch, daß auch der Wohlgeschmack des Fleisches dadurch verloren geht, so daß das Vieh dann nicht mehr als vollwertig angesehen wird. So wirkt das Fleischbeschaugesetz, das uns vor kranken Vieh bewahren soll, darauf hin, durch diese Behandlung das Vieh erst krank zu machen! Nach Düsseldorf darf dänisches Vieh eingeführt werden. Aber die Seuchengefahr aus Holland ist durchaus nicht größer. Das dänische Vieh kommt nun zunächst auf dem Seewege, wo es von der Seuchengefahr befallen wird, nach Deutschland, nach Berlin. Dort bleiben die besten Ställe, und nur die minderwertigen gehen nach dem Westen. Unmöglich kann das Fleisch dieses Viehes noch sehr gut sein. Dabei steht aber an der holländischen Grenze — nur wenige Stunden entfernt — das prächtigste Vieh in Hülle und Fülle, das den kurzen Weg nach Düsseldorf nicht machen darf, um eben die Viehpreise nicht zu senken! Das sind doch geradezu blödsinnige Bestimmungen. (Sehr richtig! links.) Dessen Sie doch die Grenzen und warien Sie ab, ob dann kein Vieh hereinkommt!

Ist dies der Fall, so würden wir belehrt sein. Doch auch das Ausland kein Vieh abgeben kann, geht nach Ihren Behauptungen aus den Preisen hervor, die im Ausland ebenso hoch seien wie bei uns. Das ist aber unwar. Alle Angaben in den agrarischen Blättern hierüber sind falsch und ganz willkürlich. Sie hätten ebenso gut die Preise in London einfach verdoppeln können. Die „Kölnische Zeitung“ stellt fest, daß der Preis für Rindvieh in Hamburg 82, in Köln 88, in München 92, dagegen in Kopenhagen nur 62, in Wien 69, in Rotterdam 68, in London 61, in Paris 61 beträgt; wir haben also eine Spannung von 48 M. gegen das Ausland.

In der „Freien Deutschen Presse“ ist vor kurzem darauf hingewiesen worden, daß in den Nordamerikanischen Ländern das Pfund Rindfleisch 40 Pf. kostet, in Nordamerika 42 Pf. und in Rußland 38 Pf. Trotzdem sagt man, das Ausland habe ebenso hohe Preise wie wir, die Grenzen dürfen nicht geöffnet werden, weil die Seuche dann hereinkommt. Das ist ein Gebiet, auf dem am allerstärksten geschwändelt worden ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es gibt, abgesehen von Rußland und Italien, kein Land, das so versucht ist wie das Deutsche Reich. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Widerspruch rechts.) Das sind Tatsachen, die sich aus den statistischen Zusammenstellungen ergeben. (Widerspruch rechts.) Wenn meine Annahmen falsch sein sollten, dann könnte ich ja nur befriedigt darüber sein. Im Jahre 1899 war nach dem statistischen Jahrbuch ein Zehntel unseres gesamten Viehbestandes verendet. Das hat sich in den letzten Jahren gebessert, aber die Zahl der Fälle von Maul- und Fußseuche ist gestiegen von 749 im Jahre 1902 auf 2300 im Jahre 1904. Ebenso sind die Fälle von Schafrankheiten von 1424 auf 3347 gestiegen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Verheerung ist bedauerlich, aber sie macht es begreiflich, wenn sich das Ausland gegen uns absperrt; nicht aber haben wir Ursache, uns gegen das Ausland abzusperren.

Im Unterstellungen die Spitze abzubrechen, erkläre ich, daß es in meiner Partei keinen Menschen gibt, der gereizt wäre, die Hand dazu zu bieten, daß der deutsche Viehbestand verheert werde. Wir wollen den deutschen Viehbestand erhalten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber wir wollen aus dem Fleischbeschaugesetz und aus den Seuchenkombinationen diejenigen Bestimmungen herausbringen, die lediglich gemacht sind, um die Einfuhr von den Grenzen fernzuhalten zu dem Zwecke, die Fleischpreise zu steigern. In ähnlichen Bekanntmachungen in Sachen ist ausdrücklich darauf hingewiesen, daß aus Preußen Seuchen eingeschleppt werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Veterinärminister hat die Landwirte darauf hingewiesen, daß in erster Linie die Landwirtschaft selbst für den nötigen Seuchenschutz sorgen müsse. Das „Leipziger Tageblatt“ hat ebenfalls anerkannt, daß im Ausland die Verheerung nur teilweise so groß sei wie in Deutschland, daß wir aber gerade aus Ausland, wo die Verheerung größer ist, Schweine mit mangelhafter sanitärer Kontrolle hereinlassen. Nur die jiviale Naturist eines Pöbels! Ich kann behaupten, daß das Ausland mehr versucht sei als Deutschland und daß uns durch die Öffnung der Grenzen die Gefahr der Verheerung drohe. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die gesellschaftliche Herabsetzung der ausländischen Produktion hat sehr große Schattenseiten, das sollten Sie (nach rechts) zugeben. Sie sagen immer, das ausländische Fleisch taugt nichts. Sobald man irgendwo ins Ausland kommt, muß man sich die toßigen Dinge lassen über die Politik, die wir in Deutschland treiben. Es ist geradezu unverschämte zu nennen, wie einzelne agrarische Kreise das Ausland behandeln. Das „Deutsche Tageblatt“ schimpft in ungeheurer Weise über Dänemark, es spricht von einer Ueberfäuerung mit dänischem tuberkulösem Vieh, es wird gesagt, die Dänen gingen in betrüblicher Weise vor, um die deutsche Tuberkuloseprobe unvollständig zu machen. Was soll denn herauskommen, wenn in so blödsinniger Weise das dänische Fleisch verabschiedet wird? Mit Holland macht es die „Deutsche Tageszeitung“ ebenso; es heißt da, der deutsche Rind sei so dünn, das holländische Margarinefabrik zu kaufen, statt sich an die reine deutsche Butter zu halten. Ein Mensch, der ein kleines bißchen Gefühl für Wahrheitsliebe hat, muß sich gegen solche skandalöse Beschimpfungen des Auslandes wenden. In der „Frankfurter Zeitung“ ist darauf hingewiesen worden, daß auch in der holländischen Butterfabrikation Fälschungen in schamloser Weise vorkommen, aber man müsse anerkennen, daß die holländische Regierung alles tut, um den Spitzbübereien ein Ende zu machen. Man hat in Holland eine behördliche Butterkontrolle eingerichtet, der sich die meisten unterwerfen. Auch für das Vieh sind scharfe Kontrollmaßnahmen getroffen worden. Nach meiner Ansicht braucht sich niemand holländische Margarine statt Butter aufhängen zu lassen. In welchem Lande kommen denn dergleichen Dinge nicht vor? Es kommt ja bei und sogar vor, daß durch reinen Zufall Leuten Wasser in die Milch gelaufen ist. (Heiterkeit.) Ich will keinen Namen nennen; ich glaube, Sie wissen ganz genau, was ich meine. (Zuruf: Pöbels! links.) Ich will nur sagen, daß auch in Deutschland nicht alles ganz sauber zugehen pflegt. In der antimilitarischen „Heftischen Rundschau“ ist zu lesen, daß ein deutscher Reichstags-Abgeordneter gesagt hat: Meine Bauern sind treu wie die Hunde, aber dredig wie die Schweine. (Große Heiterkeit.) Ich bin direkt genug, den Namen des betreffenden Abgeordneten nicht zu nennen, wer sich dafür interessiert, kann das ja nachlesen in der „Heftischen Rundschau“ vom 19. August unter dem Titel: „Aus dem Leben eines deutsch-sozialen Parteiführers.“ Als Ueberschrift steht da: „Die Herr von Liebermann die Wähler einschüchtern.“ (Große Heiterkeit.) Ich bin viele Jahre in kleinen Städten ansässig gewesen, und ich habe eintreffenden Einblick in die Landwirtschaft bekommen. Wenn die deutsche Landwirtschaft sich die dänische und holländische zum Muster nähme, könnte sie glänzend dastehen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es wird uns vorgeworfen, wir seien die grulichsten Menschen, weil wir die schlechten amerikanischen Produkte als eine geeignete Nahrung für das Volk halten, und es wird dann aufmerksam gemacht auf

die bekannte Schilderung Upton Sinatrs über die Zustände in den Chicagoer Schlachthäusern. Aber da ist doch der Präsident Roosevelt sofort eingeschritten und hat gezeigt, daß man gewillt ist, den Dingen auf den Grund zu gehen. Bei den schlimmsten Sachen, die da vorgekommen sein sollen, wird jedenfalls die Phantasie des Verfassers etwas mitgespielt haben. Es wird Ihnen (nach rechts) vielleicht eine Freude bereiten, wenn ich nachher auf die größten Schweinereien in Deutschland eingehe. Rein vernünftiger Mensch wird glauben, daß man in Amerika nur aus Bosheit gegen die Verbraucher derartige Schweinereien vorgenommen hat. Aber nehmen wir an, es sei alles wahr, was Sinclair erzählt; was beweist denn das? Es beweist einfach das Verdrängen des Kapitalismus, der nicht nur den Arbeiter ausbeutet, sondern auch den Konsumenten! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir haben doch gar keinen Anlaß, den Amerikanern zu sagen: Was sind wir Deutsche für bessere Menschen! Ein Fleischer hat eine Zusammenstellung gemacht über die gerichtlich erfolgten Verurteilungen in den letzten zwei Jahren auf diesem Gebiete. Es wurden gerichtlich abgeurteilt 88 Fälle wegen Verkaufes verdorbenen, gesundheitsgefährlichen, in einzelnen Fällen schon in Fäulnis übergegangenen Fleisches, 23 Fälle wegen Verkaufes und Verarbeitens tuberkulösen Fleisches, 19 Fälle wegen Verarbeitens stinkenden Fleisches und von Geschlechtsleiden, 9 Fälle wegen Verarbeitens von verfaultem Fleisch, auch von solchen, das schon in der Misgrube lag. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) 5 Fälle, in denen kranke Tiere zu Wurst verarbeitet wurden, 18 Fälle, in denen krankes Vieh geschlachtet und verarbeitet wurde, 4 Fälle wegen Verarbeitung finnischen Fleisches, 4 Fälle wegen Verarbeitung ungeborener Kälber, 3 Fälle wegen Verkaufes von Hundfleisch als Kalbfleisch, 1 Fall, in dem das Fleisch einer vergrabenen gewesenen Biene als Hammelfleisch verkauft wurde. (Hört! hört! links.) Es handelt sich nach dieser Zusammenstellung im ganzen um 695 Fälle, die mit 30 Jahren 2 Monaten und 23 Tagen bestraft worden sind. Da kann es doch gar nichts Blödsinnigeres geben als die unangenehmen Hinweise auf die Schweinereien in Amerika. Es ist eine Heuchelei, die da getrieben wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das ausländische Fleisch wirklich so schlecht wäre, wie es gemacht wird, so müßte England schon längst ausgestorben sein; denn nach England kommen ganz ungeheure Quantitäten ausländischen Fleisches. Aus Argentinien sind im vorigen Jahre nahezu 3 1/2 Millionen Hammel und nahezu 2 Millionen Rindvieh in England eingeführt worden. Die Argumente, die hier gegen die Einfuhr von ausländischem Fleische geltend gemacht werden, sind also nicht stichhaltig. Professor Levy in Halle hat in der „National-Zeitung“ eine Uebersicht veröffentlicht, aus der hervorgeht, daß in Deutschland trotz hoher Zölle der Viehbestand gegenüber der Bevölkerungszahl ein geringerer ist als im vereinigten englischen Königreich, und doch hat England eine ganz erhebliche höhere Vieheinfuhr als wir, es hat im Jahre 1904 für 940 Mill. Mark Vieh und Fleisch eingeführt. Aber wieviel Tausende von Deutschen essen fortgesetzt das Fleisch, von dem Sie (nach rechts) sagen, daß es nichts taugt! Nach den Ausführungsbestimmungen des Bundesrats von 1904 bleibt das im Zolllager liegende und von vornherein für die Wiedereinfuhr bestimmte Fleisch von der Untersuchung befreit, und die Schiffe werden mit diesem billigen, nicht untersuchten ausländischen Fleisch verproviantiert. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Fleischbeschaugesetz ist zu einem Instrument gemacht, das dazu benutzt wird, den agrarischen Profit zu steigern. Die „Hamburgische Korrespondenz“ hat mit Recht betont, daß das Fleischbeschaugesetz ein Hohn auf unsere ganze Wirtschaftspolitik sei.

Herr Hohenlohe schildert in seinen Denkwürdigkeiten, wie er mit Agrariern über die Verteuerung des Fleisches durch das Fleischbeschaugesetz sprach; er hob das Bedenkliche dieses Gesetzes hervor und wies namentlich darauf hin, daß man damit der Sozialdemokratie Waffen für die Wahlbewegung in die Hand gebe.

Die Agrarier traten ihm entgegen, er aber bezeichnete die Auffassung der Agrarier als einen Irrtum und meinte, daß die Zahl der Leute, die durch das Fleischbeschaugesetz geschädigt wurden, größer sei als die Zahl der Landwirte, die Nutzen davon haben. Trotzdem ist es den Agrariern gelungen, die Reichsregierung zu diesem Gesetz zu veranlassen, obgleich Graf Posadowski in den Kommissionsverhandlungen die schwersten Bedenken dagegen hegte. Graf Posadowski mußte gerade die agrarischen Mitglieder der Kommission immer wieder daran erinnern: „Meine Herren! Vergessen Sie nicht, daß es sich hier um ein Gesetz handelt zum Schutze der Viehzucht und nicht um ein Gesetz zur Fernhaltung der ausländischen Konkurrenz.“ Da Sie die politische Macht haben und leider bisher über das Ministerium geradezu eigenmächtig verfügt haben (Lebhafte Widerspruch rechts), so ist es Ihnen gelungen, das Volk jahrelang in unerhörter Weise auszubehuten. (Lebhafte Zustimmung links.) Dabei handelt es sich in Wirklichkeit nicht um eine Fleischsteuerung, sondern um eine

allgemeine Lebensmittelsteuerung, die durch die unsinnige Zollpolitik herbeigeführt worden ist. Ich bin fest überzeugt davon, daß wir in absehbarer Zeit den Zusammenbruch eines dergleichen Systems erleben werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Im Hinblick auf die kommenden Wahlen ist eine Reihe von Leuten der Rechten zur Besinnung gekommen — mit Ausnahme des Abg. Stauffer, der in der Sitzung vom Donnerstag in geradezu unsinniger Weise ausgeplaudert hat, was in seiner Reaktion vorgekommen ist. Er sagte, man habe den Reichstagsminister interpellieren wollen, wie dem sündigen Sinken der Fleischpreise vorzubeugen ist. (Heiterkeit links.) Dieser Wahlkreis scheint mich zu haben. (Heiterkeit.) Der Vorgänger des Herrn Stauffer, der Nationalliberale Frey, war auch sehr unvorsichtig. Er schrieb im Jahre 1898 an den Vorsitzenden des Bundes der Landwirte, daß er gewisse Abgeordnete werden wollte, schon mit Rücksicht auf das in Aussicht stehende Kunstgewerbe, das sein Einkommen bedeutend erhöhen werde! (Hört! hört! links.)

Die „Kreuzzeitung“ hat den Versuch gemacht, die Regierung gewissermaßen als Sündenbock hinzustellen, und sie bedauert, daß die Regierung nicht schon längst eine eingehende Darlegung der Gesichtspunkte, die Abhilfe bringen könnten, gegeben habe. Auf diese Weise wollen sich die Agrarier wieder hinstellen als die unschuldigen Engeln. Sogar der Abg. Gamp hat in einer Versammlung zur Vernunft gemahnt. (Große Heiterkeit.) Auch Abg. Arendt hat die zeitweilige Aufhebung der Zölle angeraten. (Hört! hört! links.) Und auch der Abg. Herold ist zu Konzessionen bereit gewesen. Kollege Trimbom hat in wirklich ehrender Entrüstung in der Kölner Stadtverordnetenversammlung mit der Faust auf den Tisch geschlagen. (Große Heiterkeit.) Ich will hoffen, daß er hier nicht die Faust in der Tasche halten, sondern auch auf den Tisch klopfen wird. (Große Heiterkeit.) Herr Trimbom sagte in Köln, daß auch der Saug der Landwirtschaft eine Grenze habe. (Hört! hört! links.) Der Antipode Trimborns, die „Kölnische Zeitung“, hat sogar geschrieben: „Die Regierung werde sich noch ganz anderen Folgen gegenübersehen als heute, wenn sie ihre einseitige Interessenspolitik nicht aufgeben werde. Was tut die Regierung, um dieser Not zu steuern? Nichts! Der Landwirtschaftsminister, der bestrebt sein sollte, die Interessengegenstände auszugleichen, ist in der Fleischfrage selbst Interessent.“ Zum Schluß heißt es: „Immer wieder drängt sich die Frage auf: Wo ist die Regierung? Werden wir überhaupt noch regiert? Regiert werden wir; aber es ist danach!“ (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich will ebenso wie mein Vortröder darauf verzichten, über Herrn von Pöbels! herzufallen, nachdem Pöbels! von der Spitze der Agrarier verschwunden ist und nunmehr nur noch als „Pöbagrarier“ in Betracht kommt. (Stürmische, langanhaltende Heiterkeit.) Es ist ein gewisses Unrecht, nun alle Schuld auf das Haupt des früheren Landwirtschaftsministers abwälzen zu wollen. Herr von Pöbels! war getragen von der agrarischen Reichstagsmehrheit, und seine Sünden sind Ihre Sünden. (Sehr wahr! links.) Eines muß ihm nachgerühmt werden, so sehr ich auch gewünscht hätte, daß er schon viel eher verschwunden wäre: das ist seine Konsequenz. (Zuruf: rechts.) Wir imponiert immer der Mann, der den Mut der Konsequenz hat. (Hört! hört! rechts.)

Pöbels! mag noch so einseitig und volkschädigend gewesen sein; aber er war ein konsequenter Mann und unterließ sich vortheilhaft von all den feilzanzenden Politikern (Große Heiterkeit), die diese agrarische Politik mitgemacht haben und draußen vor den Wählern tun, als ob es ihnen unlieb wäre, daß die Teuerung gekommen ist. Wenn Sie den Mut der Konsequenz hätten, würden die meisten von Ihnen überhaupt kein Wort reden gegen die Fleischsteuerung; denn damit ist ja das Ziel erreicht, das Sie verfolgt haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist gar nicht wahr, daß Sie eine Berechtigung zur Entrüstung haben von den Nationalliberalen bis in die freisinnige Partei hinein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Anruhe bei den Freisinnigen.) Was glauben Sie denn, welches Gefühl und welche Befürchtung, wenn wir Ihre Interpellation lesen, wie plötzlich aus den schwarzen Heilen Ihr warmes Herz für die Beamten hervorschauf. Warum haben die Freisinnigen nicht der Beamten gedacht und aller der Leute, die jetzt unter der Fleischsteuerung schmachten, wenn es zu entscheiden galt bei den Stichwahlen, ob noch ein neuer Agrarier in den Reichstag einzuziehen sollte oder ein Sozialdemokrat. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wie viel Agrarier sitzen in den deutschen Parlamenten durch das Verschulden dieser Kreise! Das muß man feststellen, wie unangenehm es Ihnen auch sein mag. (Widerspruch bei den Freisinnigen.)

Um die schlimmste Not zu beseitigen, ist es notwendig, daß die Grenzen geöffnet werden unter Beobachtung der unerlässlichen sanitären Schutzmaßnahmen. Ferner ist notwendig die Beseitigung der die Einfuhr erschwerenden Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes, Ermäßigung der Untersuchungsgebühren für ausländisches Fleisch, Erleichterung der Fleisch- und Viehtransporte durch Ermäßigung der Eisenbahntarife und Aufhebung der Zölle auf Futtermittel. Ich bitte die Regierung nicht alleruntertänigst, sondern ich glaube hier fordern zu können, daß die Regierung eingreift, der Not des deutschen Volkes zu steuern. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Mehrheit des deutschen Volkes steht in dieser Frage hinter mir. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Darum fordere ich, daß energisch eingegriffen werde. Wie sich Herr Verdring nicht unter das laudible Joch des Zentrums beugen wollte, so möchte ich den Landwirtschaftsminister dringend erziehen, daß er sich nicht unter das Junkerjoch beugt. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.) Möge der Landwirtschaftsminister seinen Augenblick vergessen, daß er hier nicht als Vertreter der Agrarier, sondern daß er hier sitzt als Vertreter des deutschen Volkes. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Meine Ueberszeugung ist: Auf die Dauer kann es nicht so weiter gehen; denn es hieße an einer glücklichen Zukunft unseres Volkes vorbeigehen, wenn man annehmen wollte, daß sich ein Kulturvolk auf die Dauer eine solche volkschädigende Junkerpolitik gefallen lassen sollte. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten. Zischen rechts.)

Zur Beantwortung der Interpellation erhält das Wort Staatssekretär Graf Posadowski:

Ich habe im Namen des Reichstags folgende Erklärung abgegeben: „Die mit Unterbrechung von wenigen Monaten seit mehr als Jahresfrist zum Nachteil der Bevölkerung herrschende Fleischnot ist von den einzelnen Landesregierungen mit erster Aufmerksamkeit verfolgt worden. Sie haben pflichtgemäß unter Berücksichtigung der zahlreichen Vorschläge von städtischen Behörden, von Korporationen, von Vereinen und vielen Einzelpersonen erwogen, wie dieser Teuerung ohne Gefährdung anderer gleichwertiger allgemeiner Interessen abzuwehren sei. Was vor allem die von vielen Seiten als wirksamstes Mittel zur Beseitigung der Teuerung empfohlene Zulassung der Einfuhr lebenden Viehes und Fleisches angeht aus solchen Ländern, die jetzt ganz oder teilweise davon ausgeschlossen sind, so ist eine eingehende Prüfung der veterinärpolizeilichen Grundlagen dieser Verbote vorgenommen worden, die zu folgendem Ergebnis geführt hat: Für die an der Südgrenze des Reiches gelegenen Bundesstaaten kommen in erster Reihe für die Einfuhr die angrenzenden Staaten Oesterreich-Ungarn und die Schweiz in Betracht. Aus beiden Staaten ist die Einfuhr von Fleisch aller Art völlig unbeschränkt. (Hört! hört! rechts.) Die Einfuhr von lebendem Vieh ist Oesterreich nach den wichtigeren, vorschrittsmäßig eingerichteten und veterinärpolizeilich kontrollierten Schlachthöfen gestattet. Ferner ist aus Oesterreich ein Kontingent von 30 000 Schlachtschweinen zur Einfuhr nach einigen bestimmten Schlachthöfen an der bayerischen und sächsischen Grenze zugelassen. (Hört! hört! rechts.) Eine weitergehende Zulassung der Einfuhr aus Oesterreich kommt nicht in Betracht, weil die Zufuhr von Rindvieh bereits erheblich nachgelassen hat und die Einfuhr von Schweinen selbst um geringe Mengen nicht mehr steigerungsfähig erscheint. (Hört! hört! rechts.) Ebenfalls ist aus der Schweiz ein Ueberschuß an Schlachtschweinen oder Schlachtvieh zu erwarten. Von anderen Staaten können für die südlichen Teile des Reiches noch Italien, Rumänien, Serbien und Bulgarien in Frage. Aus Italien kann frisches Fleisch und zubereitetes Fleisch aller Art, aus den anderen Staaten zubereitetes Fleisch eingeführt werden. Eine weitere Abmilderung des Grenzschutzes ist gerade diesen Staaten gegenüber aus veterinärpolizeilichen Gründen nicht angängig. (Zuruf: rechts.) Nach Westen kommt für Elsaß-Lothringen hauptsächlich die französische Grenze in Betracht. Für Einfuhr von Fleisch aller Art aus Frankreich besteht kein Verbot. Die Zulassung lebenden Schlachtviehes aus Frankreich ist Gegenstand ganz besonders sorgfältiger Erwägungen gewesen, mußte aber abgelehnt werden, weil dort — namentlich an der deutschen Grenze — die Maul- und Klauenseuche in gefährlichem Umfange herrscht. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Für die übrigen Teile des Reiches kommt außer Oesterreich-Ungarn zunächst Rußland in Betracht. Aus Rußland darf zubereitetes Fleisch und außerdem ein Kontingent von 2000 lebenden Schlachtschweinen wöchentlich nach Oberhessen eingeführt werden. Eine Ausdehnung der Einfuhr ist mit Rücksicht auf den Seuchenschutz nicht zulässig. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Aus Dänemark, Schweden und Norwegen ist die Einfuhr von frischem Fleisch von Biedertauern und zubereitem Fleisch aller Art gestattet, aus den Niederlanden und Großbritannien die Einfuhr von frischem Fleisch aller Art. Die Einfuhr von lebendem Vieh aus England kann bei dem dort herrschenden Mangel an Schlachtvieh nicht in Betracht kommen. Die Einfuhr von lebendem Vieh aus Ländern, welche nicht unbedingt seuchefrei sind, bringt die unmittelbare und kaum zu vermeidende Gefahr mit sich, daß diese Seuchen durch den Handelsverkehr auch in das Inland verschleppt werden. (Sehr wahr! rechts.) Sie zuzulassen wäre nur möglich unter einer strengen gesetzlichen Ueberwachung der Viehmärkte, die den Preis des Viehes wesentlich mehr steigern würde als der durch die Grenzsperrung hervorgerufene Mangel an Angebot, zumal da Deutschland noch nicht 5 Proz. seines Fleischbedarfes vom Auslande bezieht. (Wiel-faches Hört! hört! und Sehr gut! rechts.) Die Einfuhr lebenden Rindviehes aus den Niederlanden unterlag daher wegen der in Luxemburg und Belgien herrschenden Viehseuchen, deren Verschleppung in die Grafschaft Limburg in der Nähe der preussischen Grenze bereits stattgefunden hat, erheblichen Bedenken. Wegen der Einfuhr von Rindvieh aus Schweden sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Die Zulassung lebender Schweine aus diesen Ländern ist aus veterinärpolizeilichen Gründen nicht angängig, dagegen bestehen hinsichtlich der Einfuhr frischen Schweinefleisches aus Schweden, Dänemark und Norwegen die bisherigen veterinärpolizeilichen Bedenken nicht mehr. Die Aufhebung des Verbots wird daher alsbald erfolgen. Daneben ist zur Förderung der Einfuhr aus dem Auslande eine Revision des Gebührentarifs für die Auslandsfleischbeschau vorgesehen worden, die eine wesentliche Herabsetzung der Untersuchungsgebühren mit sich bringen wird. Neben diesen Maßnahmen gegenüber dem Auslande ist dem Inlande zunächst innerhalb der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft eine Ermäßigung der Frachttarife für Fleisch und Vieh zwecks Ausgleichs der örtlich sehr verschiedenen Preise innerhalb des Reiches vorgesehen worden. (Sehr gut! links.) Auch Sachsen, Bayern und Oldenburg sind einer solchen Revision der Tarife arundjährig nicht abgeneigt

Zu einer Herabsetzung der Fleisch- und Viehzölle haben sich die verbündeten Regierungen nicht entschließen können. Diese Zölle haben erst den Abbruch der Handelsverträge mit mehreren fremden Ländern ermöglicht und halten sich weit unterhalb der Grenze, die die Mehrheit dieses Hauses bei der Verabschiedung des Zolltarifs als Mindestmaß des notwendigen Schutzes angesehen hat. Sie sollen nur dazu dienen, einen Ausgleich zwischen den Produktionskosten und dem Preise des Produktes herbeizuführen. (Sehr wahr! rechts.) Durch ein Mittel an den kaum in Kraft getretenen Zöllen würde die Steilheit der inländischen Produktion erschüttert und diese weit mehr erschwert werden, als eine vorübergehende Aufhebung der Zölle nützen könnte. (Lebhafte Weisfall rechts.) Von den Futtermitteln ist der weitaus größte Teil überhaupt zollfrei. Für Futtergerste ist in den Handelsverträgen im Vergleich zu früher eine wesentliche Ermäßigung der Zollsätze eingetreten. (Hört! hört! rechts.) Die übrigen Voberezeugnisse, die auch als Futtermittel dienen, zeitweilig aus dem in unseren Handelsverträgen mit großer Schwierigkeit festgesetzten System der Zollsätze herauszureißen, erscheint nicht möglich. Zur Verhütung der Fleischnot müssen wir das meiste von einer Stärkung der einheimischen Viehzucht erwarten, um so mehr, als 95 Proz. des Bedarfs bereits von ihr gedeckt werden. Es ist zu hoffen, daß es der deutschen Landwirtschaft gelingen wird, unter dem bestehenden Zollschutz auch größeren Anforderungen gerecht zu werden, wenn ihr die unentbehrliche Sicherheit gegen die Einschleppung von Seuchen auch fernerehin gewährt wird. (Bravo! rechts.) Ob und inwieweit es geboten ist, die wirtschaftliche Lage der Beamten im Hinblick auf die Verteuerung der Lebensmittel zu verbessern, und ob und inwieweit dies zurzeit dem Reiche finanziell möglich ist, bildet Gegenstand der ernstesten Erwägung der verbündeten Regierungen."

Landwirtschaftsminister v. Arnim-Grieken:

Ich darf wohl bei meinem ersten Erscheinen in diesem hohen Hause und bei meiner geringen parlamentarischen Routine Sie um große Rücksicht bitten. Die Erklärung des Herrn Reichskanzlers, die Ihnen schon vorgelesen worden, enthält so viele schlagende Gründe, daß mir nicht viel hinzuzufügen übrig bleibt. Die Fleischsteuerung hat ihre Ursache einmal in der Viehteuering, dann aber in der steigenden Spannung zwischen Vieh- und Fleischpreisen. Nach der allgemeinen Ansicht sind die hohen Viehpreise eine Folge der Futternot des Jahres 1904. Diese Annahme trifft aber nur in beschränktem Maße zu. Nach Ansicht der Fleischbeschauper ist sie mit den Tatsachen nicht in Einklang zu bringen. Aus den Angaben der Fleischbeschauper geht hervor, daß der Verbrauch an Rind- und Schafffleisch zugenommen hat, während der Verbrauch an Kalbern zurückgegangen ist, aber nur unerheblich. Dennoch ergibt sich als Ursache der heutigen Teuerung lediglich die Abnahme der Schweinefleischproduktion. Im Auslande herrscht — wahrscheinlich aus ähnlichen Gründen — eine ähnliche Teuerung wie in Deutschland, so daß das Ausland die Möglichkeit zur Ausfuhr nach Deutschland nur in beschränktem Maße hat. Rußland und Oesterreich haben bedeutend weniger Vieh ausgeführt als früher und auch aus Italien hat die Ausfuhr abgenommen.

Der Rückgang in der Schweineproduktion erklärt sich meiner Ansicht nach aus zwei Gründen. Erstens kommt die außerordentlich geringe Karstoffpreise von 1904 in Betracht und die geringen Schweinepreise des Jahres 1904. Durch die geringe Ernte an Futtermitteln, wie wir sie im Jahre 1904 gehabt haben, wird die Rindviehproduktion nur wenig beeinträchtigt, dagegen in erheblichem Maße die Schweineproduktion. Eine interessante Statistik zeigt den Zusammenhang der Schweineproduktion mit den Schweinepreisen. Wir haben immer in zwei Jahren niedrige Preise und in den beiden folgenden hohe Preise gehabt: 1895/96 hatten wir niedrige Preise von 90,1 resp. 88,2 M., 1897 und 1898 die hohen Preise von 105 resp. 111,8 M., es folgte 1899 und 1900 mit 94,8 resp. 95,8 M., dann wieder 1901 und 1902 mit 112 resp. 118 M., weiterhin 1903 und 1904 mit 99,7 resp. 98 M. und schließlich wieder zwei Jahre 1905 und 1906 mit 128,1, 1906 sogar mit 143,8 M. Die teuren Preise regen zur Schweineproduktion an, und es entsteht dann eine Ueberproduktion sowohl an Schlachtschweinen wie an Ferkeln; die Ausfuhr kommt dann als Rostschweine auf den Markt und drückt dort auf den Preis. Das hat zur Folge, daß dann im dritten Jahre ein Mangel an Aufzucht und an Rostschweinen eintritt, der noch im nächsten Jahre anhält, aber angezogen ist durch die beiden Jahre hoher Preise. Im fünften Jahre tritt dann wieder die Senkung der Preise ein. Bisher hat diese Schwankung ziemlich genau den Betrag von 20 Proz. erreicht, erst in den beiden letzten Jahren ist die Steigerung eine höhere gewesen, im Durchschnitt 35 Proz., ja im letzten Jahre allein sogar 40 Proz. (Der Reichskanzler betrifft den Soal.)

Es ist Tatsache, daß in den letzten 14 Tagen die Schweinepreise erheblich gefallen sind, noch unter den Preis im November des Vorjahres. Auch der Auftrieb an Schweinen in Berlin ist sehr gering. Die Schweineproduktion ist also wieder außerordentlich gewachsen, und damit ist eigentlich die ganze Viehnostfrage gelöst. Daß die Preise gänzlich auf den früheren Stand zurückzuführen, ist nicht wahrscheinlich und im Interesse der Landwirtschaft auch nicht zu wünschen. (Lebhafte Zustimmung rechts, Widerspruch links.) Die Regierung ist überzeugt, daß die allgemeine Lage der Landwirtschaft ungünstig ist; denn die Preise für Korn, Kartoffel, Zucker sind gesunken, die für künstliche Düngemittel gestiegen. Von der Viehproduktion hängt die Produktion von Stallmist, dem natürlichen Düngemittel, ab. Diese schließt für die Landwirtschaft mit einem Defizit ab. (Zustimmung rechts.)

Aufmerksamkeit will ich auch darauf machen, daß die Preise für eine ganze Reihe von Industrieprodukten ebenfalls gestiegen sind, und zwar viel stärker, als die Preise der Nahrungsmittel. (Hört! hört! rechts.) In der Agitation ist immer behauptet worden, und die Redner haben das wiederholt, daß der Fleischkonsum erheblich zurückgegangen ist. Die amtlichen statistischen Tabellen zeigen für 1904 einen Fleischkonsum von 49,02 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung, für 1905 48,73 Kilogramm, also nur einen geringen Rückgang, einen stärkeren Konsum hat nur England mit 55 Kilogramm pro Kopf, während er in Frankreich, Dänemark, Belgien, Schweden erheblich geringer ist als in Deutschland.

Eine von den Gewerkschaften angestellte Aufnahme zeigt, daß die Mehraufwendungen der Arbeiterfamilie für Fleisch nur 2,8 Proz. des Gesamteinkommens beträgt, während die Zunahme der Löhne doch reichlich 10 Proz. beträgt. Ganz ähnlich steht es mit den kleinen Beamten.

Daß städtische Verwaltungen vielfach eine ungebührlich hohe Vergütung von ihren Schlichthöfen haben, ist ja auch bekannt. Auch erheben 1833 Gemeinden noch eine Schlachtsteuer, aus der sie 1900 noch 11 Millionen Mark Einnahmen hatten.

Ich wende mich zu den vorgeschlagenen Mitteln der Abhilfe. Die deutsche Viehzucht hat in den letzten 20 Jahren einen glänzenden Aufschwung genommen. Der Gesamtwert unserer Viehbestände beträgt etwa 8 Milliarden Mark. Dank der Grenzsperrung ist es gelungen, Seuchen bei unserem Vieh zu unterbinden. (Abg. Wiener wies auf England hin zum Beweise dafür, daß auch die Einfuhr ungefährlich sei. Nun, in England wurde 1900 von Argentinien aus die Maul- und Klauenseuche eingeschleppt. Daraus wurde die Grenze gegen Argentinien gesperrt, und als sie wieder geöffnet wurde, wurde die Seuche von neuem eingeschleppt.)

Vergesse man doch nicht, daß 1904 97 Prozent des deutschen Fleischkonsums von der deutschen Landwirtschaft gedeckt wurden, nur 3 Prozent vom Auslande. Freilich ist dieser Teil 1905 auf 5 Prozent gestiegen, aber die deutsche Landwirtschaft wird diesen Betrag wieder einholen. Das Fundament freilich bleibt für unsere Landwirtschaft die Sperrung gegen lebendes Vieh, welche Sicherheit gegen Viehseuchen gewährt. Abg. Wiener hat darauf hingewiesen, daß wir auch eigene Seuchenherde im Lande haben; das ist richtig; einer derselben ist von den wissenschaftlichen Versuchen eines Professors in Greifswald ausgegangen. (Hört! hört! rechts.)

Gefordert wird die Öffnung der Grenzen zur Abhilfe der Teuerung. Die Öffnung der Einfuhr aus Oesterreich-Ungarn ist

eine Konsequenz der Handelsverträge, ein Opfer, das die Landwirtschaft im Interesse dieser Verträge gebracht hat. (Zustimmung rechts.) Aus Dänemark lassen wir Vieh herein, weil Dänemark durch seine geographische Lage gegen Einschleppung von Viehseuchen besonders geschützt ist. Die holländische Grenze können wir nicht öffnen; denn wenn Holland auch gegenwärtig noch seuchenfrei ist, so sehen wir doch voraus, daß bei der in Frankreich und Belgien herrschenden Verseuchung in kurzer Zeit auch Holland verseucht sein wird. In den nordischen Staaten, von wo man auch die Zulassung der Einfuhr fordert, herrscht in hohem Maße die Schweinepest. Werden wir die Grenzen vollständig öffnen, so würde übrigens die Fleischsteuerung dieselbe bleiben, weil die Nachbarstaaten unter derselben Teuerung leiden wie wir; würden dagegen bei uns Seuchen auftreten, so würden die Preise noch ganz anders steigen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Zur Abhilfe will ich aufmerksam machen auf die Selbsthilfe durch Genossenschaften. Es fällt auf, daß die städtische Bevölkerung von diesem Mittel so wenig Gebrauch gemacht hat, um die Spannung zwischen den Vieh- und Fleischpreisen herabzubringen. An der Fleischbeschauper hat die Landwirtschaft als solche gar kein Interesse; sie legt ihr außerordentliches Opfer auf; sie ist aber notwendig im Interesse der Gesamtbevölkerung. Städtische und ländliche Bevölkerung sind auf einander angewiesen. Die vergiftete Art der Agitation ist aber nicht geeignet, dieses Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken. Die Landwirte fordern ja auch nicht die Aufhebung der Industriezölle, obgleich die Industrieprodukte im Preise ebenso stark, wahrscheinlich noch mehr gestiegen sind als die ländlichen Produkte. Bei jedem Erbgang kommt auch vom Lande Kapital nach der Stadt. Weiterhin verweise ich auf den dauernden Zugang der Arbeiter vom Lande, durch welchen der Aufschwung der Industrie erst ermöglicht ist. Auf die Dauer kann die Landwirtschaft diese Kapital- und Lohnsteuer nicht ertragen. (Zustimmung rechts.) Das möchte ich vor allem den städtischen Kreisen der Bevölkerung ans Herz legen.

Auf Antrag des Abg. Singer wird in der Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg. Gerssenger (Z.): Ich will heute dem neuen Landwirtschaftsminister noch kein Lob ansprechen. Die Steigerung der Fleischpreise ist eine naturgemäße Folge unserer wirtschaftlichen Entwicklung. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) Das, was die Herren auf der Linken wünschen, um der Viehteuering entgegenzuwirken, würde das Gegenteil zur Folge haben. Die Herren (links) haben an den teuren Fleischpreisen ein gutes Mittel für die Wahlagitiation. Wenn der Abg. Scheidemann von volksverwässernder Wirtschaftspolitik und von Ausräuberi gesprochen hat, so hat er damit mehr an den empfindlichen Nagen als an den Verstand appelliert. (Heiterkeit.)

Wird es denn überhaupt eine eigentliche Fleischnot?

Meine Mutter hat mir im vorigen Sommer erzählt, daß der Fleischer sie beim Einkauf von Fleisch fragte, ob sie nicht noch ein Stück nehmen wolle, er hatte also Fleisch genug, und man kann da doch nicht von Fleischnot sprechen! (Große Heiterkeit.) Man spricht von einer Unterernährung in einem Lande, wo noch Hunderte von Millionen für Alkohol verbrannt werden. Es ist von Aerzten festgestellt worden, daß der Fleischgenuß in den Kinderjahren Nervosität hervorruft. Da kann doch der Rückgang des Fleischkonsums keine so schlimmen Folgen haben, wie es dargestellt wird. Wenn auf das Definieren der Grenzen gedrängt wird, so macht das den Eindruck der Ungebild, die die Kinder zeigen, wenn sie die Stellung einer Wunde nicht abwarten können und sie auftragen. Der Zoll verteuert das Fleisch höchstens um 2—3 pro Hund. In manchen Städten sind die Schlachthofgebühren höher als der Zoll. Die reiche Millionärstadt Wiesbaden hat einen Antrag auf Aufhebung des städtischen Oktoids abgelehnt, zu gleicher Zeit aber einen Antrag auf Aufhebung der Zölle angenommen. Die Öffnung der Grenzen würde ich für ein schweres Unglück für die Landwirtschaft halten. Die Wohnungen sind in den letzten 18—20 Jahren um 40 Proz. teurer geworden infolge der Erhöhung der Löhne. Trotzdem wird niemand den Bauarbeitern den Vorwurf machen, daß sie Wohnungswucher treiben. Ebenso wenig kann man den Viehbauern den Vorwurf machen, daß sie Viehwucher treiben. Wenn die Kleinbauern eine sozialdemokratische Gewerkschaft bildeten, so würden Sie (zu den Sozialdemokraten) ihnen keinen Vorwurf daraus machen, daß sie infolge der Steigerung der Produktionskosten höhere Preise verlangen. Ich kann an die Konzeptionen nur die Bitte richten, sich nicht durch das Gefäch dazu drängen zu lassen, der Öffnung der Grenzen zuzustimmen. (Weisfall im Zentrum und rechts.)

Hierauf verlegt sich das Haus.

Verständlich bemerkt

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.): Der Abg. Scheidemann hat unter Nennung meines Namens ein Zitat aus einem Kasseler Wochenblatt erwähnt. Eine derartige infame Unterstellung, wie sie mir da gemacht wird, kann niemand glauben, der weiß, in welchem guten Verhältnis ich seit zwanzig Jahren zu meinen Wählern stehe. Ich habe gegen die infame Verleumdung den Schutz der Staatsanwaltschaft angereufen, und Herr Scheidemann kann in Kassel der Gerichtsverhandlung beiwohnen. Wie unglaublich eine derartige Äußerung ist, geht aus einem Briefe eines Wählers hervor. Dem hatte jemand den Artikel geschickt und der Wähler hat ihm geantwortet, er solle nur nach Kassel kommen, er werde ihm dann den Hosensteil stramm ziehen. Diese Aufforderung richtet sich gegen alle Verleumder im Lande, auch gegen Herrn Scheidemann. (Heiterkeit.)

Präsident Graf v. Helldorf: Eine solche Aufforderung an einen Abgeordneten ist auch außerhalb des Hauses nicht zulässig, sie verleiht aber erst recht gegen die Würde des Hauses. (Heiterkeit.)

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Wahlprüfungskommission.

Die Kommission besaßte sich gestern anläßlich der Wahl des Antikemiten Zimmermann im 20. sächsischen Wahlkreise mit der ihr vom Plenum zur Erörterung zugewiesenen Frage: Ob Wähler zur Ausübung ihres Wahlrechts berechtigt seien, deren Namen in der Wählerliste sich befinden, die bei einer innerhalb eines Jahres seit dem allgemeinen Wahlen stattfindenden Nachwahl unverändert zur Wahl benützt wird?

Die Beratung dieser Frage nahm die dreistündige Sitzung in Anknüpfung an, in der auch der sächsische Umdeputationsvollmächtigte Geheimrat Fischer den Standpunkt der sächsischen Regierung durch Vorlesung eines längeren Memorats zur Kenntnis brachte. Die sächsische Regierung kommt zu einer Verneinung der aufgeworfenen Frage und sucht damit die ungesetzlichen Eingriffe der Wahlvorstände, bezw. des Wahlkommissars im 20. sächsischen Wahlkreise zu rechtfertigen, wie viele Wähler, die in den Wählerlisten verzeichnet waren, trotzdem bei der Wahl zurückgewiesen wurden, weil sie inzwischen ihren Wohnsitz verlegt hatten.

Mit sechs gegen die fünf Stimmen der Sozialdemokraten und Freiwillichen bekundete die Mehrheit der Kommission die gleiche Auffassung wie die sächsische Regierung und annullierte das durch Wahlgesez und Wahlreglement garantierte Wahlrecht der betroffenen Wähler. Nun wird sich das Plenum ersichtlich mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben. Bedeutet doch der Beschluß der Kommissionmehrheit für Tausende von Wählern nichts anderes als eine reguläre Wahlentziehung.

Wandelschacher zwischen Zentrum und Nationalliberalen. Die Wahlprüfung wird von den reaktionären Parteien immer tiefer in den Sumpf gezogen. Das Wahlrecht zwischen Zentrum und Nationalliberalen erhält eine neue Festigung durch die Sicherung der Wahl des Zentrumsabgeordneten Fuchs. Wie sich die „Kölnische Zeitung“ aus Saarbrücken melden läßt, hat der „Nationalverein für Dittweiler und Sankt Wendel“ beschloffen, von National-

liberalen ausgehenden Protest gegen die Wahl Fuchs' zurückzuziehen. Nur dürfte die Zurückziehung des ultramontanen Protestes gegen die Wahl des Nationalliberalen Fuchs nicht lange mehr auf sich warten lassen. — So wird die Wahlprüfung zur Farce gemacht und die Zeit der Wahlprüfungskommission sowie des Plenums leichtsinnig vergeudet.

Soziales.

Von einem Kampf um Gemeindefische.

Wie notwendig die Einflucht in die in der zweiten Hälfte des Januar ausliegenden Gemeindevorwahlen und wie dringend erforderlich für Behörden die Kenntnis der Bestimmungen der Landgemeindevorwahlen ist, lehrt nachstehender Kampf um die Gemeindevorwahlen in Alt-Dreiwitz bei Kästrin. In diesem Ort von etwa zweieinhalbtausend Einwohnern haben wie in einer städtischen Reihe anderer kleiner Gemeinden die Arbeiter und kleinen Wähler erkannt, welche ein großes Interesse sie an der Verwaltung der Gemeinde haben und daß ihnen die Landgemeindevorwahlen die Möglichkeit bietet, nach und nach seinen Fuß in der Verwaltung zu fassen, um die Interessen der Besitzlosen zu verteidigen. Am 17. März erfuhr die Alt-Dreiwitzer durch im Dorfe ausgetragene Zettel, daß am 19. März die Wahl von zwei Vertretern für die dritte Abteilung stattfinden. Sofort wurden in einer Besprechung am anderen Tage zwei Kandidaten aufgestellt.

Leider mußten sie am Tage der Wahl wahrnehmen, welche großen Fehler sie dadurch begangen hatten, daß sie im Januar versäumt hatten, die Wählerliste einzusehen. Denn es stellte sich heraus, daß nur diejenigen in der Liste standen, welche ein Häuschen besaßen, während die anderen, obwohl zur Gemeindesteuer veranlagt (§ 41 Abs. 60 L.-G.-O.) nicht aufgenommen waren. Nichtsdestoweniger errangen unsere Genossen den Sieg; ihre Kandidaten erhielten je 17 Stimmen, die Gegner aber nur 11. Der Wahl- und Gemeindevorsteher erklärte die Genossen für gewählt und ließ die Gewählten das Protokoll unterschreiben; auch wurde das Wahlergebnis am 23. März öffentlich bekannt gemacht. Am 25. März aber erhielten die Gewählten folgende Zuschrift:

Hierdurch wird Ihnen bekanntgegeben, daß gegen Ihre Wahl zur Gemeindevorwahlen Widerspruch erhoben und dieselbe für ungültig erklärt worden ist.

Ausschluß über die Neuwahl geben die im Umlauf befindlichen Laufzettel.

Alt-Dreiwitz, 25. März 1906.

Der Gemeindevorsteher.
Köppen.

Diese Bekanntmachung war ein Verstoß gegen den § 66 Abs. 2 der Landgemeindevorwahlen. Denn die allein zuständige Gemeindevorwahlen hat, wie sich später herausstellte, erst am 17. April die Wahl für ungültig erklärt. Der Herr Köppen hatte dazu kein Recht. Auch die zum 31. März anberaumte Neuwahl mußte wieder abgelehnt werden, da nach eingeleiteter Beschwerde der beiden gewählten Genossen diese Neuwahl gegen den § 67 Abs. 3 der Landgemeindevorwahlen verstieß. Die Wahl des einen Genossen sollte ungültig sein, weil er nicht in der Wählerliste stand. Dieser Standpunkt ist nach §§ 32, 41 und 50 Abs. 3 der Landgemeindevorwahlen irrig, da hiernach ein Stimmberechtigter seine Wahlbarkeit nicht verliert, wenn er in der Wählerliste nicht verzeichnet steht. Die Wahl des zweiten sollte ungültig sein, weil der Borgenannte bei der Wahl zugegen gewesen sei. Dieser Grund ist ebenso hinfällig. Im Verwaltungsstreitverfahren, welches unsere Genossen anstrebten ließ der Kreisrat diese „Gründe“ fallen, erklärte die Wähler aber trotzdem für ungültig, weil: Erstens der Protokollführer nicht zum Wahlvorstand gehört habe, zweitens die Niederschrift des Wahlergebnisses in dem Protokolle nicht mit dem in der Stimmliste übereinstimme. Daß auch ein Kreisrat die einschlägigen Bestimmungen der Landgemeindevorwahlen nicht kennt, ist zu verwundern. Zu 1. hat das Oberverwaltungsgericht entschieden (XIII, 220): „Die Zugehörigkeit einer nicht zum Wahlvorstand gehörigen Person als Protokollführer macht die Wahl nicht ungültig.“ Auch der zu zweit angeführte Grund ist mindestens unzureichend.

Unsere Genossen legten nunmehr Berufung beim Bezirksauschuß in Frankfurt a. D. ein.

In der Gegenerklärung beantragte der Herr Gemeindevorsteher und Wahlvorsteher Köppen, die Klage kostenpflichtig abzuweisen, weil in der betreffenden Wahlversammlung tatsächlich den Bestimmungen des § 77 der L.-G.-O. zuwider das Mitglied der Wahlversammlung Dinge zum Protokollführer ernannt worden war. Der Herr Gemeindevorsteher irrte sich abermals. Denn § 77 spricht nur von der Wahl des Gemeindevorstehers und der Schöffen und erlaubt als Protokollführer eine Person hinzuzuziehen, welche nicht zur Wahlversammlung gehört. Regelte aber der § 77, was er nicht tut, die Wahlhandlung bei der Gemeindevorwahlenwahl, so verstieß es sich doch am Ende, daß wenn jemand außerhalb der Wahlversammlung zum Protokollführer ernannt werden kann, es erst recht auch mit einem Mitglied derselben geschehen kann.

Nebrigens ist dieser Dinge am selben Tage unter demselben, angeblich ungesetzlich zusammengesetzten Wahlvorstand mit Herrn Köppen an der Spitze, in der zweiten Klasse gewählt und längst in sein Amt eingeführt. Sozialdemokrat ist derselbe allerdings nicht. Der Bezirksauschuß eignete sich die trüben Gründe des Gemeindevorstehers nicht an, wies aber dennoch die Klage kostenpflichtig ab — weil nach dem Protokoll 58 Stimmen abgegeben wurden, die absolute Mehrheit nach Berechnung des Bezirksauschusses also 29 betrage, mithin die beiden Kläger mit je 17 Stimmen die Majorität nicht erhalten hätten. Es hatte sofort oder spätestens in einer Woche die sogenannte engere Wahl stattfinden müssen."

In dieser Entscheidung ist nur eins richtig, das ist: es sind 58 Stimmen abgegeben worden. Es waren 29 Wähler erschienen; jeder hatte, weil zwei Vertreter zu wählen waren, zwei Stimmen abgegeben, also 58. Unsere Genossen haben je 17, die Gegner je 11 Stimmen erhalten, also 58 Stimmen zusammen. Wenn etwa das Protokoll dies nicht ganz klar zum Ausdruck bringt, so ist das unerheblich. Hat doch das Oberverwaltungsgericht mit Recht entschieden (VIII, 125), daß selbst der Verlust des Wahlprotokolls die Wahl nicht ungültig macht, wenn die Ordnungsmäßigkeit der Wahl durch anderweitige Beweismittel festgestellt werden kann.

Daß das hier aber möglich ist, geht ja ohne weiteres daraus hervor, daß der Wahlvorstand aus Grund der abgegebenen Stimmen unsere beiden Genossen, die die absolute Mehrheit, die nur 15, nicht 29 betrug, um zwei Stimmen überschritten hatten, als gewählt proklamiert hatte. Die Vernahme einer engeren Wahl, wie der Bezirksauschuß meint, konnte, weil ungesetzlich, gar nicht angeordnet werden. Unsere Genossen werden sich nun an das Oberverwaltungsgericht wenden, um zu ihrem Rechte zu kommen.

Wenn, wie hier geschehen, der Bezirksauschuß eine Entscheidung fällt, die formell wie materiell, weder im Gesetz, noch in der Praxis eine Stütze findet — Vorstehender des Bezirksauschusses ist der Regierungspräsident —, so braucht man sich allerdings nicht zu wundern, wenn die unteren Organe sich so vollständig über die klaren Bestimmungen des Gesetzes im „Irrtum“ befinden. Für unsere Genossen werden diese Vorgänge aber allerorts eine Warnung sein, die zwischen dem 15. und 30. Januar jeden Jahres ausliegende Wählerliste (§ 56 der Landgemeindevorwahlen) einzusehen und sich dann an der Wahl, die bis Ende März erfolgt sein muß, energisch zu beteiligen. Daß man die Arbeitervertreter in der Gemeindevorwahlen nicht gerne sieht, beweist der „eigenartige“ Widerstand. Derselbe lehrt aber auch, wie notwendig sie zur Vertretung der Interessen der Besitzlosen sind.

Bieten wir trotz unserer billigen Preise und neben der Gewährung von Rabatt-Marken unseren Kunden noch eine Extra-Vergünstigung durch Verabfolgung von



Gratis Photographiebons

bei einem Gesamt-Einkauf von

5 Mark
¼ Dutzend
Visit oder Prinzess

10 Mark
½ Dutzend
Visit oder Prinzess

15 Mark
¼ Dutzend
Griseldis od. Cabinet

20 Mark
½ Dutzend
Griseldis od. Cabinet



Ausgeschlossen von dieser Vergünstigung sind Genussmittel u. wenige andere Artikel, bei welchen wir an Verkaufspreise gebunden sind.

Wir bemerken ganz besonders, dass die diesmaligen Photographiebons auch für Kinder-Aufnahmen berechnen

A. JANDORF & CO

Spittelmarkt

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

Phänomen-Zigaretten



Phänomen-Zigaretten sind aus echten türkischen Tabaken hergestellt
 Phänomen-Zigaretten sind garantiert Handarbeit
 Phänomen-Zigaretten sind nach ägyptischer Art hergestellt
 Phänomen-Zigaretten übertreffen Importen
 Phänomen-Zigaretten sind überall zu haben
 Stück 2, 3, 4 und 5 Pfg.
 Türk. Tabak- und Zigaretten-Fabrik „Namkori“

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.
 Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN
 für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. +1
Teppiche mit farbenreichen Arabien- und Schirmlagen Große Frankfurterstr. 9, parterre. +1
Stehbetten billigst Gebild Große Frankfurterstr. 9, parterre. +1
Teppiche, schönste praktische Weihnachts-Geschenke! Spottbillig und reell, direkt Fabrik, Große Frankfurterstr. 9, I. kein Laden. Sonntags geöffnet. 21028*
Teppiche! (Seberhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Bräun, Godesbergerstr. 88, nach II links. 208/14*
Federbetten, Stand 10,50, große 16,00, Gardinen, Bälge, Decken, Winterpaletts, Uhren, Goldschmiedspottbillig Wandteppichhaus Küstnerstr. 7. 21238*
Manufakturwaren, verlässliche, goldene, 10,00 an Herrenuhren, Nierenauswahl, Ketten, Ringe, Schmuck, spottbillig Verlags Haus Neue Schönhauserstr. 11.
Musikwerke, Sprechmaschinen, Teufelapparate, Invalidenstr. 20, Glatzerstr. 40. 19082*
Federbetten, schöne breite, Stand 20 Mark, 5 Zimmer wenig gebraucht Möbel sofort zu verkaufen Dresdenstr. 38, nach II links. 180/10*
Gelegenheitskäufe: Paletts, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Leihung, Uhren, Goldschmied, Spottbillig, Lude, Oranienstr. 131.
Reisekoffer, Operngläser, Reisezeuge, Regulatoren, Freiwinger, Harmonikas, Geigen, Gitarren, Böden, Teppiche, spottbillig, Lude, Oranienstr. 131. 2575*
Gebrauchte Teppiche, Steppdecken, Betten, Gardinen, Portieren, Bilder, Spiegel, Uhren, Operngläser, Leihdecken, Divanbetten spottbillig, Lude, Götterweg 113. 2698*
Christbaumzweige für Weihnachtsbaum, 18. 1908*
Teppiche, Kissen angefertigt, unter Fabrikpreis. Stehr, Mühlstr. 17. 19038*
Wasser! Kennen Sie Schlingens Stundenzüge? Köpfe, Dosen, Bleien, Eisenst. Viel haltbarer als Engländer. Abverkauf! Lude, Oranienstr. 131. 19068*

Bronzegastrolen!! Badung-lampen 9,00! Solongastrolen 16,00! Gasampullen 1 1/2! Gasheizkörper 7,00! Wollwäcker, Wollwäckerstr. 32. 20728*
Sofa-Teppiche, circa 2 Meter lang, mit beste Perle 3,75, Tapetenbrügel 4,35, Kaminstr. 4,65, Teppichhaus Emil Lejore, nur Oranienstr. 158. 20318*
Nähmaschinen, alle erstklassigen Systeme, Nähmaschinen, Nähmaschinen billigst, Bequeme Teilzahlung, Schneidemaschine kostenlos, Hruska, Kottbuserstr. 19. Wenig gebrauchte preiswert. 2335*
Monatsausgabe und Winterpaletts von 5,00, Kopfen von 4,50, Hosen von 1,50, Gebrochene von 12,00, Frack von 2,50, sowie für forpante Figuren, Neue Garderobe zu stannend billigen Preisen, aus Handbleich verleihten Sachen laßt man am billigsten bei Nag, Wuladstr. 14. 2075*
Winterpaletts, Winterjoppen, Teppichverkauf, stannend billig, Bel-denweg neimehn. 186/4
Winterpaletts, Gardinenverkauf, Aussteuerwäsche, spottbillig Bel-denweg neimehn. 186/4
Kaufstr. 50, Möbel, Spiegel, Porzellan, spottbillig, große Auswahl, Möbelverkauf, Zankfeld. *
Kanarienvogel, Nestler, sprechende, singende, lauhende, weinende Papageien, Restaurant Kommandantenstr. 52. 21238*
Blüchlofa, Wirtschaft, auch einzeln, billig, Müller, Gubenerstr. 6, Hof III. 736
Herrenfahrader billig zu verkaufen Dippel, Schönhauser Allee 110. +63
Grünranger zu verkaufen Wuldenstr. 54. +116
Herrenpaletts, Mittelfigur, Zimmerstr. 65, parterre. 2755
Grammophon billig verkauft Schwedterstr. 239, II. Teilpelle.
Weiche Kleiderausgabe, Kleider-Schürzen, Kleiderstoffe, beste Qualitäten bei Herrmann Schlingener, Lurmlstr. 58. 21238*
Parteiweine, Familienkost, billig, Todesweg, 2000 Mark, verlässlich, 3 gute Vereine, Klavier, Bildard, Adressen: Simon, Marienburgerstr. 27. 186/18
Plattener verkauft billig, Kottbuserstr. 31. 2858

Verschiedenes.
Polstergewerkschaft Schmelzer, Gndrich, Balg, Stellenerstr. 57. *
Goldschmied, Komiser, Gropiusstr. 6. 1975*
Patentanwalt Bessel, Götterstr. 94a. 9275*
Wandteppiche, Weinzerstr. 63, täglich 8-8, Sonntag bis 2. 19082*
Amson! Zementfabrik, jahresärztliches Institut, Gaussestr. 2 B, Hof II. 270/4*
Platinabfälle, alte Goldschmied, Bruchgold, Silber, Schiffe, Schrotgold sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände kauft Goldschmied Broh, Brangelstr. 4, Telefon IV, 0958, Sonntag geöffnet. 185/1*
Achtung! Gewerkschaften, Vereine! Vereinszimmer und Saal, 30 bis 250 Personen, sind zu vergeben G. Roertins, Pappelallee 25. 636*
Bücher kauft, bezieht Antiquariat Kochstr. 56, I. 18728*
Abendkurs zur Ausbildung von Mechanikern im Maschinenbau, Großspelle frei, Technikum Elektra, Polstechnisches Institut, Reanderstr. 4. 213/11*
Achtung! Empfehle meinen Freunden, Bekannten und Genossen meine neu eingerichteten Vereinszimmer, 20, 30 und 60 Personen fassend. Auch sind noch einige Tage zur Weihnachts-Beherung frei. Lichtingstr. 4, Dalg, Glatzerstr. 51. Fernsprecher: Amt 4, 2585. +14*
Achtung! Schöne freundliche Wohnungen von 1 auch 2 Zimmern mit reichlichem Zubehör, mit und ohne Bad, sind zum 1. April 1907 preiswert zu vermieten, Richter, Teupferstr. 104, R. Prehler. *
Rixdorf, Bräun, Festliche, Anleherstr. 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Partellanal (600 Personen). Sonntags Ball. +116*
Wäsche wird sauber gewaschen, freien getrocknet, Abholung Sonntags, Emil Bankstr. Köpenick, Waggelheimerstr. 40. 2785
Handwäscher, Glatzer, Kafen, Leihwäsche, 4 Handtücher 10 Pfennig, Frau Stechow, Köpenick, Waggelheimerstr. 14, Abholung Donnerstags.
Goldene Damenuhren (Kunden), Nr. 48 398, gute Verlobung, Müller, Königsbergerstr. 26/27. 180/19

Vermietungen.
Wohnungen.
Modernste Kleinwohnungen billig Lärkerstr. 17, am Paul Werberstr. 20602*
Neuerbautes Haus, Wellestr. 29, zum 1. April freundliche Wohnungen von Küche, Küche, mit und ohne Balkon, zwei Stuben und Küche, mit und ohne Balkon, billig zu vermieten. +116*
Sofort zu vermieten Stube, Kammer und Küche 27 Karl. Richter, Kottbuserstr. 9, Köhl. +116
Leere Stube vermietet Müller, Schönberg, Warburgstr. 16. +106
Schlafstellen.
Freundliche Schlafstelle, allein, an Herrn (sofort) zu vermieten Lantierplatz 11, Seitenflügel 4 Treppen.
Möblierte Schlafstelle, ein oder zwei Herren, Charlottenburg, Goethestr. 27, nach III links. 2775
Mietsgesuche.
Möbliertes Zimmer bis 14 Mark (inklusive) von Herrn gesucht, Oferten unter Selbst, Partellanal, Lantierplatz 14/15. +14
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Blinder Stubenrechner bietet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgebracht. A. Glatzer, Wuladstr. 37. 14685
Stellenangebote.
Gesangverein, Mitglied des Arbeiter-Gesangvereins, 30 Mitglieder, sucht sofort Dirigenten für Dienstag, Oferten an R. Keller, NW., Wuladstr. 23 III. 2735
Mit Gesangverein sucht Dirigenten für Freitag, Schriftliche Oferten mit Honorarangebe erbeten. Glatzer, Georgenkirchstr. 52. 2745
Stereotypen, selbständiger Steher Arbeiter, sofort dauernd, Louis Vorkardt, Waggelheimerstr. 119. 2765
Grundrieger verlangt Köpenickerstr. 147. 2705

Altenmacher auf Goldschmiedentisch verlangt Werkmeister, Brunnenstr. 194. 2815
Tüchtige Tischler für Innenausbau sucht Tischlerei, Teufelstr. 53.
Schling für Bräunerei suchen Adolf Salz u. Co., Kampenabrit, Stahlhändlerstr. 5a. 190/17
Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.
Bootsbauer
 im Kleinfeldbau wie Neundorfbau selbständig von einer alten Bootswerk für dauernde Stellung gesucht. Verheiratete Leute erhalten Umzugsvergütung. Reflektanten belieben ihre Ansprache nebst Zeugnisabschriften einzureichen unter J. B. 6182 durch Rudolf Mosse, Berlin SW.
Balgenschmied
 verlangt Harmonika-Fabrik von Kalbe, Glatzerstr. 11. 31802*
Rechnerinnen,
 intelligente junge Damen, welche flott rechnen können, zum sofortigen Eintritt gesucht. Meldungen mittags 1-2 oder abends 8-9 Uhr. [31812*
A. Jandorf & Co.,
 Bellealliancestr. 1-2.
Photographengehilfen
 zum sofortigen Eintritt gesucht. Meldungen mittags 12-1 oder 7-8 Uhr im Hauptkontor IV. Etage
A. Jandorf & Co.,
 Bellealliancestr. 1/2.
Achtung! Achtung!
Klavierarbeiter!
 Ueber die Pianofabrik Bell & Co., Androsstr. 32 und Grüner Weg 79, die unter der Firma Neugebauer Nachf. Arbeitswillige sucht, ist nach 14wöchigem Streik die
Sperre dauernd verhängt. 141/16*
 Zugang streng fernhalten. Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

Achtung! Marmorarbeiter!
 Berlin II.
 Die Steinarbeiter der Firma Deutsche Steinindustrie stehen im Solidaritätsstreik. Bitte jedes Arbeitsangebot streng zurückzuweisen. Dies gilt auch für Hilfsarbeiter. 193/1*
 Der Vorstand, J. A.: Durzer.
Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.
Zentrum:
 Fritz Zinke, Rauerstr. 89.
 H. Bahnsch, Auguststr. 50.
Westen:
 G. Schmidt, Palowstr. 52.
Osten:
 W. Mann, Peterburgerplatz 4.
 H. Wenzel, Köpenickerstr. 3.
 Gustav Bogel, Köpenickerstr. 83.
Nordosten:
 E. Lucht, Reibstr. 42.
 J. Meul, Barminstr. 42.
Norden:
 G. Rasche, Wackerstr. 36.
 H. Trapp, Köpenickerstr. 24.
 Karl Wenzel, Köpenickerstr. 123.
 Karl Weiske, Waggelstr. 41/42.
 E. Dehnbach, Kottbuserstr. 24.
 H. Bogel, Kottbuserstr. 37.
 H. Tich, Invalidenstr. 124.
Nordwesten:
 Karl Anders, Salzburgerstr. 8.
 W. Scholle, Waggelstr. 23.
Südwesten:
 G. Werner, Wittenmaderstr. 30.
 G. Schröder, Köpenickerstr. 15.
Süden:
 St. Fris, Köpenickerstr. 31.
 H. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.
Südosten:
 Paul Böhm, Kottbuser Damm 14/15.
 H. Gorch, Engel-Weg 15.
Charlottenburg:
 G. Scharnberg, Seidenmeisterstr. 1.
Friedrichshagen:
 C. Zeitel, Kronprinzenstr. 50.
Rixdorf:
 M. Schirmer, Köpenickerstr. 7.
 Conrad, Hermannstr. 50.
Schöneberg:
 W. Bäumer, Martin-Lutherstr. 51.
Weißensee:
 W. Reide, Sedanstr. 105.
 Jul. Schirmer, Köpenickerstr. 39a.
Reinickendorf:
 H. Gorch, Köpenickerstr. 103.

Die russische Revolution.

Die Arbeitslosen.

Die Zahl der Arbeitslosen in Russland ist so erschreckend hoch, wie sie es nie zuvor gewesen ist. Die Geschäftstodung, die Industriekrise, das Wüten der Reaktion haben überall zu Massenentlassungen geführt.

Die Administrationsbehörden, Generalgouverneure, Gouverneure tun das Ihrige, um die Lage der Arbeitslosen noch zu erschweren. Mit Repressivmaßnahmen wird auf Organisationsversuche geantwortet.

In Jekaterinoslaw hatte die Stadtduma 20000 Rubel zur Unterhaltung der Arbeitslosen bewilligt. Der Generalgouverneur erteilte dem Bürgermeister, der die Deputation der Arbeitslosen empfangen hatte, einen strengen Verweis und ließ die Delegierten der Arbeitslosen verhaften!

Im zentralrussischen Industrieregion sind alle bedeutenderen Orte mit Arbeitslosen überfüllt; aus Jwanowo-Wosnessenski wird geschrieben (Ende November): Den Arbeitslosen zu helfen, ist eine Unmöglichkeit.

Im ganzen Wolgaregion gibt es Arbeitslose in Massen; sie stehen in Haufen am Ufer der Wolga und warten auf irgend eine Arbeit. In den Wolgastädten entwickeln sich infolge des Hungers allerlei Krankheiten; die Erschöpften sterben hundertfach in den Straßen.

Am ernstesten gestaltet sich die Frage in Moskau. Die öffentlichen Arbeiten sind abgebrochen worden, die Organisationen der Arbeitslosen sind aufgelöst. Gegenwärtig sorgen die gewerkschaftlichen Verbände Moskaus für die Arbeitslosen, ihre Mittel sind aber sehr beschränkt.

Am ernstesten gestaltet sich die Frage in Moskau. Die öffentlichen Arbeiten sind abgebrochen worden, die Organisationen der Arbeitslosen sind aufgelöst. Gegenwärtig sorgen die gewerkschaftlichen Verbände Moskaus für die Arbeitslosen, ihre Mittel sind aber sehr beschränkt.

Die Russifizierung Finnlands.

Helsingfors, 6. Dezember. (Fig. Ver.)

Der Appetit Stolypins ist im Wachsen. Die vorauszusuchen war, hat das erste Rodgehen des finnischen Senats in der Frage der Behandlung politischer Flüchtlinge aus Russland die Rimmerfalten zu neuen Schritten ermuntert, und der Senat hat „Ja“ und „Amen“ sagen müssen zu einer weiteren Maßnahme, durch welche die erste gewissermaßen polizeimäßig abgerundet werden soll.

Wie man sieht, ist alles dem polizeilichen Ermessen überlassen, und da die finnische Polizei, entgegen vielfachen gegenteiligen Auffassungen, in ihrer Praxis ziemlich roh ist, so kann man mit Sicherheit sagen, daß die neuen Bestimmungen für die Reisenden aus Russland nicht wenige Scherereien und Unannehmlichkeiten zur Folge haben werden.

Gleichzeitig mit der Einführung des Passbuchs auf der Grenze ist auch die Bestimmung erlassen, daß russische Staatsunterthanen bei hoher Polizeistrafe binnen 24 Stunden nach ihrer Einmietung polizeilich gemeldet sein müssen.

Die kritische Phase des Kulturkampfes.

Paris, 10. Dezember. (Fig. Ver.)

Der Papst hat den Geistlichen verboten, die kirchenberaumten anzumelden. Das ist das letzte schwerwiegende Ereignis im kirchlich-politischen Konflikt. Wir haben

berichtet, wie weit die Regierung der Kirche entgegengekommen war. Da der Vatikan die Gründung von Kultusassoziationen abgelehnt hatte, sollte der Kirche gestattet sein, ihre Gottesdienste auf Grund des allgemeinen Versammlungsgesetzes zu organisieren.

Die Regierung wird natürlich diese Herausforderung nicht ruhig hinnehmen können. Sie war dem Vatikan gegenüber lange genug geduldig, immer bereit, einen Ausgleich zwischen den Bestimmungen des Gesetzes und den Vorurteilen der Kurie zu finden.

Außerdem hat die Regierung auch andere Strafmaßnahmen in Aussicht gestellt. Welcher Art sie sein werden, darüber ist noch nichts Gewisses bekannt. Vermutlich werden sie u. a. auch die im Trennungsgesetz enthaltene Prieisterpensionierung betreffen.

Morgen ist also der kritische Tag, wo der Staat, da die Kultusassoziationen nicht gegründet sind, die Kirchengebäude und Kirchengüter unter Sequester stellt.

Paris, 11. Dezember. (W. L. B.) Die Minister und Staatssekretäre hielten heute unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik im Elyséepalast eine Sitzung ab, die ausschließlich den unter den gegenwärtigen Verhältnissen zur Durchführung des Trennungsgesetzes zu treffenden Maßnahmen gewidmet war.

- 1. Abschaffung der Pensionen und Unterstützungen der Geistlichen unter gewissen Bedingungen;
2. Sofortige Liquidierung der Güter der öffentlichen Anstalten des katholischen Kultus;
3. Verfügung über die Pfarreien, bischöflichen Paläste und Seminargebäude;
4. Die im Interesse der nationalen Sicherheit zu treffenden Anordnungen.

Der Kriegsminister teilte mit, daß sämtliche Seminaristen, die bis zum 20. d. M. nicht vorchristlichmäßig bestätigte Zeugnisse beigebracht haben, vom 7. Januar ab zu ihren Regimentsen einberufen werden sollen.

Paris, 11. Dezember. (Meldung der „Agence Havas“.) Es verläutet, die Regierung habe beschlossen, Mgr. Montagnini, der seit der Abberufung des apostolischen Nuntius den Heiligen Stuhl in halbamtlicher Eigenschaft in Paris vertritt, anzunehmen.

Paris, 11. Dezember. (W. L. B.) In der Wohnung des Mgr. Montagnini hat heute nachmittags eine geräuschvolle Hausdurchsuchung stattgefunden.

Aus der Partei.

Als Reichstagskandidat für den Wahlkreis Mannheim hat die Wahlkreisversammlung am Sonntag zu Mannheim den Genossen Landtagsabgeordneten Dr. Ludwig Frank, Rechtsanwalt in Mannheim, einstimmig aufgestellt.

Polenfrage und Sozialdemokratie.

Die deutschen Genossen im ober-schlesischen Industriebezirk richten an den demnächst in Berlin zusammentretenden preussischen Parteitag den Antrag, folgender Resolution zuzustimmen: Der zweite Parteitag der Sozialdemokratie Preußens vertritt auf das entschiedenste die sinnlose und barbarische Polenpolitik der preussischen Regierung und spricht der polnischen Bevölkerung Preußens in dem gerechten Kampfe um ihre nationalen Rechte seine volle Sympathie aus.

bürgerlichen Rechte, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen.

Gemeindevahlen.

Anfänglichen Orten, in denen unsere Genossen bei den Gemeindevahlen Erfolge erzielten, sind weiter zu nennen: Niedergorbig, Obergorbig, Langebrück, Reunsdorf, Rippin, Erdmannsdorf, Göppersdorf, Gröba, Leisnig, Painisch, Leuben, Pleiße, Gainsdorf, Oberlungwitz, Mülsen St. Niklas, Hartmannsdorf, Oberpuzhau, Gärten, Euthin und Böhlitz-Ehrenberg.

In Gräfenroda (Sachsen-Roburg-Gotha) haben jetzt die Sozialdemokraten alle zehn Sitze inne, da sie bei der jetzigen Wahl die letzten drei bürgerlichen Vertreter mit starker Majorität schlagen.

Die Generalversammlung der Genossen des Wahlkreises Vochem-Gelsenkirchen beschloß am Sonntag einstimmig die Wiederaufstellung ihres jetzigen Reichstagsabgeordneten, des Genossen Hue, für die nächsten Reichstagswahlen.

Zur Unterstützung der Wahlen für die Reichsduma bewilligte die Versammlung 200 M.

Vom Fortschritt der Presse. Die „Vergische Arbeiterstimme“ in Solingen hat jetzt eine Abonnentenzahl von über 8000 erreicht.

Statistik des Klassenbewußtseins. Eine Statistik, die unter den organisierten Bauhilfsarbeitern zu Halle vorgenommen wurde, ergab, daß von 572 Befragten 30 Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins, 437 Leser des „Volksblattes“, 31 Leser anderer Zeitungen, 27 Leser keiner Zeitung waren.

Der Examinator des „Avanti“ unter Prozeß.

Rom, 8. Dezember. (Fig. Ver.)

Die Verdachtsgründe, die gegen den bisherigen Administrator des „Avanti“, Armani, laut geworden waren, haben nunmehr in dem Urteil der Voruntersuchung ihre Bestätigung gefunden.

Das Urteil des Untersuchungsrichters — in dem nach italienischer Strafrechtsordnung die Gründe veröffentlicht werden, auf die sich die Einleitung des Hauptverfahrens stützt — hebt besonders hervor, daß keine Spur von Verdacht der Unkorrektheit auf den im Zusammenhang mit dem Prozeß genannten Zeitungen „Avanti“ und „Corriere della Sera“ ruht.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das Reichsgericht verwarf am Dienstag die Revision des Redakteurs des Vochemer „Volksblattes“, Genossen Pieper, gegen die wegen angeblicher Beleidigung eines Polizeikommissars erkannte Gefängnisstrafe von einem Monat.

Das Reichsgericht verwarf am Dienstag die Revision des Redakteurs des Vochemer „Volksblattes“, Genossen Pieper, gegen die wegen angeblicher Beleidigung eines Polizeikommissars erkannte Gefängnisstrafe von einem Monat.

Freisprüche. Genosse Faber, früher Verantwortlicher des „Stettiner Volksboten“, wurde seinerzeit zu 40 M. Geldstrafe verurteilt, weil ein Vater beleidigt sein sollte, dem nachgelagert wurde, daß er durch lieblose Behandlung seinen Sohn zum Selbstmord getrieben habe.

Was sich ein Landrat erlauben darf. Landrat Dr. Scheiff in Binneberg hatte mit Bezug auf den Genossen Sonder in Osdorf die Kerkerung getan, daß G. nach seiner ganzen Gesinnung zu denjenigen gezählt werden müßte, die sich gegen Anordnungen der Behörde auflehnen.

Zahl der Parteikasse oder nicht? Am 30. April d. J. tagte in Langendiebach eine sozialdemokratische Versammlung, in der Genossin Litz von Hamburg als Rednerin auftrat.

Strafentscheid der Presse. Wegen Beleidigung eines Amtsanwalts stand heute der Genosse Köpke vom „Harburger Volksblatt“ vor der Strafkammer.

Als Reichstagskandidat für den Wahlkreis Mannheim hat die Wahlkreisversammlung am Sonntag zu Mannheim den Genossen Landtagsabgeordneten Dr. Ludwig Frank, Rechtsanwalt in Mannheim, einstimmig aufgestellt.

Die deutschen Genossen im ober-schlesischen Industriebezirk richten an den demnächst in Berlin zusammentretenden preussischen Parteitag den Antrag, folgender Resolution zuzustimmen: Der zweite Parteitag der Sozialdemokratie Preußens vertritt auf das entschiedenste die sinnlose und barbarische Polenpolitik der preussischen Regierung und spricht der polnischen Bevölkerung Preußens in dem gerechten Kampfe um ihre nationalen Rechte seine volle Sympathie aus.

Soziales.

Gerichtliche Prämien für Dienstboten-Rißhandlung. Wegen Körperverletzung hatte sich die Frau des Zahnarztes Kühn in Dresden vor dem Dresdener Schöffengericht zu verantworten.

welches von der „gebildeten Dienstherrin“ mißhandelt worden ist, erscheint als Zeugin und bekundet, daß sie infolge der miserablen Behandlung nur 14 Tage dort in Stellung war, aber während dieser kurzen Zeit unmenlich behandelt worden ist. Am Sonnabend, den 15. September, ist das Mädchen angetreten und schon einige Tage darauf wurde sie von der „gnädigen Frau“ in die Kammer gestochen. Am anderen Tage soll das Dienstmädchen angeblich eine schmutzige Schürze umgehakt haben. Diese riß ihr die „Herrin“ ab und rief sie abermals in die Kammer, damit das Mädchen eine andere umbinde. Bei einer anderen Gelegenheit, als dem Dienstmädchen befohlen worden war, Messer zu putzen, kam die „Dienstherrin“ hinzu. Die Arbeit des Mädchens ging ihr nicht schnell genug. Sie schlug deshalb demselben auf den Kopf, sie packte es an, klemmte es auf dem Korridor zwischen Tür und Schranke und schlug das bedauernswerte Dienstmädchen derart, daß letzteres sich zu einem Arzt begab, welcher Hautabschürfungen und blutunterlaufene Flecke an Arm und Hals feststellte. Dem armen Mädchen wurde diese Behandlung unerträglich und schickte ihre Eltern davon in Kenntnis. Der Vater des mißhandelten Mädchens sah sich genötigt, gegen die „Frau Zahnarzt“ vorzugehen. Die Sache wurde von der Behörde in die Hand genommen und ein Kriminalbeamter mit der Untersuchung beauftragt. Von diesem wurden nun noch folgende Einzelheiten festgestellt, welche Zeugnis davon ablegen, wie diese „Dame“ überhaupt mit ihrem Gesinde verfahren ist. Demnach hat die Angeklagte in den letzten sechs Jahren nicht weniger als 25 polizeilich angemeldete Dienstmädchen gehabt. Die Angeklagte hat selbst einmal zu einer Frau gedeutet, sie habe ein Mädchen mal nachts furchtbar geschlagen. Durch einen Kriminalgendarm wurde festgestellt, daß die Angeklagte einem anderen Mädchen den Scheuer-eimer über den Kopf gegossen und es mit dem Scheuerlappen geschlagen hat. Als Verteidiger der Angeklagten führte ihr Ehemann aus: Mit den Dienstmädchen sei ohne Ohrfeigen nicht auszukommen, was doch auch jeder Meister mit seinem Lehrling mache. Er beantragte lösenlose Freisprechung seiner Ehefrau. Wenn das Gericht zu einer Verurteilung kommen sollte, so meinte der Zahnarzt, dann würde das demoralisierend wirken. Der Vorsitzende sah sich durch diese Auffassung genötigt, den Herrn darauf hinzuweisen, daß wir doch nicht mehr in der Zeit des Faustrechts leben. Das Schöffengericht verurteilte die Angeklagte wegen Körperverletzung in zwei Fällen zu 8 Mark Geldstrafe! Strafmildernd hatte das Gericht in Betracht gezogen, daß Nachteile durch die Körperverletzung nicht eingetreten sind. Auch seien die Tätigungen „unerheblich“ gewesen. Wie hätte das Gericht geurteilt, wenn das Mädchen die Herrschaft über einen der Richter so „unerheblich“ verhalten hätte?

Sehn Jahre Gefängnis gegen ein Kind!

Die Strafkammer zu Kottbus verurteilte am 6. d. Mts. einen 14jährigen Knaben, den am 28. IV 1892 geborenen Hanslersohn Paul Lehmann, zu zehn Jahren Gefängnis. Der angeklagte Junge ist durch das Lesen von Schauerromanen verwöhlt. Er schrieb wiederholt an die 13jährige Eberts. Diese antwortete ihm nicht. Darauf packte er sie auf dem Schulwege ab, suchte zuerst vergeblich mit einer defekten Pistole auf das Mädchen zu schießen. Als diese ihm erklärte, sie werde zu Hause erzählen, wie er ihr nachstellte, schlug er sie mit einem Teschingslauf nieder. In den Folgen der Unart starb das Mädchen.

Das dem Antrage des Staatsanwalts entsprechende drakonische Urteil beruht auf der unfinnigen Annahme unseres Gesetzes, das Gefängnis könne „bessern“. Besserung kann nur durch Befreiung der Ursachen der Tat erzielt werden. Welche waren dies aber? Sind es nicht die Bestrebungen der bürgerlichen, herrschenden Klassen, die dem Kinde wahre geistige Kost vorzuenthalten, seine geistigen Fähigkeiten zu unterdrücken und, deshalb die sozialdemokratischen Tendenzen unterdrücken, die sich gegen Schauerromane und dergleichen wenden und wirkliche Bildung des Geistes herbeizuführen suchen? Ist es nicht die bürgerliche Gesellschaft, die die Achtung der Freiheit, der Gesundheit, des Lebens anderer zeitigt und die Opfer ihrer Erziehung strafft, eine noch größere, ein Kind auf zehn Jahre ins Gefängnis zu stecken, weil die heutige Gesellschaft gegenüber den erschreckenden Folgen ihres Systems hilflos ist.

Weshalb erhalten Mitglieder des Bundes der Landwirte kein Gefüge?

Inerhörte Mißhandlungen hatte das 16jährige Dienstmädchen Martha Knospe von ihrem Dienstherrn, dem hochadeligen Landwirt Andreas Michall in Altlieblich bei Rothenburg (Schlesien) erdulden müssen. Das kleine, schwächliche Mädchen wurde von dem Manne bei jeder sich darbietenden Gelegenheit mit allen möglichen Prügelinstrumenten geschlagen, mit Peitsche, Gadenkiesel, Halskoppel, Heuschlinge usw.; oft warf Michall das Mädchen, wenn es die aufgetragene schwere Arbeit, Dreschen und Kartoffelhacken, nicht nach seinem Wunsch verrichtete, zu Boden und verzeigte ihr Stiefelstritte, so daß die Kerne aus Mund und Nase blutete. Dabei belam das Mädchen von dem „Dienstherrn“, den sie „Entel“ titulieren mußte, nicht einmal Lohn. Vom Muskauer Schöffengericht war Michall zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Gegen diese Strafe legte er Berufung ein, über die vor dem Oberrichter Landgericht verhandelt wurde. Der Staatsanwalt bemerkte, es sei bedauerlich, daß die Strafe nicht erhöht werden könne; denn das Verhalten des Angeklagten, der dem Mädchen Vaterstelle hatte vertreten sollen, stelle sich als strafwürdiger heraus, als sich in erster Instanz ergeben. Michall nahm auf Anraten seines Verteidigers seine Berufung zurück.

Zur Sonntagsruhe der Postboten.

„Bedenken Sie, meine Herren, der siebente Teil aller Menschen ist am Sonntag geboren und diese haben ein Anrecht darauf, zu ihrem Geburtsstage Geldsendungen entgegenzunehmen zu können.“ Diesen scherzhaften Einwand, den einst der Generalpostmeister Stephan dem Verlangen auf Einschränkung der Arbeit der Postbeamten an den Sonntagen entgegensteht, haben sich einige Firmen zur Devise ihrer Petitionen gewählt, die gegen die am 1. Dezember in Kraft getretene Verfügung gerichtet ist, daß Nachnahmelisten und sonstige Nachnahmehrscheinungen mit Ausnahme solcher mit dem Vermerk „durch Eilboten“ oder „Postlagernd“ den Empfängern nicht mehr an Sonn- und Feiertagen vorgezeigt werden sollen. Wir hoffen, daß diese Petitionen erfolglos bleiben und den Anstoß dazu geben werden, den Sonn- und Feiertagsdienst der viel geplagten Postboten noch erheblich mehr einzuschränken und ihnen endlich nach englischem Vorbild Sonnabend nachmittag freizugeben. Die Sonntagslinder werden keinen Gram darüber empfinden, wenn sie an Sonntagen von der Aufforderung zur Zahlung für Postnahmenbefreiungen verschont bleiben und werden sich auch am Montag über etwaigen Empfang von Sendungen zur Füllung des ewig leeren Geldbehältnisraumes freuen.

Aus Industrie und Handel.

Bergarbeiterlöhne.

In der Weltspresse ist bei Ablehnung der von den Bergarbeitern geforderten Lohnerhöhungen behauptet worden, die Löhne seien teilweise schon um 15 Proz. gestiegen und gingen noch fortgesetzt weiter in die Höhe. Daß das nicht zutrifft, ergeben die amtlichen Nach-

weise. Nach dem gestern im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Durchschnittslöhnen stellt sich der Tagesverdienst:

Steinkohlenbergbau	Jahresmittel 1905	III. Quartal 1906	Zunahme in Prozent
in Oberschlesien	3,08	3,26	5,84
in Niederschlesien	2,94	3,06	4,08
im Oberbergamtsbezirk Dortmund	4,03	4,43	9,92
im Saarbrücker Revier	3,80	3,88	1,58
im Saazer Revier	4,08	4,48	9,80
Braunkohlenbergbau			
im Oberbergamtsbezirk Halle	3,15	3,41	8,25
im linksrheinischen Bezirk	3,38	3,50	12,42

Der linksrheinische Bezirk kommt kaum in Betracht, er zählt nur 6715 Arbeiter, während die Gesamtbelegschaft der aufgeführten Bezirke rund 475.000 Personen umfaßt. Selbst in den besten Bezirken bleibt die Lohnerhöhung hinter den Behauptungen der Berufsorgane zurück. Ein noch anderes Gesicht bekommt die Statistik, wenn man die Löhne nach den einzelnen Klassen in Vergleich stellt. Für den Oberbergamtsbezirk Dortmund mit 284.210 Mann Belegschaft ergeben sich folgende Zahlen: Für die nicht als eigentliche Bergarbeiter unterirdisch Beschäftigten beträgt die Lohnzunahme nur 8,47 Proz., für die erwachsenen Ubertagearbeiter 6,14 Proz. und für jugendliche Arbeiter 5,79 Proz. Die hier aufgeführten Kategorien umfassen rund 50 Proz. der Gesamtbelegschaft. Mit solchen Lohnzunahmen sind die erhöhten Lebensmittel- und Wohnungspreise bei weitem nicht ausgeglichen.

Warenpreise im November.

Nach den üblichen Zusammenstellungen der „Statist. Korresp.“ sind die Preise im November bei einigen Positionen um ein Geringes gefallen, bei anderen Waren aber noch weiter gestiegen. Gegenüber November 1905 ergibt sich mit Ausnahme bei Schweinen, Roggen und Heu durchweg ein höherer Preisstand. Folgende Tabelle veranschaulicht die Veränderung der Durchschnittspreise von 23 Marktorten:

	Novbr. 1905	Novbr. 1906	in 1906 mehr + weniger -
Weizen	170	173	+ 3
Roggen	160	158	- 2
Gerste	153	157	+ 4
Hafer	153	159	+ 6
Erbsen	239	244	+ 5
Spreihschoten	335	317	- 18
Linien	469	580	+ 111
Erfarlosseln	47,2	51,5	+ 4,3
Richtstroh	47,2	47,6	+ 0,4
Heu	58,5	51,4	- 7,1
Rindfleisch	1256	1290	+ 43
Rindfleisch (Beule)	161	168	+ 7
(Schmalz)	138	143	+ 5
Schweinefleisch	174	171	- 3
Kalbfleisch	166	170	+ 4
Lammfleisch	156	162	+ 6
Verarbeitete Speck	189	189	-
Echthutter	249	254	+ 5
Schweinefleisch	188	181	- 7
Weizenmehl	31	31	-
Roggenmehl	27	27	-
Schaf-Tier	523	527	+ 4

Von einem Rückgang der Preise kann absolut nicht die Rede sein. Der außerordentlich hohe Preisstand für Fleisch liegt auch die Preissteigerung in anderen Produkten.

Banhand Krupp. Die Firma Krupp stellt aus Patriotismus und für hohe Preise dem lieben Vaterlande die besten Kanonen und Panzerplatten zur Verfügung. Aber für das Ausland tut sie noch mehr. Um die das geliebte Vaterland schützenden Nordwesten und Schanzplatten auch an das Ausland absetzen zu können, bekommt dieses noch Geld dazu.

Laut „Petersburger Wozetia“ schweben Verhandlungen zwischen der Firma Krupp und den Pulverwerken in Petersburg, um letztere zu beschaffen, die offerierten großen Aufträge für den Ausbau der russischen Kriegsstärke zu übernehmen. Die Aufträge betragen etwa 23 Millionen Rubel. Die Pulverwerke müßten hierzu eine neue große Werk erbauen, was 6 Millionen Rubel erfordert. Krupp offeriert diesen Betrag gegen 5 Proz. Zinsen und die Hälfte aus den Schiffbauten.

Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft. Die Generalversammlung, die in dem neuen, mit einem Aufwand von 2 1/2 Millionen Mark erbauten Verwaltungsgebäude der Gesellschaft tagte, genehmigte eine Dividende von 11 Proz. auf 86 Millionen Mark alte und 14 Proz. auf 14 Millionen Mark junge Aktien. Ein Verlangen nach höherer Dividende wurde seitens der Verwaltung zurückgewiesen mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, für sicher zu erwartende schwere Zeiten finanzielle Vorzüge zu treffen. Reserve und Rückstellungen belaufen sich auf 47 1/2 Millionen Mark.

Wf. Die Gesellschaft bringt für das letzte Geschäftsjahr 18 Proz. Dividende heraus.

Erhöhung des Kupferpreises. Der Mansfelder Kupferpreis wurde wiederum um 3 M. auf 217 M. erhöht.

Vorbereitung für die neue Anleihe. Aus Paris wird dem „Russische Slowo“ telegraphiert, daß Wendelsohn, der sich augenblicklich in Paris befindet, eine lokale Kauffe der russischen Papiere betreibt. Nach den Worten des Korrespondenten soll hinter Wendelsohn ein Substitut stehen, das von der russischen Reichsbank unterstellt wird.

Der „Eci de Paris“, ein Wochenblatt, das aus Vorkaufkreisen gute Informationen erhält, verzeichnet das Gerücht, daß die Regierung ihre Zustimmung zur Begebung einer neuen Anleihe von 800 Millionen zu geben bereit sei. Auf der Börse wird sogar erzählt, daß eine Million davon für einen Minister reserviert werde.

Die sozialistische Parlamentsfraktion, bei der eine Delegation russischer sozialistischer Organisationen wegen dieser finanziellen Maßnahmen vortrat, beschloß gestern einstimmig, die Regierung zu interpellieren. Clemenceau wird also Farbe bekennen und erklären müssen, ob das radikale Ministerium, freiwillig oder einer neuen Erpressung folgend, das Nationalvermögen Frankreichs ganz der russischen Konterrevolution und ihren gesellschaftsretenden Dieben ausliefern will.

Sum russischen Panama. Mit jedem Tage bringen die russischen Zeitungen neue Enthüllungen über die skandalöse Affäre Gurlo-Lidwal. Schon früher wurde darauf hingewiesen, daß Lidwal dem Ministergehilfen Gurlo durch den Gouverneur von Nishai-Romgorod Baron Frederiks und den Gouverneur von Benfa-Kammerherrn Alexandrowka empfohlen worden war. Der letztgenannte hat seinerzeit durch seine Machenschaften im Roten Kreuz viel von sich reden gemacht. Beide haben sich bereit, durch die Presse bekannt zu geben, daß sie mit der Affäre Lidwal nichts gemein haben. Inzwischen hat die Presse die sonstigen — von der Affäre Gurlo abgesehen — zwischen Lidwal und Baron Frederiks bestehenden Beziehungen enthüllt und zwar in Verbindung mit dem Spielhause und dem Café-Chantant, welche von Lidwal auf der Nishai-Romgoroder Messe mit Genehmigung des Baron Frederiks und entgegen den Bestimmungen des 8. Artikels des Komites errichtet worden waren. Wie es sich jetzt herausstellt, entbehren die Beziehungen zwischen Lidwal und Frederiks nicht der materiellen Grundlage. Der Pariser Korrespondent der „Wetich“ telegraphiert unter dem 6. Dezember: „Soeben erhalte ich zuverlässige Nachricht, daß Ende September der Gouverneur von Nishai-Romgorod Baron Frederiks, der sich

damals in Paris aufhielt, durch eine der hiesigen Kreditanstalten auf Rechnung des Herrn Lidwal, Lieferant des Herrn Gurlo, 25.000 Franken erhalten hat. Ich glaube, daß die Untersuchung dieser Tatsache in der Kommission Golubetow zur Aufklärung der Machenschaften der Kompanie Gurlo-Lidwal beitragen kann.“

Als Antwort auf das Telegramm des Baron Frederiks, daß diese Mitteilung „Lüge“ und „Verleumdung“ sei, macht die „Wetich“ dem Baron Frederiks den Vorschlag, sie zur gerichtlichen Verantwortung zuziehen.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verghwalde-Tegel. Im Dezember findet Versammlung nicht mehr statt. Nächste Versammlung 2. Januar 1907 bei Kube.

Wilmersdorf. Donnerstag, den 13. Dezember, 8 1/2 Uhr abends, im Luisenpark, Wilhelmstraße 112: Vortrag, Herr Dr. Pinus: „Die Bekämpfung der Krebskrankheit“.

Wiesensee. In der letzten quibusierten Versammlung wurde an Stelle der früheren Vertrauensperson, die wegen Krankheit auf Wiederwahl verzichtete, Genossin Demmig gewählt.

Rixdorf. Als Vertrauensperson für Rixdorf wurde in der letzten Versammlung Gen. Rohr gewählt. Bei der Wahl der Delegierten zum Preussentag votierte die Versammlung einstimmig für Genossin Thiel.

Versammlungen.

Die Berliner Verwaltungsstelle des Zentralverbandes der Fleischer hielt am Mittwoch im „Englischen Garten“ eine Mitgliederversammlung ab, in der Verbandsvorsitzende Hensel über den Kampf in Mannheim und die Bedeutung des Bonkotts sprach. In lebhafter und anregender Weise schilderte der Redner die Eindrücke, die er bei seinem Aufenthalt in Mannheim empfangen hatte, sowie die Wirkung, die der Boykott dort auszuüben vermag, wo die Polizeibehörde lange nicht so parteiisch eingreift, wie das in Berlin und Preußen bei gewerkschaftlichen Kämpfen geschieht. Der Redner hatte Boykottgelder, wie sie überall in Mannheim angelegt werden und sogar an den Häusern boykottierter Metzgermeister prangten, mitgebracht, und ebenso das Boykottplakat, das auf Pappe aufgezogen, in den Straßen der Stadt herumgetragen wird, an der Wand des Versammlungssaals befestigt, um den Anwesenden vor Augen zu führen, wie ihre Mannheimer Kollegen, unterstützt von der ganzen organisierten Arbeitererschaft der Stadt, den Boykottkampf führen. Außerdem wurde eine photographische Aufnahme des Boykottwagens in der Versammlung herumgereicht. Dieser Wagen, der mit großen Transparenten versehen, durch die Stadt fuhr, ist allerdings jetzt von der Polizei konfisziert worden, die dem Drängen der Metzgermeister nur doch in gewissem Grade nachgegeben hat. Nach der eigenen Schätzung der Redner muß der Boykott ihnen unendlich großen Schaden verursacht haben. Haben doch fünf Metzger eine Schadenersatzklage auf nicht weniger als 50.000 M. eingereicht! So hoch soll also der Verdienst sein, der diesen fünf in den vier Boykottwochen entgangen ist, und das trotz der so außerordentlich hohen Viehpreise. Letztens übt die Innung jetzt selbst einen Boykott aus, und zwar sucht sie mit allen Mitteln den Metzgern, die die Stellenforderungen bewilligt haben, den Einkauf von Vieh unmöglich zu machen. Die schon im „Vorwärts“ erwähnt worden ist, hatte die Innung sich zu Verhandlungen vor dem Gewerbeamt bereit erklärt, dann aber das gegebene Wort gebrochen und wiederum nur bereit gezeigt, mit dem Gesellenauschuß zu verhandeln, der aus unorganisierten Leuten besteht, die zu allem ja sagen und auch die schmachlichsten Arbeitsverhältnisse als tadellos hinstellen. Der Kampf entbrannte nach dem Wortbruch der Innung von neuem und wird nun mit um so größerem Eifer gegen alle die Metzger geführt, die nicht bewilligt und ihre Gesellen ausgesperrt haben. Der Redner schloß mit der Aufforderung, daß jeder nach besten Kräften dazu beitragen möge, daß der Kampf in Mannheim siegreich beendet werden kann, was den Verhältnissen im Fleischer-gewerbe ganz Deutschlands zugute kommen muß.

Unsere Stellungnahme zur nächsten Gesellenauswahl war der zweite Punkt der Tagesordnung. Der Referent Krause führte aus, wie wichtig es ist, daß in den Gesellenauswahlen endlich einmal Kollegen gewählt werden, die fähig und auch willens sind, die Interessen der Gesellenchaft wirklich zu wahren, und nicht Leute, die auch die schmachlichsten Verhältnisse, wie sie z. B. in den Herbergen und bei der Stellenvermittlung herrschen, für gut befinden. Die Wahl findet im Januar statt. Inzwischen werden sich noch weitere Versammlungen mit der Angelegenheit befassen.

Darauf berichtete Bergmann über den Verlauf und das Ergebnis der Krankenkassenwahlen vom 28. und 29. November, bei denen die Liste der organisierten Fleischer-gesellen siegte, und zwar mit 39 gegen 12 Stimmen in der Vorstands Wahl und mit 255 gegen 120 Stimmen in der Delegiertenwahl, was ein Beweis dafür ist, daß es auch möglich sein muß, tüchtige und pflichtbewusste Kollegen in den Gesellenauswahlen hinzuzubringen.

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Tristotagen, Strumpf- und Glühstrumpfbranche nahm dieser Tage eine Versammlung Stellung. Der durchschnittliche Wochenlohn einer tüchtigen Strumpffabrikantin beträgt höchstens 10 bis 11 M. und in der Glühstrumpfstrickerei beträgt der Lohn 12 bis 14 M., wie von Arbeiterinnen angegeben wurde. Dabei müssen von einer Arbeiterin 16 Maschinen bedient werden. Auch in der Tristotagenstrickerei ist es nicht besser, vielleicht noch schlechter, denn da ist der Anfangslohn 7 bis 8 M. pro Woche und müssen die Arbeiterinnen jahrelang arbeiten, wenn sie 12 bis 14 M. pro Woche verdienen wollen. An Bemühungen, die Arbeiterinnen zur Organisation heranzuziehen, hat es nicht gefehlt, doch leider war alles vergebens. Um nun von neuem Fühlung zu bekommen und die Arbeiter, besonders aber die Arbeiterinnen aufzurütteln, damit sie sich ihrer Lage bewußt werden, hatte die Brandenburger Arbeiter- und Strickerei des Textilarbeiterverbandes die Versammlung einberufen und durch Flugblätter die einzelnen Betriebe auf dieselbe hingewiesen. Es hatten sich auch eine stattliche Anzahl Besucher eingefunden, aber doch im Verhältnis zur Masse, die in Betracht kommt, noch lange nicht genug. Genosse Köffel vom Zentralvorstand hielt das Referat und erteilte für seine Ausführungen reichen Beifall. Es ließen sich auch hierauf eine Anzahl der weiblichen Anwesenden in den Verband aufnehmen. Frä. Blanke wurde darauf von den Strickereinnen als Vertrauensperson gewählt. Zu der Generalversammlung wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder, die Kollegen Schein und Behold wieder vorgeschlagen.

Der Lederarbeiterverband (Zentrale Berlin I) befaßte sich am Donnerstag in seiner Mitgliederversammlung mit der Verschmelzungsfrage der in der gesamten Lederindustrie tätigen Berufsgruppen zu einem Industrieverband. Es kamen hierbei in Betracht die Lederarbeiter (Loh- und Weißgerber usw.), Schuhmacher, Sattler, Portefeulier, Kürschner und Handschuhmacher. Mit der Angelegenheit hatte sich vor einigen Monaten bereits eine Vorstands-Konferenz der genannten Organisationen beschäftigt, ohne jedoch zu einem definitiven Abschluß der Sache zu kommen. Am Donnerstag vertrat nun der Verbandsstifter Wolf den Standpunkt, daß die Verhältnisse zwar früher oder später zur Gründung eines Industrieverbandes drängen würden, jedoch sei die Verschmelzungsfrage gegenwärtig noch nicht sprechreif. Heimlich ist dagegen der Meinung, daß wohl vielleicht in zehn Jahren doch einmal kommen muß, könne auch schon in der Gegenwart ermöglicht werden. Wo ein Wille sei, finde sich auch ein Weg. Die weitere Debatte wurde vertagt. In den Vorabend wurden sodann gewählt: Runge als 1. Vorsitzender, Heidelberg als Schriftführer, Burkhart als 2. Kassierer, Löbner als Revisor und Opitz sowie Peglo als Delegierte zur Gewerkschaftskommission.

Eingegangene Druckschriften.

Neue Gesellschaft, Sozialistische Wochenzeitung, Heft 11, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lili Braun, Verlag: Berlin-Schöneberg, Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Gandelsstraße) in den Vormittagsstunden (10-12 Uhr) wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gestützt 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Dankschreiben und eine Zahl als Werkzeuge beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor. G. D. Sie müssen besonders gut und selber Kapital zu dem Experiment nehmen. — M. S. 20. Der Vertrag ist jähig, falls Sie nicht etwa minderjährig sind. Die Firma würde die Klage gewinnen und kann nachher andere als die Ihnen von ihr geleisteten Sachen pfänden. — J. S. 29. 1. und 2. Ring und Geschenke, soweit diese noch vorhanden, müssen zurückgegeben werden, die Klage auf Rückgab. verjährt innerhalb eines Jahres nach Aufhebung der Verlobung. Befand keine Verlobung.

Sondern nur ein sogenanntes Verhältnis, so behalten Sie die Sachen. 2. Reim. — J. S. 100. 1. und 2. Decarische Bestimmungen gibt es nicht. Sie können aber an die Stiftungsbepublikation des Magistrats, Berlin O., Danmühlen, ein Gesuch richten. 3. Heimaltschein und Bef. erhalten Sie durch die Polizeibehörde. Kostenpunkt etwa 1,50 bis 3 M. — P. S. 13. 1500 M. — P. S. 27. Falls die zweite Ehe nach 1899 geschlossen ist, erben die Kinder zusammen drei Viertel, der Stiefvater ein Viertel des Nachlasses, die Stiefmutter nichts. — Charlottenburg. Im Januar. — J. S. 28. Können Sie an das Bezirkskommando einen Antrag auf Erhebung der Rente. Leiber stehen aber die gesetzlichen Vorschriften dem Recht auf Rente entgegen. Es könnte nur ausnahmsweise dem Gesuch nachgegeben werden. — S 146. J. S. G. 1. Reim. 2. Tropen Sie Ihren Fall vor, allgemeine Rechtsbetrachtungen müssen wir ablehnen. — M. S. Hensburg. 1. bis 4. und 6. Reim. 5. Pa. — P. S. 85. Die Strafe ist nur auf Aufforderung zu verhängen, gleichzeitig wird das Gefängnis befristet. Urträge auf Aufschub oder früheren Antritt oder ein bestimmtes Gefängnis betreffend sind baldigst an das Amtsgericht zu richten. — R. 73. Die Handlung würde als strafbarer Betrug anzusehen werden. — R. 100. 27 Jahre. — G. S. Nieder-Schöndorfen. 1. Ältere Kündigung ist nicht statthaft, 2. Dem Eigentümer. 3. Sie müssen schaden. — G. M. 7a. Reim. Der ein Haus in Subhastation erteilt, kann bis zum 3. des ersten Quartals, welches auf den Verkauf folgt, zum Schluß des Quartals vorzeitig kündigen.

— H. P. 69. Der Weg zur Veränderung des Namens, denn um einen solchen handelt es sich, ist auch jetzt nur der, daß Sie ein Gesuch an das Polizeipräsidium richten müssen. Der Polizeipräsident ist nicht verpflichtet, dem Gesuch stattzugeben. Die Genehmigung der Veränderung des Namens würde 50 M. kosten. — Frau G. H. 9 und G. J. 2. Geben Sie den Antrag auf Gewährung der Annahmeverrente beim Magistrat, Abteilung für Annahmeverrenten, Köpenicker Park, zu Protokoll. — G. R. 20. Reim. — 2511. Wenden Sie sich an den musikalischen Leiter Ihres Bundes. — H. R. 53. Wenn, was in Berlin die Regel, Ihr Vortrag nicht entgegengelegte Bestimmungen enthält, so können Sie beim Amtsgericht auf Befreiung des ungenüßlichen Geräusches. — C. J. — 800 R. Der Gerichtsvollzieher ist leider im Recht. — J. S. 54. Wenden Sie sich an die Polizei in der Charité. — 123 G. Das ist kein Grund zur Aufhebung des Vertrages. Nach einer Klage auf Befreiung des Miethandes hat wenig Aussicht auf Erfolg. — Urb.-Radfahrer 7. H. R. Wenden Sie sich an den Direktor einer der beiden hiesigen Handwerker-Schulen und nehmen Sie an dem Kursus, den er Ihnen empfiehlt, teil. — G. W. 19. 1. Reim. 2. Falls eine förmliche Verlobung unter Zustimmung der Eltern stattgefunden hat, nicht etwa nur ein sogenanntes Verhältnis, ist der Ring und sind die Geschenke, soweit sie noch vorhanden, zurückzugeben. — D. P. Reim. — C. Kahn. Sie erhalten die zurechtfindende Auskunft, wenn Sie sich direkt an die betreffende Stelle oder an Hoppegarten wenden. — W. S. 1000. Am 31. Dezember 1907.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 12. Dezember. Anfang 7 1/2 Uhr. Rgl. Opernhaus. Salome. (Auf. 8 Uhr.) Rgl. Schauspielhaus. Götter von Beckenbergen mit der egyptischen Hand. Deutsches, Mensch und Uebermensch. Zentral. Die Geisha. Nachmittags 3 1/2 Uhr: Schneewittchen und die sieben Zwerglein. Die Hanserhölzer. Nachmittags 5 1/2 Uhr: Rindbestreue und Bekannschöpfung. Vorabend. Die Regimentstochter. Nachmittags 8 Uhr: Peter und Paul reisen ins Schwarzenland. Anfang 8 Uhr. Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Hochtourist. Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Mathias Collinger. Befreiung. Der heimliche König. Neues Schauspielhaus. Die Hochzeitsfeier. Nachmittags 3 Uhr: Wendenbrüder. Kleines. Ein Dealer Gatte. Berliner. Sherlock Holmes. Neues. Die Condottieri. Städtische Oper. Carmen. Weidens. Florenz und Palapan. Lustspielhaus. Hafarensieber. Nachmittags 3 1/2 Uhr: Gänselesel. Deutsches Amerikanisches. Im weißen Westen. Herr Hausmann u. Kumpel. Thalia. Eine lustige Doppeldecker. Nachm. 4 Uhr: Händel und Ortel. Paulsen. Das Nectes und der Liebe Weisen. Bernhard Hofe früher Karl Weich. Die neue Welt. Trianon. Wo ist der Papa? Vorher: Herr Hubd. Walhalla. Spezialitäten. Metropol. Der Teufel laßt dazu. Kaffee. Die beiden Champignon. Spezialitäten. Jolies Caprice. Debüt Heilichmann. Passage. Berlin paß auf! Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Säger. Wintergarten. Spezialitäten. Urania. Tautentstraße 18/19. Im Theater abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Im Vorabend 8 Uhr: Aus dem Leben der Wissenschaftlichen Ethnographie, insbesondere der Mikrophotographie. Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Heute im Theater 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Anfang 8 Uhr. Aus dem Leben der wissenschaftlichen Ethnographie, insbesondere der Mikrophotographie.

Komsche Oper. Carmen.

Abends 8 Uhr. Donnerstag zum erstenmal: Pariser Leben. Anfang 7 1/2 Uhr. Freitag: akme. Samstag und Sonntag: triser Leben. Auf. 8 Uhr. Sonntag um: Hoffmanns Erzählungen. Verlag: Carmen.

Loring-Theater.

Sehliancstr. 7/8. Nachm. 3 U: Märchenvorstellung: Der und Paul reisen ins Schwarzenland. Anfang 8 Uhr. Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Hochtourist.

Lustspielhaus. Gänselesel.

Nachm. 3 1/2 Uhr: Gänselesel. Hurenheber.

Zentral-Theater. Die Geisha.

(Opthe.) 8 Uhr: Die Geisha.

Luise-Theater.

Reichbergerstr. 34. Des Meerester Liebe Wellen. Anfang 8 Uhr. Donnerstag: Wintermärchen. Freitag zum erstenmal: Viel Lärm um nichts. Samstag: Frau Holle. Abends 8 U: Sherlock Holmes. Sonntag 3 Uhr: Die drei Hühner. Anfang 8 Uhr: Viel um nichts.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Abends 8 Ulim wilden Westen und Herr Mann v. Köpenick. Sonntag nachm. 3 Uhr: Ueber'n Ben Teich. Sonnabend, 7. u. abds. 8 Uhr: PRIERE. Der Sorbtrecher. Posse m. Ges. kt. v. A. Philipp.

Bernhardse-Theater.

Große Artst. 132. Abends 8 Uhr: Die in Welt. Volkshaus mit ag u. Tanz a. d. amerik. Volkstänzen u. Kithing. Donnerstag: Kithchen von Heilbronn. Art Ausgewiesen.

Etablissem Neue Welt.

Hasenstr. 114. Gaiel. Bernhard e-Theater: Am tar. Zeitgemäß 5 Akten. Kaffeneröffnung. Anf. 8 Uhr. Sittetvorstellung 10-11 Uhr an der Kaffe des Unents.

Theater des Westens.

Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12. Nachm. 3 1/2 Uhr: Kindervorstellung: Kleine Weise. Kindertanz und Weihnachtssoßen. Abends 7 1/2 Uhr: Die Zauberkiste. Donnerstag: Der Schmetterling.

Neues Schauspielhaus.

Heute nachmittags Adenbrüder. 3 Uhr. Abends 8 Uhr: Die Hochzeitsfeier. Donnerstag 8 Uhr: Der Sturm.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr. Die Condottieri. Morgen und folgende Tage: Die Condottieri.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr: Zum 136. Male: Ein idealer Gatte. Donnerstag: Die Feinde. Freitag, Sonnabend: Ein idealer Gatte.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Mittwoch, abends 8 Uhr: Der Hochtourist. Schwank in 3 Akten von Kurt Kraus und Ray Real. Donnerstag, abends 8 Uhr: Mathias Collinger. Freitag, abends 8 Uhr: Der Hochtourist.

Palast-Theater. Prater-Theater.

Burgstraße 24. Kastanien-Allee 7/9. Massen-Vorstellungen von erstklassigen Spezialitäten vom 1. bis 31. Dezember 1906 — arrangiert von der Internationalen Aristen-Loge. E. V. Berlin. Anfang der Vorstellungen: Sonntags 7 1/2 Uhr, wochent. 8 Uhr.

Zirkus Schumann.

Heute Mittwoch, den 12. d. M., abends präz. 7 1/2 Uhr: Grande Solree equestre. Elite-Programm und die jugendliche Schulfretterin Art. Dora Schumann. Josef Guichenot, Oberreiter S. M. des Jaren.

Will. H. Hill.

in seinen unglaublichen Leistungen. Ein wirkliches Phänomen. Die hochinteressante Truppe der Moki-Indianer.

Moki-Indianer.

Dh. Albert Schumanns neue und moderne Dressuren und sämtliche Spezialitäten. Zum Schluß am 16. Male: Ein Tag in Monte Carlo. Ausstattungspantomime.

Metropol-Theater.

Der Teufel lacht dazu. Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schults.

Massary. Wolff. Bender.

Giampietro, Josephi. Sonntag, 16. Dez., nachm. 3 Uhr: Ermäßigte Preise. Auf in's Metropol. Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Passage-Theater.

Täglich abends 8 Uhr: Berlin paß auf! Vorlesung in 3 Akten v. Leop. Gij. Musik von Rudolf Keilan. In den Hauptrollen: Josefina Dora, Paulitta von Roy, Georg Kaiser, Martin Bendix. Außerdem: Die glänzenden Dezember-Spezialitäten.

Etablissem Neue Welt.

Hasenstr. 114. Gaiel. Bernhard e-Theater: Am tar. Zeitgemäß 5 Akten. Kaffeneröffnung. Anf. 8 Uhr. Sittetvorstellung 10-11 Uhr an der Kaffe des Unents.

Theater des Westens.

Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12. Nachm. 3 1/2 Uhr: Kindervorstellung: Kleine Weise. Kindertanz und Weihnachtssoßen. Abends 7 1/2 Uhr: Die Zauberkiste. Donnerstag: Der Schmetterling.

Neues Schauspielhaus.

Heute nachmittags Adenbrüder. 3 Uhr. Abends 8 Uhr: Die Hochzeitsfeier. Donnerstag 8 Uhr: Der Sturm.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr. Die Condottieri. Morgen und folgende Tage: Die Condottieri.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr: Zum 136. Male: Ein idealer Gatte. Donnerstag: Die Feinde. Freitag, Sonnabend: Ein idealer Gatte.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater N. (Friedr. Wilhelmstr. 75.) Mittwoch, abends 8 Uhr: Mathias Collinger. Lustspiel in 4 Aufzügen von Oskar Blumenthal und Ray Bernstein. Donnerstag, abends 8 Uhr: Doppelselbstmord. Freitag, abends 8 Uhr: Fran Inger von Gestrot.

Palast-Theater. Prater-Theater.

Burgstraße 24. Kastanien-Allee 7/9. Massen-Vorstellungen von erstklassigen Spezialitäten vom 1. bis 31. Dezember 1906 — arrangiert von der Internationalen Aristen-Loge. E. V. Berlin. Anfang der Vorstellungen: Sonntags 7 1/2 Uhr, wochent. 8 Uhr.

Zirkus Schumann.

Heute Mittwoch, den 12. d. M., abends präz. 7 1/2 Uhr: Grande Solree equestre. Elite-Programm und die jugendliche Schulfretterin Art. Dora Schumann. Josef Guichenot, Oberreiter S. M. des Jaren.

Will. H. Hill.

in seinen unglaublichen Leistungen. Ein wirkliches Phänomen. Die hochinteressante Truppe der Moki-Indianer.

Moki-Indianer.

Dh. Albert Schumanns neue und moderne Dressuren und sämtliche Spezialitäten. Zum Schluß am 16. Male: Ein Tag in Monte Carlo. Ausstattungspantomime.

Metropol-Theater.

Der Teufel lacht dazu. Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schults.

Massary. Wolff. Bender.

Giampietro, Josephi. Sonntag, 16. Dez., nachm. 3 Uhr: Ermäßigte Preise. Auf in's Metropol. Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Passage-Theater.

Täglich abends 8 Uhr: Berlin paß auf! Vorlesung in 3 Akten v. Leop. Gij. Musik von Rudolf Keilan. In den Hauptrollen: Josefina Dora, Paulitta von Roy, Georg Kaiser, Martin Bendix. Außerdem: Die glänzenden Dezember-Spezialitäten.

Etablissem Neue Welt.

Hasenstr. 114. Gaiel. Bernhard e-Theater: Am tar. Zeitgemäß 5 Akten. Kaffeneröffnung. Anf. 8 Uhr. Sittetvorstellung 10-11 Uhr an der Kaffe des Unents.

Theater des Westens.

Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12. Nachm. 3 1/2 Uhr: Kindervorstellung: Kleine Weise. Kindertanz und Weihnachtssoßen. Abends 7 1/2 Uhr: Die Zauberkiste. Donnerstag: Der Schmetterling.

Neues Schauspielhaus.

Heute nachmittags Adenbrüder. 3 Uhr. Abends 8 Uhr: Die Hochzeitsfeier. Donnerstag 8 Uhr: Der Sturm.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr. Die Condottieri. Morgen und folgende Tage: Die Condottieri.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr: Zum 136. Male: Ein idealer Gatte. Donnerstag: Die Feinde. Freitag, Sonnabend: Ein idealer Gatte.

Kasino-Theater.

Pothringstr. 37. Täglich 8 Uhr: Corradini Berlins Liebling. Barsikow x Ellmann Duo. Dazu: Großer Vaherfolg. Die beiden Champignon. Sonntag 4 Uhr: Alexander der Große.

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr. Wo ist der Papa? Vorher: Herr Hubd. Sonntagnachm.: Der Hausfreund.

Teppiche.

mit wenig sichtbar. Farbenfehlern Gardinen, Steppdecken spottbillig Portieren, Tischdecken reich bestickt Mk. 1,75.

Louis Gordan, Berlin Granienstr. 42 (Oranienplatz).

Zahn-Klinik.

Preise billige Zahnabteilung. Invalidenstr. 145. Olga Jacobson.

Jede Dame spart Geld! Ausverkauf „Einzeln“ unter Herstellungspreis. 1 Posten Seidenplüsch-Boleros Mk. 15.-, 18.-, 21.-, 25.-, 30.-. 1 Posten Seidenplüsch-Paletots in allen Längen 25.-, 30.-, 45.-, 50.-, 60.-. Ein Posten Seidenplüsch-Saccos mit 18 Mk. kleinen, unscheinbaren Webefehlern. Saccos, Boleros u. Paletots Hochelegante Tuchmäntel Eskimo, Covercoat, 5 bis 35 in allen Längen u. 20 bis 50 M. Astrachan, Breitschwarz u. neuesten Farben Wert bis 60 Mark! Wert bis 150 Mark! Engros-Lager Extraweiten für starke Damen. Paletots, Jacketts und Capes. Kein Laden. Kindermäntel, Golf-Capes, Havelocks u. Abendpaletots 3 bis 20 Mk. Max Mosczytz, Landsbergerstr. 59, eine Treppe, a. Alexanderspl. Achten Sie in Ihrem eigenen Interesse auf die Hausnummer.

Uhren, Gold-, Silber-, Alfenidewaren in größter Auswahl und moderner Ausführung. Reinh. Wankel Brunnen-Str. 163 Gegründet 1877. zwischen Anklam- und Invaliden-Straße.

Glas-Christbaum schmuck. Seit 1. März präch. 5 Nachm. 3 Uhr, nachm. 5 Uhr, nachm. 7 Uhr, nachm. 9 Uhr, nachm. 11 Uhr, nachm. 12 Uhr, nachm. 13 Uhr, nachm. 14 Uhr, nachm. 15 Uhr, nachm. 16 Uhr, nachm. 17 Uhr, nachm. 18 Uhr, nachm. 19 Uhr, nachm. 20 Uhr, nachm. 21 Uhr, nachm. 22 Uhr, nachm. 23 Uhr, nachm. 24 Uhr, nachm. 25 Uhr, nachm. 26 Uhr, nachm. 27 Uhr, nachm. 28 Uhr, nachm. 29 Uhr, nachm. 30 Uhr, nachm. 31 Uhr, nachm. 32 Uhr, nachm. 33 Uhr, nachm. 34 Uhr, nachm. 35 Uhr, nachm. 36 Uhr, nachm. 37 Uhr, nachm. 38 Uhr, nachm. 39 Uhr, nachm. 40 Uhr, nachm. 41 Uhr, nachm. 42 Uhr, nachm. 43 Uhr, nachm. 44 Uhr, nachm. 45 Uhr, nachm. 46 Uhr, nachm. 47 Uhr, nachm. 48 Uhr, nachm. 49 Uhr, nachm. 50 Uhr, nachm. 51 Uhr, nachm. 52 Uhr, nachm. 53 Uhr, nachm. 54 Uhr, nachm. 55 Uhr, nachm. 56 Uhr, nachm. 57 Uhr, nachm. 58 Uhr, nachm. 59 Uhr, nachm. 60 Uhr, nachm. 61 Uhr, nachm. 62 Uhr, nachm. 63 Uhr, nachm. 64 Uhr, nachm. 65 Uhr, nachm. 66 Uhr, nachm. 67 Uhr, nachm. 68 Uhr, nachm. 69 Uhr, nachm. 70 Uhr, nachm. 71 Uhr, nachm. 72 Uhr, nachm. 73 Uhr, nachm. 74 Uhr, nachm. 75 Uhr, nachm. 76 Uhr, nachm. 77 Uhr, nachm. 78 Uhr, nachm. 79 Uhr, nachm. 80 Uhr, nachm. 81 Uhr, nachm. 82 Uhr, nachm. 83 Uhr, nachm. 84 Uhr, nachm. 85 Uhr, nachm. 86 Uhr, nachm. 87 Uhr, nachm. 88 Uhr, nachm. 89 Uhr, nachm. 90 Uhr, nachm. 91 Uhr, nachm. 92 Uhr, nachm. 93 Uhr, nachm. 94 Uhr, nachm. 95 Uhr, nachm. 96 Uhr, nachm. 97 Uhr, nachm. 98 Uhr, nachm. 99 Uhr, nachm. 100 Uhr.

Möbel Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen eventuell auch auf Teilzahlung Paul Burow's Möbel-Fabrik Berlin SW., Lindenstraße 105.



Letzte Woche!
Ruth
St. Denis.

Folies Caprice
Linienstr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Dir. Felix Berg.
Heute:
Debüt Fleischmann!
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf von
10-2 Uhr u. b. Werthelm.

Walhalla-
Varieté-Theater
Weinbergsweg 19/20
Am Rosenthaler Tor.
Eine Variété-Vorstellung
einzig in ihrer Art.
60 internationale Artisten 60.
Unter anderem:
Die 12 Akrobaten Vordy
in ihren phänomenalen höchsten
Spielen mit 3 Bongs und Stein.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Colosseum
Dresdenerstr. 97.
Das urkomische
Dezember-Programm.
Neu! Im Konzertsaal: Neu!
D'Wondschneiderbrüder.
Seit 20 Jahre Schrammeln
und sechs erstklassige Gesangskräfte.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss: Neu!
Christmarkt.
Anfang
Bodenlags
8, Sonntag
7 Uhr.

Sanssouci, Kottbuser
Straße 4a.
Direktion Wilhelm Reimer
Jeden Sonntag, Montag,
Dienstag:
Hoffmanns
Norddeutscher Sänger
und Tanzkränzchen.
Wiedergefunden!
Weihnachtskomödie in 1 Akt.
Sonntag Beginn 6, Bodenlags 8 Uhr.
Dienstag, 18. Dez.: Letzter Theater-
abend vor Weihnachten.

Bughagen
Moritzplatz.
Jeden Mittwoch u. Sonnabend:
Humoristischer Abend
und **Freitanz.**

Frachtsäle des Westens
Spichernstr. 3. Carl Stechert.
Heute Theater-Aufführung:
Fabale und Liebe.
Schauspiel v. F. v. Schiller.
Anf. 7 1/2 Uhr. Eintr. 40 Pf.
Nach der Vorstellung:
Familienkränzchen

Otto Pritzkow, Mühlstr. 16.
Welt-Ausstellungs-
Biograph (St. Louis)
Theater lebender
Photographien mit
abwechslndem
Abnormitäten-Prgr.
Verbindung mit größter Films-
Fabrik Frankreichs, daher täglich
neueste Bilder.
♦ Den ganzen Tag Vorstellung. ♦

Gustav
Behrens
Theater,
Berlin O.,
Frankfurter
Allee 85.
Das vollständig neue
Dezember-Programm.
Neu! Der Hauptmann v. Köpenick
großer Raubdiebstahl.
22 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 9 1/2 Uhr.

lassen Sie sich nicht
durch ungläubliche Reklame verleiten
und kaufen Sie keine billige Zither, die
keine Stimmung hält. Ein solches Instru-
ment ist etwas fürs Auge, aber wertlos.

Wollen Sie wirklich Freude haben,
dann kaufen Sie sich die echte
Menzenhauer
Guitarzither
mit unterlegbaren Noten, welche
jedermann sofort spielen kann.
Über 1 1/2 Million im Gebrauch.
Preis M. 20.00 u. M. 25.00.
Versand franko mit schriftlicher
Garantie für 1 Jahr.

Zu haben in jedem besseren Musikhaus
oder direkt bei
Menzenhauer & Schmidt, Berlin,
Spittelmarkt 15.
Bei Einsendung dieses Inserates erhält jeder Käufer einer Guitarzither
12 Noten gratis.

Metzner
Berlin
Andreas-Str. 23
gegenüber Andreasplatz.
Brunnen-Str. 95
am Bahnhof Gesundbrunnen.
Beussel-Str. 67
Moabit.
Leipziger-Str. 54-55
Spittel-Kolonaden.
Verkauf Hof in Fabrikgebäuden.

Kinderwagen
Triumphstühle
Kindermöbel
1000 Mark

Kinderlettstellen
Korinthen
Pappinwagen
Belohnung

zähle ich jedem, der mir in Berlin ein
grösseres Spezial-Geschäft in der
Branche als das meine nachweist.

Gegründet 1873. - Katalog gratis.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
2. Berliner Reichstagswahlkreis.
Am 9. d. M. verstarb plötzlich
unser Mitglied, der Kapazierere
Gustav Bürger
Bezirk 149.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Frei-
tag, den 14. d. M., nachmittags
3 Uhr, auf dem alten Jakob-
kirchhof, Hermannplatz, statt.
239/10 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Bohrer
Karl Schnüchel
am 8. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 12. Dezember, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Nazareth-Kirch-
hofes in Reinickendorf-West aus
statt.
Rege Beteiligung erwartet
151/7 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass der Kollege, Tischler 96/6
Julius Wasserzieher
am 9. Dezember nach langer
Krankheit verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 13. Dezember,
nachmittags um 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Sebastian-Kirch-
hofes in Reinickendorf aus statt.
Um rege Beteiligung erucht
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer
Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und
Zementbranche.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege 151/6
Paul Martin
am 2. Dezember 1906 an den
Folgen eines Unfalls verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Der Sektionsvorstand.

Verband der Schneider und
Schneiderinnen.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern geben wir
hiermit bekannt, dass der Kollege
Franz Loehs
am Sonntag, den 9. Dezember,
im 42. Lebensjahre gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
165/5 **Die Ortsverwaltung.**
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 12. Dezember, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Julius-Kirchhofes, Her-
mannstraße, aus statt.

Todes-Anzeige.
Sonntag, den 9. Dezember,
früh 7 Uhr, verstarb unser liebe
Kollege, der Former
Friedrich Struck
im 64. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Kollegen
der Metallgewerkschaft A. Borsig.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 13. Dezember,
nachmittags 2 Uhr, vom Trauer-
haus, Borsigstraße, Reinickendorf, 36,
aus nach dem Domtrahofe Berlin.
Rückfrage, halt. 233/3

Dankfagung.
Allen Verwandten, Genossen und
Genossinnen, dem Gesangsverein der
Führer, sowie dem Verein der Frauen
und Mädchen der Arbeiterklasse, die
meiner lieben Frau, unserer guten
Mutter
Charlotte Matthes
bei der Beerdigung die letzte Ehre er-
weisen haben, sagen wir hiermit
unseren herzlichsten Dank. 236/2
August Matthes nebst Tochter.
Aus Anlass des Hinscheidens meines
tunlichgeliebten Mannes, des Gattners
Wilhelm Möhring
sind mir so viele herzliche Beilei-
dungsgebungen zugekommen, dass
es mir unmöglich ist, jedem einzelnen
zu danken. Ich spreche daher auf
beidem Wege allen Verwandten,
Freunden, Bekannten und Bekannten,
sowie dem Gesangsverein „Sorgenfrei“
für die liebevolle Anteilnahme bei
der Beerdigung des so früh Dahin-
geschiedenen herzlichsten Dank aus.
Anna Möhring,
geb. Metzger.
230/6

Weihnachts-Prämien.

Wir sind in der angenehmen Lage, unseren Lesern in diesem Jahre
Ferdinand Freiligraths Werke
mit einer Einleitung von **Schmidt-Weißensfels**
in vorzügl. Ausstattung, gebunden in 3 Leinenbänden, zu dem außerordentlich billigen Preise von
3 Mark
abgeben zu können.

Ferner bieten wir unseren Abonnenten
Grillparzers sämtliche Werke
Neue illustrierte Ausgabe in 2 Bänden.
Herausgegeben und mit Einleitung versehen von **Rudolf von Gottschall.**
Das Werk ist gut ausgestattet, umfasst über 1000 Seiten und kostet ebenfalls nur
3 Mark

Bei der großen Beliebtheit, deren sich die Werke des Freiheitsdichters Freiligrath in
der Arbeiterschaft erfreuen, sowie bei dem lebhaften Interesse, das dieselbe speziell den Dramen
und Erzählungen Grillparzers entgegenbringt, dürfte die Nachfrage nach beiden Werken,
namentlich in Anbetracht des billigen Preises eine sehr große sein, so dass es sich empfiehlt,
seinen Bedarf baldigst, wenn möglich schon jetzt zu decken.

Zu beziehen in unserer Hauptexpedition, Lindenstr. 69, und in allen Parteipeditionen.
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68
Lindenstr. 69, Laden.

Schwarzer Friedrichsberg,
Zernsprecher Nr. 8.
Adler Frankfurter
Chaussee 5.

Jeden Sonntag im Königssaal:
Großer Ball
unter Leitung des Herrn D. Bürger.
Jeden Mittwoch:
Willy Walde-Sänger.
Gedr. Arnhold.

Revolution in Sie!
Wird bei dem internationalen Kampf um Lebens-
mittel jetzt mit Mut und Entschlossenheit ge-
griffen, dann gibt es nur Preis-Erhöhen durch-
schnittlich 100 Prozent, wird aber jetzt, mit
allen nur zu Gebote stehenden Mitteln eriffen,
wird zugewartet bis sich der Kampf der bepreis-
bildenden Parteien zu Gunsten der inter-
nationalen Hauspartei entschieden hat, dann sindest-
ständig Preissteigerungen von 200-300 Prozent
für alle Lebensmittel unausbleiblich, das die
offene Revolution in Deutschland fertig.
Wer sich für diese gefährlichen Vorgänge wirt-
schaftlichen interessiert, vorlange Prosektorschüre:
„Das Wirtschafts- und Sozialleben der Gegenwart“
„Das Wirtschafts- und Sozialleben der Gegenwart“
M. 2.-, Teil- und Volksausgabe 60 Pf. Zu beziehen durch
alle Buchhandlungen (Komm. Otto Wehring),
wobei auch Prospekte und Zirkulare umsonst
werden, ausserdem sind solche direkt vom Her-
bringer, Kaufmann Michael Prosektor in We-
pforte zu beziehen.

Verlangen Sie **Tellus-Zigaretten**
garantiert Handarbeit
Mit peinlichster Sorgfalt von bestbezahlten Zigaretten-Arbeitern hergest.
M. Butze, Orientalische Zigaretten-Fabrik „Tellus“, Berlin 54.

Heute Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Partei-Angelegenheiten.

Spöden. Der Zahlabend für den Bezirk I (Mitte) findet heute abend 8 1/2 Uhr beim Genossen Gustav Müller, Alter Markt 8, statt.

Bezirk Waldmannslust. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Nachricht, daß zum heutigen Zahlabend die Parteitag-Protokolle zum Preise von 10 Pf. für jedes Mitglied ausgegeben werden.

Berliner Nachrichten.

Die Fee!

Vor wenigen Wochen feierte Wilhelm II. die Kronenkrönung am Esen als eine holde, gütige, Segen spendende Fee. Als Mensch hat sie nie in besonders rühmendwerter Weise von sich reden gemacht.

Die Regelung der Lehrergehälter in Berlin harri noch immer der Erledigung. Bekanntlich haben die feinerzeit gefassten Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlung nicht die Zustimmung des Magistrats gefunden.

In der gestrigen Nummer beschäftigt sich auch die freikonserervative „Post“ mit der Regelung der Lehrergehälter.

Die geplante Aufbesserung der Lehrergehälter Berlins, von der wir kürzlich berichtet und die sich seit neun Monaten zwischen Stadtverordneten und Magistrat hin- und herfährt, weil man sich über ein Mehr von fünfzig Reichsmark nicht einigen kann.

Inzwischen haben andere Gemeinden der Vororte Berlins die Gehaltsaufbesserung energisch in Angriff genommen und dabei den geforderten Lebensbedürfnissen entsprechende Rechnung getragen.

Berlin will seinen Lehrern eine Zulage von 100 M., das sind pro Tag 27 Pfennige, gewähren. Dieses Plus werden die gesteigerten Fleischpreise für sich in Anspruch nehmen; wozu die anderen, ebenfalls im Preise gestiegenen Bedürfnisse befriedigt werden sollen, ist ein Rätsel.

Solches geschieht am grünen Holze des Freisinn, der immer — in Worten — von Lehrerfreundlichkeit trieft.

brächten? Hier könnte der Freisinn mehr Lorbeeren ernten, als wenn er sich zum Schilling der Polen aufwirft.

Was den Hinweis der „Post“ anlangt, daß die Angelegenheit sich so lange Zeit hingiebt, so müssen wir bemerken, daß die Schuld den Magistrat, allerdings freisinnigen Magistrat, trifft.

Den Befähigungsnahe hat die neue Heißdampf-Lokomotive auf einer fahrplanmäßigen Schnellzugsfahrt von Charlottenburg nach Königsberg i. Pr. erbracht.

Im Winter in den Heimstätten. In der letzten Sitzung des Kuratoriums der städtischen Heimstätten wurde die Frage der Benutzung der städtischen Heimstätten im Winter eingehend erörtert.

Der Grund für diese auffallende Erscheinung ist erfahrungsgemäß der, daß die Kranken und auch die überweisenden Ärzte zum Teil in den städtischen Heimstätten mehr Gelegenheiten sehen zu einem angenehmen Sommeraufenthalt.

Wenn Dienstmädchen Geschrei zerkochen, sind manche „Herrschaften“ rasch bereit, Anspruch auf Schadenersatz zu erheben und die Kosten vom Lohn abzuziehen.

Uns liegt ein Brief vor, in dem eine „Unädige“ — keine Frau, sondern ein Fräulein — ihrem Dienstmädchen nach Beendigung des Dienstverhältnisses vorgerechnet hat, welche Forderungen sie — die „Unädige“ — eventuell an das Mädchen stellen könne.

schüren und ziehen. Fräulein R. gab noch für die nächste 14 Tage 8 M. Lohn und 7 M. Kostgeld.

Table with 2 columns: Item description and Price. Includes items like 'Rest auf ein Servis', '1 großer echter blauer Topf', '6 Tassen a 35 Pf.', etc.

Außer sonstigen Gegenständen, die mir zu langweilig sind, anzuführen.

Hiermit ist aber die Liste noch nicht abgeschlossen, vielmehr findet sich dahinter noch die folgende Aufstellung:

Summary table showing totals: 37,37 M. (davon zog ich Zinsen ab 15,—), 22,37 M., 6,—, 28,37 M., 15,—, 13 M. Kostgeld.

Damit Sie einen Überblick haben, welche Forderung ich eventuell noch an Sie stellen kann.

In dieser Liste wollen wir bemerken, daß das Mädchen rund 15 Monate bei Fräulein R. gebient hat.

Derartige Fälle kommen öfter vor. Leider sind die Dienstmädchen heutzutage den Herrschaften gegenüber fast wehrlos.

Aus den städtischen Betrieben. Uns wird von städtischen Arbeitern geschrieben: Wir haben an dieser Stelle schon zu verschiedenen Malen Gelegenheit gehabt, auf die mangelhaften technischen und sanitären Einrichtungen in den städtischen Betrieben hinzuweisen.

Die einfachsten Dinge, die der gewiegte Unternehmer mit schnellem Griff erfährt, sind in Berliner Betrieben oft genug Gegenstand „interessanter Proben“ und bürokratischer Listen.

Ein unangenehmer Beigeschmack erhält diese sozialpolitische Tat nur dadurch, daß die Arbeiter die sehr schwere Arbeit in noch größerer Hast bewältigen müssen und vielfach kaum Zeit zum Essen haben.

Die geplante Aufbesserung der Lehrergehälter Berlins, von der wir kürzlich berichtet und die sich seit neun Monaten zwischen Stadtverordneten und Magistrat hin- und herfährt.

Eine Protestversammlung aller Angestellten im Gastwirts-gewerbe findet am Mittwoch, also heute, den 12. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im großen Saale von Rugenbagen, am Moritzplatz, statt.

Bekanntlich eines Soldaten! Ein Einjährig-Freiwilliger, Ernst Jebien, der in Berlin bei dem Alexanderregiment diente und zur zweiten Kompagnie gehörte, hat sich am Freitag

Das Leben genommen. Von der Wirtin, bei der er wohnte, war Jeshen der Verabredung gemäß in aller Frühe geweckt worden, weil er zeitig zum Dienst gehen wollte. Während sie ihm den Morgenkaffee servierte, glaubte sie zu bemerken, daß er etwas verdrossener als sonst sei, doch legte sie dem keine Bedeutung weiter bei. Als sie dann etwa eine Stunde später — in der Annahme, daß er bereits gegangen sei — sein Zimmer betrat — fand sie ihn leblos auf dem Fußboden. Sie dachte zunächst nur an einen Ohnmachtsanfall und holte schleunigst einen Arzt; dieser konnte jedoch nur noch den Tod feststellen. Jeshen hatte sich mit einem Revolver in die Schläfe geschossen. Der Verstorbene stammte aus Pechow, war Kaufmann und stand im 23. Lebensjahr. Ueber die Beweggründe zu seiner Verzweiflungsthat — weiß man nichts.

Ein schwerer Bauunfall ereignete sich vorgestern Abend auf einem Abriggeländchen in der Schützenstraße. Ein in der dritten Etage gelöster Balken stürzte plötzlich in die Tiefe und traf unglücklichweise den Arbeiter August Hübner, Kaiser Friedrichstraße 18 wohnhaft. Mit schweren Rückenverletzungen wurde er in das Krankenhaus Moabit eingeliefert.

Ein Fuhrwerk mit Labung gestohlen. Ein dreistes Diebstahlsstückchen lieferte sich vorgestern ein Langfinger in der Ackerstraße. Vor der Markthalle 6 hatten eine ganze Reihe von Fuhrwerken gehalten, die durch die Kutscher entladen wurden. Während die Leute mitten in der Arbeit waren, sprang plötzlich ein junger Mann auf den Bod des Schlächterwagens der Firma Karl Vogt, hieb auf die Feder ein und raste mit dem Fuhrwerk in wilder Karriere davon. Als der Kutscher kurz darauf aus der Markthalle wieder zurückkehrte, war kein Wagen spurlos verschwunden. Da der Wagen mit Fleisch noch beladen war, so erleidet die bestohlene Firma, die in der Colbinstraße 16 etabliert ist, recht bedeutenden Schaden.

Eine Schamlosigkeit sondergleichen verübten am Sonntagabend eine Horde junger Bengels vor dem Lokale „Marienbad“ in der Badstraße. In dem Lokale hatte am dem Abend eine Theateraufführung stattgefunden, an die sich ein Tanz anschloß. Gegen 12 Uhr kam eine größere Anzahl junger Burschen aus dem Lokal und pflanzte sich unweit des Einganges zum Saal in der Weise auf, daß niemand hindurch konnte. Bald kamen zwei junge, anständig gekleidete Mädchen aus dem Saal, um sich nach Hause zu begeben. Sie konnten aber nicht ungehindert durch den Korridor hindurchgelangen. Einer von den Bengeln warf ein Mädchen gegen das Gitter, während ein anderer der Straße dasselbe verkehrt zu packen kriegte und total umkehrte. Den Kopf nach unten, die Beine nach oben, so daß die Kleider dem Mädchen über den Kopf fielen und der Unterkörper nahezu entblößt wurde. In dieser Verfassung schleppten die Randalierer das Mädchen, das Schreien desselben unbeachtet lassend, vom Lokal bis vorn auf die Straße, es zwei Schritte vom Bürgersteig wieder loslassend. Dann begaben sich die „Helden“ wieder zurück, das andere Mädchen, das inzwischen sich wieder in den Kausaal geflüchtet hatte, erwartend, um wahrscheinlich neue Taten zu verüben. Ein Augenzeuge, der empört über diesen Vorfalle, auf der Straße einen Schutzmännchen suchte, um ihn auf das „Wirken“ dieser Kolonne aufmerksam zu machen, mußte sein Suchen bald als vergeblich einstellen. Ja, hätte eine Versammlung stattgefunden, so hätte der Mann nicht so lange nach der Polizei suchen brauchen.

„Paletot-Kontrollen“ machen gegenwärtig die größeren Lokale im Zentrum und in der Friedrichstadt unsicher, und es kann nicht dringend genug vor denselben gewarnt werden. Die Kontrollen „arbeiten“ in der Weise, daß sie scheinbar ihren Leberzucker suchen und dabei andere daneben hängende Mäntel einer Revision unterwerfen und besonders die Wästel- und Brusttaschen auf Mitnehmerswertes kontrollieren. Wie leichtfertig manche Personen sind, geht daraus hervor, daß nach einer der Kriminalpolizei zugegangenen Anzeige einem Kaufmann, der in einem Lokale im Zentrum der Stadt wollte, eine Brieftasche mit 800 M. Inhalt in solcher Weise gestohlen worden ist.

Erstochen. Der letzte Frost hat bereits mehrere Opfer gefordert. So wurde in der Rüdersdorfer Forst eine Frauensperson erstochen aufgefunden. Es war die geisteschwache Katharina Francowiad aus Halberge-Rüdersdorf, die aus der elterlichen Wohnung entlaufen war. Die Bedauernswerte irrte planlos im Walde umher, brach schließlich entkräftigt zusammen und mußte nun elend erfrieren. Schulknaben fanden später ihre Leiche. — In der Bismarckstraße zu Friedenau wurde der 63jährige Schäfer Friedrich Tomaszke erstochen aufgefunden. Man brachte ihn nach der Polizeiwache in Steglitz und nach einständiger Bemühung gelang es einem Arzte, dem Unglücklichen wieder ins Leben zurückzurufen. Er war aus dem Krankenhaus am Leben entlassen worden und befand sich auf dem Wege nach Mariendorf. Unterwegs schmerzten ihm die Füße, er ließ sich infolgedessen einen Augenblick zur Ruhe nieder und wurde später völlig erstarrt aufgefunden. Jetzt fand er im Kreis-Krankenhaus Aufnahme.

Ein Opfer der Glätte wurde der 17jährige Militärintalib Franz Lange aus der Steinmehrsstraße 27. Er glitt auf dem Bürgersteige der Bienenstraße aus und stürzte so unglücklich zu Boden, daß er schwerverletzt in das städtische Krankenhaus gebracht werden mußte.

Vom eigenen Wagen tolgefahren wurde vorgestern Abend der 36 Jahre alte Kutscher Jakob Wagner aus der Stephanstraße 12. Er hatte mit seinem Gefährt, einem mit Laß und Farben beladenen Geschäftswagen, vor dem Grundstück Müllerstraße 10 gehalten und dort Waren abgetragen. Als er dann das Gefährt wieder besteigen wollte, zogen die Pferde zu früh an, und B. stürzte rücklings vom Bod herunter. Er fiel unter den Wagen, und die Räder gingen ihm über die Brust hinweg. Der Kutscher hatte mehrere Rippenbrüche erlitten und starb auf dem Transport nach der nahen Unfallstation.

Durch einen herabstürzenden Mauerstein getötet. Von einem belagerten Schicksal wurde gestern Abend ein zwölfjähriger unbekannter Knabe ereilt. Er war die Müllerstraße entlang gegangen und als er beim Einbiegen in die Schulstraße an einem Neubau vorüberging, stürzte plötzlich ein Mauerstein von oben herab und schlug den Knaben nieder. Der Schädel wurde dem bedauernswerten Knabe vollständig zerrümmert. Passanten trugen den Verunglückten nach der Unfallstation in der Bindowerstraße, doch blieben alle ärztlichen Bemühungen fruchtlos. Der unbekannte Knabe war mit blauer Hose und grauer Jacke bekleidet.

Arbeiter-Samaritaner-Kolonnen. Rosen, Donnerstag, abends 9 Uhr: 4. Abteilung für Vaidenberg und Umgebung bei Vaidenberg, Schornweberstraße 80. Vortrag über „Augenverletzungen“; daran anschließend praktische Übungen. Es ist dies der letzte Lehrausgang in diesem Jahre. Fortsetzung des Kurses am 7. Januar 1907. 1. Abteilung: Die Weihnachtsfeier findet am ersten Feiertag im „Dresdener Garten“, abends 6 Uhr, statt. Montag Vorstandssitzung im „Dresdener Garten“.

Feuerwehrricht. Gestern früh um 6 Uhr kam in der Oranienstraße 188 ein größerer Brand zum Ausbruch. Auf dem Hofe standen bei Ankunft des 8. Zuges Fabrikräume mit dem Dachstuhl in Flammen. Es wurden sofort mehrere Schlauchleitungen vorgenommen. Mit Unterstützung des 5. Zuges gelang es, den Brand auf das Fabrikgebäude zu beschränken. Der 7. Zug hatte in der Tilsiterstraße 74 und der Markthalle 47 zu tun, wo Möbel, Gardinen, Kattunen, Kleider usw. brannten.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Stadtverordneten-Versammlung.

Zu Beginn der Sitzung protestierten die sozialdemokratischen Vertreter und Liberalen gegen die am vorigen Montag in nicht-öffentlicher Sitzung von der Mehrheit ihnen gegenüber vorgenommene Vergewaltigung bei Besetzung des Kuratoriums der städtischen Fortbildungsschule. Im Interesse der ordnungsmäßigen

Erledigung der Geschäfte forderten sie von der Mehrheit, von dieser Rechtsmaßregel Abstand zu nehmen; andernfalls solle man sich dann aber auch nicht beklagen, wenn die Minderheit zu energischen Abwehrmaßnahmen greife.

Es folgt sodann die Beratung zweier Anträge, in denen der Magistrat ersucht wird, eine gemischte Deputation einzusetzen zur Feststellung der Grundsätze, die für das Zustandekommen eines Zweckerbundes Groß-Berlin als Reichs- und Provinzialverband zu prüfen, was für Schöneberg zweckmäßiger ist: die Bildung eines Zweckerbundes Groß-Berlin, die Eingemeindung in Berlin oder die Bildung eines Verwaltungsbezirks Groß-Berlin. Stadtv. Dr. Vohberg (V.), der den ersten Antrag begründet, in dem nur von einem Zweckerbunde die Rede ist, meint, daß die Frage durch die Denkschrift des Oberbürgermeisters Richter wieder in Fluß gebracht worden sei; es ist nötig, dieselbe einmal gründlich zu erörtern. Die sich aus dem bisherigen Zustande ergebenden Mißstände sind in Schöneberg anders zu beurteilen als in Berlin. Jedenfalls müsse eine genügende Klärung eintreten. Redner weist auf die verschiedenen Gebiete hin, die eine gemeinsame Behandlung erforderlich machen, das Verkehrs- wesen, Armen- und Krankenpflege, Fortbildungsschulwesen. Die einzusetzende Deputation müsse prüfen, welche Mißstände sich aus dem Fehlen einer organisatorischen Verbindung mit Berlin ergeben, in welcher Form diese Verbindung herzustellen ist und auf welche Orte und Verwaltungsgebiete sie sich auszu- dehnen hat. Stadtv. Lessig, als Befürworter des zweiten An- trages, erkennt die vom Vordredner angeführten Mißstände voll und ganz an. Auch das Steuerwesen fordere eine gemeinsame Regelung, um den Aufschlag zur Staatssteuereinkommensteuer einheitlich festzusetzen. Nur wünsche er, sich nicht auf den Zweckerbund zu verweisen, wenn die Eingemeindung doch besser zu erreichen wäre. Stadtv. Dr. Warrwitz ist der Meinung, sich erst prinzipiell zu beschäftigen, was geschehen soll. Man müsse auch damit rechnen, daß sich der gegenwärtige Kurs der Staatsregierung ändert und Groß-Berlin freundlicher gesinnt werde. Der Zweckerbund könne Schöneberg vielleicht viel Geld kosten. Stadtv. Kötter (Soz.) empfiehlt, beiden Anträgen zuzustimmen. Das beste sei jedenfalls die Ein- gemeindung in Berlin, aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist es ausgeschlossen, die Zustimmung der Regierung zu diesem Plan zu erreichen. Vom praktischen Standpunkt müsse man jetzt das Nächstliegende nehmen, und das ist ein Zweckerbund. Redner geht dann ebenfalls auf die durch den jetzigen Zustand hervor- gerufenen Mißstände ein, die eine dringende Abhilfe notwendig machen. Stadtv. C. E. L. äußert Bedenken gegen die vorliegenden Anträge, die den Anschein erwecken könnten, als wolle Schöneberg in die zurzeit schwebenden Verhandlungen zwischen Berlin und 24 Vororten zum Zweck einer gemeinsamen Verständigung in Verkehrsfragen eingreifen. Diese wichtige Angelegenheit muß zu- nächst zum Abschluß gebracht werden. Jahre können jedoch vergehen, ehe man zu einer Einigung in den weiteren Fragen kommt. Redner spricht den Wunsch aus, daß Berlin an den bisherigen Verhand- lungen festhalten und nicht erst warten möge, bis die anderen Fragen gelöst sind. Stadtv. ordneter Knoll (Haus- besitzer-Klassen) hält es für notwendig, eine Einigung in der Entlohnung der Gemeindegewerbetreibenden herbeizuführen. Es wäre ein Mißstand, wenn ein Ort den anderen durch höhere Löhne provozieren. Von einer Eingemeindung verzieht sich Redner keinen Vorteil. Stadtv. Vohberg hält die Bedenken des Stadtrats für zu weit- gehend. Niemand denke daran, die gegenwärtig schwebenden Ver- handlungen in irgend einer Weise zu beeinträchtigen. An der Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes können höchstens die reichsten Gemeinden ein Interesse haben. Das zu erstrebende Ziel muß die Eingemeindung sein. Stadtv. Leidig wendet sich gegen den liberalen Antrag, in dem nur einem Zweckerbunde das Wort geredet wird. Der Zwei- erbund bringe Nachteile für Schöneberg, deshalb muß für die Ein- gemeindung eingetreten werden. Vorsteher Heyne empfiehlt, beide Anträge anzunehmen. Stadtv. Heyner bedauert die Langsamkeit der Verhandlungen. Im übrigen hält er die finanziellen Ver- hältnisse Schönebergs auch unter dem jetzigen Zustande für sehr günstig. Sie werden auch nicht so bleiben, wenn bei allen Ausgaben deren Notwendigkeit sorgfältig geprüft werde. — Nach Annahme eines Schlusstranges wird beiden Anträgen ohne Wider- spruch zugestimmt. Die Deputation soll aus 5 Magistrats- mitgliedern und 10 Stadtverordneten bestehen.

Eine längere Debatte brachte dann noch die der Versammlung vom Magistrat vorgelegte Lebersicht über die Frequenz der Volksschulklassen. Fast von allen Rednern wird darüber Klage geführt, daß die Zustände in dieser Beziehung sich in der letzten Zeit immer mehr verschlechtert haben. Es wäre Pflicht Schönebergs bei seinen finanziellen Verhältnissen dahin zu streben, die übrigen Orte zu überflügeln und sich nicht die zurückgebliebenen Orte zum Vorbild zu nehmen, noch dazu, da in Schöneberg für das höhere Schulwesen außerordentlich viel getan sei. In Abwesenheit des Deputierten für das Schulwesen suchte der Oberbürgermeister Wilde diesen Klagen entgegenzutreten, indem er erklärte, es sei unmöglich, der rapiden Entwicklung Schönebergs in dieser Beziehung nachzukommen.

Die jüngst erfolgten Wahlen der Stadtverordneten Dr. Vohberg und Destrach werden für gültig erklärt. Ein Protest gegen die Wahl des letzteren, weil derselbe Oberlehrer an einer städtischen höheren Schule ist, wird als unbegründet zurückgewiesen.

Ein großer Diebstahl ist gestern in der Wohnung des Schlächter- meisters Schulz, Barbarossastr. 57 entdeckt worden. Die Täter raubten eine große eiserne Kasse, die an barem Gelde 1800 M. enthielt. Außerdem befanden sich darin noch zwei Hypothekenbriefe, von denen der eine über 10 000, der andere über 6500 M. lautete. Auch einen Kautionschein der Elektrizitätswerke über 2000 M. und einen solchen der Gasanstalt barg die Kasse. Ebenso hatte der Schlächtermeister ein Kontobuch der Viehkommission-Welschland über 6000 M. und ein Sparkastensbuch mit der Nummer 200 808 über 150 M. in dem Behälter aufbewahrt. Das letztere wurde sofort auf der städtischen Sparkasse gelistet. Es ist auf den Namen Richard Kufin ausgestellt. Von den Dieben, denen auch noch eine goldene Taschenuhr mit Kette zur Beute fiel, fehlt noch jede Spur.

Rummelsburg.

Ein schwerer Unfall ereignete sich am Montag auf dem Friedrichs- felder Gebiet, auf dem gegenwärtig Kanalarbeiten vor- genommen werden. Eine Anzahl Arbeiter waren damit beschäftigt, Wasser zu pumpen. Als der eine Maschine bedienende Maschinist Thiele aus Karlsdorf nachsehen wollte, so fiel nicht etwa die Lager warnungslauten hatten, kam er mit seinem Jackett in die Räder und bei dem Versuche, sich zu befreien, wurde er von den Nummern erfaßt und schrecklich zugerichtet. Die Mittelfinger der linken Hand wurden ihm buchstäblich herausgerissen, auch die Muskeln und Sehnen am Oberarm wurden ihm losgerissen. Nachdem ihm an der Unfallstelle ein Notverband angelegt war, wurde Thiele mit einem Wagen nach dem Rummelsburger Krankenhaus geschafft.

Weißensee.

Mit einem Bahnprojekt Weißensee-Freienwalde wird sich in nächster Zeit die Gemeindevertretung beschäftigen. In einer Vor- besprechung wurde das Projekt vom Direktor Hahn von der Kontinental-Eisenbahn-Bau- und Betriebsgesellschaft erläutert. Hiernach durchläuft die Bahn eine Strecke von 62 Kilometer. Ausgehend vom Ringbahnhof Weißensee nimmt die Bahn ihre Trace am Ver- lorenen Weg und dem südlichen Friedhof entlang nach Weißensee, Lindenbergl, Schwanebeck, Birchow, Börnide, Wilmersdorf, Tempelhof, Beerbaum, Luchau, Klobbide, Hadelberg, Alt-Wersdorf bis Freienwalde. Die Baukosten sollen sich auf 5 000 000 M. belaufen. Die bauausführende Gesellschaft stellt der Gemeinde anheim, die Bahn sofort nach Fertig- stellung in eigene Verwaltung zu übernehmen, wenn diese die Ver- zinsung und Amortisation des Anlagekapitals übernimmt, was bei 3 1/2 Proz. Zinsen und 1/2 Proz. Amortisation die Summe von jähr- lich 200 000 M. betragen würde. Die Rentabilität der Bahn ist nach den technischeren Unterlagen gesichert, gegebenenfalls die Gesellschaft

sich verpflichtet bis zur Rentabilität Zuschüsse zu leisten, in diesem Falle hätte die Gemeinde nur die Summe der Amortisation in Höhe von 25 000 M. zu leisten. Die Finanzkommission wird die Ver- handlungen weiterführen und eine Vorlage zur Sitzung vor- bereiten.

Röpenitz.

Ein braves Rettungswort vollbrachte gestern der Polizeibeamte Krüger aus Friedrichshagen. Der Lehrer Hans Hagel, der Tischler Theodor Stobach und der Arbeiter Paul Haase aus Röpenitz hatten in einem Kahn einen Gasbrennerbrand nach Friedrichshagen auf dem Wasserwege transportiert. Auf dem Rückwege kam das Fahrzeug in der Nähe der Kolonie „Neu-Stamerum“ zum Kentern und die drei Insassen stürzten in die Fluten. Der Polizeibeamte K., der den Unfall beobachtet hatte, machte sofort ein Boot flott und unter Einschlag seines eigenen Lebens gelang es ihm schließlich, die Gefährdeten zu retten. Stobach wurde bereits bewußtlos aus dem Wasser gezogen. Die Geretteten wurden zunächst nach dem Restaurant „Seehof“ und von dort in das Röpenitzer Krankenhaus gebracht.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird eine dringliche Magistratsvorlage angenommen, wonach Stadtbaurat Singer, dessen Wahl vom Regierungspräsidenten bestätigt ist, zum kommissarischen Vorsitzenden bestimmt wird. Der Verpachtung von Wassergrundstücken am Müggelsee zu Sportzwecken wird entsprechend dem Antrag des Magistrats zugestimmt. Die Vorlage sieht eine 40 Meter breite Uferstraße vor. Der Plan betreffend die Bauauslinien für den südlichen Teil der Rieper- straße wird ebenfalls dem Magistratsantrag entsprechend genehmigt. Zu Punkt 6 beantragt der Magistrat, die Schreiberische Scheunen- stelle auf dem Heuplay für den Preis von 7000 M. anzukaufen. Ohne Debatte gelangt die Vorlage zur Annahme. Die neuen Straßenbahntarife führen zu längeren Debatten. Das Fazit der Ver- handlung ist die Annahme des vorgeschlagenen Tarifs.

Der Abschluß der Straßenbahn für 1905/06 stellt eine Einnahme von 120 180,00 M. auf, dem gegenüber steht eine Betriebsausgabe von 79 884,22 M., so daß ein Ueberschuß von 40 295,78 M. verbleibt. Insgesamt wurden befördert im Berichtsjahre 1 575 900 Personen. Für 1905/06 kommen zum erstenmal die Aufwendungen für Beson- derung und Tilgung des Anlagekapitals in Betracht mit 83 988 M. gegen 26 880,80 M. des Vorjahres und an Zinsen der bilanzmäßiger Gewinn von 10 023,28 M. wird einem Antrage der Straßenbahn- kommission gemäß dem Referatsprotokoll überwiegen, dessen Bestand somit auf 15 988,30 M. anwächst. Noch günstiger ist der Abschluß der Gaswerke pro 1905; der Reingewinn beträgt 58 903,14 M. Für Kohlen-Erweiterungen usw. sind noch 14 928,84 M. anzurechnen, so daß 43 974,30 M. verbleiben. Die Kommission beantragt hieron 40 000 M. für den Etat 1907/08 und 3974,30 M. für den Referats- fonds zu bestimmen. Stadtv. Schulze beantragt eine Ermäßigung der Gaspreise, welche Bürgermeister Dr. Langerhans mit Rücksicht auf die Inbetriebnahme des Elektrizitätswerkes bekämpft. Genosse Kiele wünscht Aufhebung der Gaspreismiete. Die Gewinnverteilung wird hierauf genehmigt. Die Vorlage des Magistrats auf eine Kronleuchter- Revision in den hiesigen Sälen und Bewilligung der Kosten in Höhe von 425 M. wird mit knapper Mehrheit angenommen. Eine längere Debatte entspinnt sich über den Antrag des Magistrats betreffend Bewilligung einer jährlichen Entschädigung von je 50 M. an die beiden begleitenden Lehrer auf den sechs- bis siebenstägigen Sommer- reisen der oberen Realschulklassen. Während von Mitgliedern der freien Vereinigung dieser Antrag befürwortet wird, werden sich Stadtv. Hentschel sowie Genosse Herbs dagegen. Letzterer betont, daß man aus prinzipiellen Gründen gegen die Vorlage sein müsse, denn sonst müßten für die Volksschulen gleiche Bewilligungen er- folgen. Bei der Abstimmung wird der Antrag mit 17 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Der letzte Punkt der Tagesordnung betraf die Reuanstellung von Beamten. Bürgermeister Dr. Langerhans kündigt hierbei eine vollständige Reorganisation der Polizeiverwaltung an. Der Magistrat verneint nicht, daß die Polizei in den letzten Jahren vernachlässigt ist; die neuen Beamtenstellen werden hierauf genehmigt. Es sind dies die Stellen je eines Beamten für das Armenbureau, Standesamt, Stadt- klasse und eines Kanalfisten. Des weiteren sollen sofort drei neue Polizeiergeantenstellen geschaffen werden.

Der Genosse Helling hat sein Mandat als Stadtverordneter niedergelegt. Demgemäß findet in der dritten Abteilung eine Re- wahl statt. Da inzwischen Stadtverordneter Hentschel zum Stadtrat bestätigt ist, hat auch in der zweiten Wählerklasse eine Ersatzwahl zu erfolgen. Beide werden voraussichtlich im Januar erfolgen.

Schönwalde (Bezirk Pankow).

In gut besuchter Mitgliederversammlung des Wahlvereins referiert am Sonntag Genosse K u b i g - Pankow über das Thema „Gemeinde- rechte und Vereinstätigkeit“. Redner führte den Genossen vor Augen, wie notwendig es ist, sozialdemokratische Vertreter für die Gemeinde zu wählen. Die Versammelten nahmen die Ausführungen mit regem Interesse entgegen. Zur Reuannahme in den Wahlverein meldeten sich zwei Genossen.

Nowawes-Neuendorf.

Die Gemeindevahlen sind durch die Genehmigung der Ver- einigung der beiden Gemeinden nunmehr in unmittelbare Nähe gerückt; zwar ist die offizielle Entscheidung der Regierung betref- fe der Vereinigung bei den hiesigen Behörden noch nicht eingetroffen, doch steht zu erwarten, daß dies in den nächsten Tagen geschehen wird. Es würden dann sofort die bereits fertiggestellten Wähler- listen aufgelegt und alle Wahlvorbereitungen von den Gemeinde- vertretungen getroffen werden, so daß die Wahl voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Januar, spätestens Anfang Februar statt- finden wird, da bis zum 1. April der Etat für die neue Gemeinde fertiggestellt sein muß. Für die Sozialdemokratie erwächst somit die Aufgabe, sofort in die Wahlkagitation einzutreten, da dieser Wahl- kampf mit einer ganz besonderen Schärfe geführt werden wird. Um unsere Genossen in der Agitation und bei der Wahl ihre Schuldig- keit, so ist die begründete Aussicht vorhanden, daß die Sozialdemo- kratie in der dritten Abteilung den vollen Sieg davonträgt.

Potsdam.

Die Arbeiter-Bildungsschule kann nach dem Bericht, welcher in der letzten Generalversammlung gegeben wurde, mit den Erfolgen der ersten dreiviertel Jahre zufrieden sein. Die Mitgliederzahl be- trägt 95 und der Kassenbestand 154,54 M. Zum Vorstände für das Jahr 1907 wurden gewählt: Walter Grunad, Vorsitzender; Buch- drucker Sacke, Kassierer; Buchdrucker Dittbener, Schriftführer; Schneider Riemann und Schuster, Weisiger. Für den Anfang Januar beginnenden neuen Kurses wurde als Thema: „Praktische National- ökonomie (mit besonderer Berücksichtigung der Gesetzgebung)“ bestimmt und zum Lehrer der Leiter des vorigen Kurses, Herr Dr. Goldschmid- Berlin, gewählt. Da die Unterrichtsstunden abwechselnd in P o t s d a m und N o w a w e s - N e u e n d o r f stattfinden, so werden die Genossen beider Orte ersucht, die Arbeiterbildungsschule durch ihre Mitgliedschaft zu unterstützen. Anmeldungen nimmt für P o t s d a m Walter Grunad, Waldemarstr. 2 und für N o w a w e s - N e u e n d o r f Buchdrucker Sacke, Neuendorf, Bismarckstr. 2, jeden- zeit entgegen. — Am Sonntag, den 16. Dezember, wird im Restaurant Labenthin ein Vortrag über: „Barenhaus und dessen Einrichtung“ gehalten werden, zu welchem Nichtmitglieder (Herren und Damen) freien Zutritt haben.

Gerichts-Zeitung.

Vorgänge beim Straßenbahnerstreik im Jahre 1900

bilden den Gegenstand einer ungewöhnlich langen Verhandlung vor dem Schöffengericht. Es handelt sich um die Rolle, welche der damalige Schaffner, jetzige Kontrolleur Wicher beim Abschluß des Streiks und nach demselben gespielt hat. Bekannt ist, daß gleich nach Beendigung des Streiks, den der Zentralverband der Handels-

Transport- und Verkehrsarbeiter führte, ein Verein der Straßenbahner gegründet worden ist, der von der Direktion protegiert wird und dessen Seele Acher ist, so daß dieser Verein in den Kreisen der Interessenten nicht anders als „Acherverein“ bezeichnet wird. Insbesondere steht dieser Verein, der die Tendenz hat, die Angehörigen der Straßenbahn von gewerkschaftlichen Bestrebungen abzuhalten, in Gegensatz zum Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, dessen Ortsverwaltung III die gewerkschaftliche Organisation der Straßenbahnangehörigen ist. Der Wahrung dieser Interessen dient unter anderem ein vom Verband herausgegebenes Blatt mit dem Titel „Kleine Mitteilungen“, dessen Redakteur Rathmann, der Leiter der Ortsverwaltung III des Verbandes ist. Aus Anlaß der Beförderung Achers zum Kontraktierer hat Rathmann im Januar dieses Jahres in den „Kleinen Mitteilungen“ das Verhalten Achers während des Streiks und nach demselben gekennzeichnet. In der Hauptfahse behauptet Rathmann, daß Acher eine Verräterrolle gespielt habe, indem er in einer Verhandlung der Direktion mit einer Kommission, bei der Oberbürgermeister Kirchner als Vermittler fungierte, nicht die Interessen und die Forderungen der Angestellten, sondern die Wünsche der Direktion vertreten habe. Weiter wird dem Acher vorgeworfen, daß er nach dem Streik eine sehr zweideutige Haltung eingenommen, sich bald auf die Seite der Direktion, bald auf die Seite des Verbandes gestellt habe.

Acher hat Rathmann auf Grund des Artikels der „Kleinen Mitteilungen“ wegen Beleidigung verklagt. Die Klage wurde am Dienstag vor dem Schöffengericht verhandelt. Für die in seinem Artikel angeführten Tatsachen trat der Beklagte Rathmann einen umfangreichen Nachweis an. Unter anderem wurden Oberbürgermeister Kirchner, sowie die Straßenbahndirektoren Riese und Kähler als Zeugen vernommen, sowie die Kommissionsmitglieder, die als Vertreter der Streikenden mit den Direktoren beim Oberbürgermeister verhandelten. Da die Vorgänge bereits länger als sechs Jahre zurückliegen, so konnten sich die Zeugen begreiflicherweise nicht mehr auf alle Einzelheiten, die heute zu beweisen waren, besinnen. Sowieb wurde jedoch festgestellt, daß Acher schon während des Streiks durch sein Verhalten bei einem großen Teil seiner Kollegen, sowie bei der Verbandsleitung in den Verdacht gekommen ist, er sei ein geheimer Agent der Direktion und bemühe sich, seine Kollegen im Sinne der Direktion zu beeinflussen. Unmittelbar nach dem Streik sind auch im Kreise der Angestellten der Straßenbahn verschiedene Tatsachen verbreitet worden, die diesem Verdacht Nahrung gaben. Über vieles von dem, was damals allgemein als feststehend galt und auch von dem Belagten für wahr gehalten wurde, ließ sich heute nicht mehr beweisen. Wegen Acher und für die Annahme des Beklagten spricht der Umstand, daß Acher einen vertraulichen Brief, den ihm ein Sekretär der Direktion geschrieben hat, an Rathmann übergab, um sich den Anschein zu geben, als ob er sich wieder ganz auf die Seite des Verbandes gestellt habe. In diesem Briefe, der als Beweisstück verlesen wurde, wird Acher von dem Direktionssekretär um vertrauliche Informationen über Angelegenheiten und Einrichtungen des Verbandes ersucht, weiter wird dem Acher versichert, daß auf seine Mitwirkung beim Zustandekommen des direktionsfreundlichen Vereins Wert gelegt werde. Als ein weiterer Beweis für Achers zweifelhaftes Verhalten wird die Tatsache angeführt, daß Rathmann bald nach dem Streik aus seiner Stellung als Schaffner entlassen wurde, weil er für die Interessen der Angestellten eintrat, während Acher, der zu jener Zeit auch für die Interessen seiner Kollegen agitierte, nicht entlassen worden ist. Der Beklagte schließt daraus, daß Acher agitatorisches Auftreten nur eine Finte war, womit er sich in das Vertrauen seiner Kollegen einschmeicheln wollte, während er in Wirklichkeit die Interessen der Direktion wahrzunehmen und mit deren Einverständnis zum Schein im Sinne der Bestrebungen der Angestellten agitiert habe. — Straßenbahndirektor Riese, der unter anderem auch über diese Entlassungsangelegenheit als Zeuge vernommen wurde, sagte: Wenn auch, als der Streik beigelegt wurde, die Direktion versprochen habe, keinen Angestellten wegen der Beteiligung am Streik zu mahnen, so sei doch damit keine Amnestie für alle Zeiten erteilt. Es sei durch dies Versprechen kein Freibrief dafür gegeben, daß jeder gehen und agitieren dürfe. Wenn Rathmann entlassen wurde, Acher aber nicht, so sei das wohl darauf zurückzuführen, daß dieser nicht so heftig wie jener agitiert habe.

Der Verteidiger des Beklagten, Rechtsanwalt Wolfgang Heine, fragte den Zeugen Riese, ob er denn jeden Angestellten entlasse, welcher agitiert, und ob er denn jedes Agitieren verbiete. — Der Vorsitzende lehnte jedoch diese Frage ab und der Straßenbahndirektor war der Verantwortung überhoben.

Der Verteidiger des Klägers beantragte eine Gefängnisstrafe, deren Höhe er dem Gericht überließ. — Rechtsanwalt Heine führte aus, der Beklagte habe in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt, er habe auch zweifellos in gutem Glauben den Artikel geschrieben, und wenn in der Form eine Beleidigung erblickt werde, so könne nur auf Geldstrafe erkannt werden.

Das Gericht beurteilte Rathmann zu einer Geldstrafe von 150 M. Aus der Begründung des Urteils geht hervor, daß das Gericht die Behauptung, Acher habe Verrat geübt, nicht für erwiesen hält, auch der Schuß des § 193 ist dem Beklagten nicht zugewiesen worden, andererseits ist aber auch nicht angenommen, daß er seine Angaben wider besseres Wissen gemacht habe.

Wegen versuchter Erpressung und Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung hatte sich der Maurer Wechem am Dienstag vor der 2. Strafkammer am Landgericht I zu verantworten. Der Angeklagte hat, als ein christlich organisierter Maurer auf dem Bau anfangen sollte, im Auftrage seiner dem Zentralverbande der Maurer angehörenden, auf dem betreffenden Bau beschäftigten Kollegen, dem Polizei mitgeteilt, daß diese mit dem christlich organisierten nicht zusammenarbeiten wollten. Der Polizei hat deshalb darauf verzichtet, den christlichen Maurer auf dem Bau anfangen zu lassen. Auf Grund dieser Tatsache — etwas anderes ist durch die Beweisaufnahme nicht festgestellt worden — konstruierte die Staatsanwaltschaft den Tatbestand der Erpressung nach dem bekannten, mit der Wirklichkeit in schroffem Widerspruch stehenden Schema: durch die Weigerung, mit dem Christlichen nicht zusammenzuarbeiten, sollte derselbe gezwungen werden, dem Zentralverbande der Maurer beizutreten, den Mitgliedern dieses Verbandes kam es hauptsächlich auf die Beiträge des zu gewinnenden Mitgliedes an, wodurch dem Verbands ein rechtswidriger Vermögensvorteil zugehend worden wäre. Der als Zeuge vernommene örtliche Vorsitzende des Zentralverbandes, Thoms, bekundete, es liege dem Verbands gar nichts daran, ob die Zahl seiner 19 000 Berliner Mitglieder durch die 700 christlichen Maurer, die es in Berlin gibt, vermehrt werde oder nicht. Der Verband erwarte auch nicht, daß seine Mitglieder die christlich organisierten zu gewinnen suchen, der Verband verlange auch nicht, daß seine Mitglieder ein Zusammenarbeiten mit den Christlichen ablehnen.

Obgleich das Gegenteil dieser Angabe durch die übrige Beweisaufnahme für den vorliegenden Fall in keiner Weise dargetan war, hielt der Staatsanwalt die Anlage wegen versuchter Erpressung nach dem bezeichneten Schema aufrecht, ebenso die Annahme, daß der Angeklagte sich einer Verurteilung im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung schuldig gemacht habe. Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis.

Der Verteidiger, Wolfgang Heine, beantragte Freisprechung. Zur Begründung des Antrages sagte er unter anderem: Es liege weder versuchte Erpressung, noch der Tatbestand des § 153 der Gewerbeordnung vor. Nicht sei für die Annahme vorgebracht, daß der christlich organisierte dem Zentralverbande zugesagt werden sollte. Angenommen, es sei erklärt worden, man wolle mit dem Mitgliede der christlichen Organisation nicht zusammenarbeiten, so sei doch damit nicht gesagt, daß man ihn zwingen wolle, dem Zentralverband beizutreten. Es müsse immer wiederholt werden, was schon so oft gesagt: Man tue den Arbeitern Unrecht, wenn man ihnen unterstellt, daß es ihnen bei der Werbung von Mitgliedern nur auf die paar Groschen ankomme, die als Beiträge gezahlt werden. Diese Annahme widerspreche den Tatsachen des wirklichen Lebens und der psychologischen Auffassung der Arbeiter.

So wenig wie § 283 des Strafgesetzbuches könne § 153 der Gewerbeordnung auf den vorliegenden Fall Anwendung finden, denn es liege keine Verurteilung vor. Nach einem Reichsgerichtsurteil in einer Zivilsache sei eine Verurteilung die Erklärung, daß jemand in gewissen Kreisen des Verkehrs unwürdig ist. Hiernach könne man also nicht annehmen, daß jemand durch Verurteilung gezwungen werden solle, einem Verbands beizutreten, denn, wenn man des Verkehrs unwürdig erachtet, den wolle man doch nicht in einen Verband, dem man selbst angehört, aufnehmen. Aus diesen Gründen sei die Freisprechung geboten.

Das Gericht erkannte auf Freisprechung. In der Begründung sagte der Vorsitzende: Es sei nicht der geringste Anhalt dafür erwiesen, daß der Angeklagte sich bemüht war, dem Zentralverbande durch Zuführung eines neuen Mitgliedes Beiträge zuzuwenden. Damit fällt die Voraussetzung der Erpressung weg. Der Angeklagte habe wohl eine gewisse Freisprechung auf das Mitglied des christlichen Verbandes ausüben wollen; in dieser Hinsicht sei ihm aber höchstens zur Last zu legen, daß er daselbe zum Austritt aus der christlichen Organisation bewegen wollte, aber nicht, daß er den christlich organisierten zum Eintritt in den Zentralverband veranlassen wollte. Hiernach seien also auch die Voraussetzungen des § 153 der Gewerbeordnung nicht gegeben.

Verfammlungen.

Eine öffentliche Tabakarbeiter-Versammlung fand am Donnerstag bei Wille in der Brunnenstraße statt. Genosse Geyer sprach über „Die Lage der Tabakindustrie unter den neuen Steuergeetzen“. Der Referent machte etwa nachstehende Ausführungen: Die Verschlechterung der Lage der Tabakarbeiter, welche vorher mit den anderen Arbeitern gleichgestellt waren, begann mit der Zoll- und Steuererhöhung im Jahre 1879. Da durch dieselbe die Tabakindustrie schwer belastet wurde, so suchten die Fabrikanten einen Ausgleich, indem sie die Löhne drückten. Durch den Konsumrückgang wurde das Herabdrücken der Löhne noch begünstigt. Des weiteren verlegten viele Unternehmer ihre Fabriken in die ärmsten Winkel des Reiches, wo sie ihre Zigarren aus drei- bis vierfache billiger hergestellt bekamen als in den Großstädten. Daß sich die Tabakindustrie bis heute noch nicht von der Nachwirkung dieser Zoll- und Steuererhöhung erholt hat, liegt auch an der fortgesetzten Beunruhigung derselben durch immer wieder neu auftauchende Steuerpläne der Regierung. Dieselben haben noch jedesmal eine Störung der Industrie im Gefolge gehabt und haben die Industrie an ihrer Entwicklung gehindert. Heute wird das Einkommen der Tabakarbeiter durch die künstliche Erhöhung der Lebensmittelpreise noch weiter herabgedrückt. Die Erhöhung der Lebensmittelpreise läßt aber auch noch infolgedessen eine ungünstige Wirkung auf die Tabakarbeiter aus, als bei jeder Teuerung immer zu allererst der Tabakgenuß eingeschränkt wird. Die gangbarsten Tabaksorten sind in den letzten Jahren ebenfalls sehr im Preise gestiegen. Wenn da die Zigarrenfabrikanten nicht noch Lohnabhängige gemacht haben, so liegt das daran, daß sie zur Befämpfung der Tabaksteuer gemeinsame Sache mit den Arbeitern machen mußten. Dafür sehen wir heute, daß, nachdem die Tabaksteuererhöhung abgeschlossen ist, die Tabakarbeiter überall in eine Lohnbewegung eingetreten sind. Wir sehen aber auch, daß infolgedessen neben dem sich über ganz Deutschland erstreckenden Deutschen Tabakverein in mehreren Gegenden Deutschlands noch örtliche Unternehmerorganisationen gegründet werden. Der Verband der Tabakarbeiter hat in letzter Zeit, zum Teil infolge der Reorganisation, einen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen. Mit einem Bestande von jetzt 82 000 zählt derselbe heute mehr Mitglieder als je vorher. Der schwerste Vorwurf aber, der den Tabakarbeitern gemacht werden muß, das ist die große Fluktuation im Verbands. Derselbe ist momentan bis zum Erlöschen zusammengebrochen. Nur ein kleines treues Häuflein hat eine Auflösung verhindert. Heute ist der Verband wieder wie früher ein Muster für andere Arbeiter. Die nach der Ablehnung der Tabaksteuer gegebene Situation wurde von den Gauleitern unter Hervorhebung des Kampfscharakters der Organisation mit Erfolg ausgenutzt. Es ist nun Sache der Gauleiter, die gewonnenen Mitglieder, die zurzeit schwere finanzielle Opfer kosten, auch dem Verbands zu erhalten, wenn die Lohnbewegung verdel ist. Die Erschließung von Oeffen, Westfalen, Baden und der Pfalz hat der Verband dem Gauleitersystem zu verdanken. Große Schwierigkeiten wurden der Organisation durch das Verlegen der Fabriken aufs Land und in die dunkelsten Winkel Deutschlands bereitet. So hat z. B. heute ein Drittel der gesamten deutschen Tabakindustrie seinen Sitz in Baden. Aber auch das Auswandern der Industrie nach solchen Gegenden hat seine Grenzen, weil die neu hinzukommenden Unternehmer die gelerntten Arbeiter an sich und andere weibliche Fabrikarbeiter aus anderen Industrien herausziehen. Sehr erfreulich ist der Anseh der Zigarettenarbeiter an die Organisation. Der große Aufschwung der Zigarettenindustrie hat sich im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts vollzogen. Die Technik hat in dieser Industrie erstaunliche Fortschritte gemacht. Das Rauchen von Zigaretten hat in Deutschland so um sich gegriffen, daß trotz der Maschinen die Zahl der Arbeiter noch gewachsen ist. Wenn aber weitere gewaltsame Eingriffe in diese Industrie gemacht werden, so muß eine Störung und damit eine Preishebung von Arbeitern eintreten. Den Lügen von bürgerlicher Seite, daß die Wanderlohnsteuer den Arbeitern nicht geschadet hat, müsse man entgegenhalten, daß die Arbeiterzahl in Dresden sehr zurückgegangen ist. Die Arbeiter werden von den Bürgerlichen noch verdöhnt, weil sie ihr Elend im Verborgenen getragen und keine Armenunterstützung bezogen haben. Was von der Wirkung der Wanderlohnsteuer prophezeit wurde, ist in Dresden alles eingetroffen. Sicher ist auch, daß die Wanderlohnsteuer mit der Absicht durchgedrückt wurde, dieselbe, falls sie sich bewährt, auch auf die Zigarren auszuwenden. Geyer wies dann noch in bezug auf das angekündigte Heimarbeitergesetz auf die große Ausdehnung der Heimarbeit in der Tabakindustrie hin, sowie auf die Gefahren, die dieselbe für die Heimarbeiter selbst, als auch für die anderen Arbeiter des Berufes mit sich bringt. — Müller nagelte die Lüge der Zentrumspreffe gebührend fest, daß die Wanderlohnsteuer keinerlei Nachteile für die Zigarettenarbeiter gebracht hätte. In Verita wurde durch krasse Organisation dafür gesorgt, daß die Arbeitszeit dementsprechend verkürzt wurde, damit keine Massenentlassungen eintreten konnten. In einigen Fabriken wurde trotzdem zeitweise ganz ausgefällt und in den anderen Fabriken wochenlang nur halbe Tage gearbeitet. Ist es vielleicht keine Folge der Wanderlohnsteuer, wenn dieselben Zigaretten, die vorher mit der Sand gemacht wurden, heute mit der Maschine angefertigt werden? Dafür, daß die Wirkung der Wanderlohnsteuer in Verita nicht zu augenfällig wurde, hat auch die Polizei gesorgt. Es wurden nämlich Hunderte von russischen Zigarettenarbeitern ausgewiesen. — Zum Schluß fand folgende Resolution einstimmig Annahme: „Die heute tagende öffentliche Tabakarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und schließt sich in Anbetracht der großen Kämpfe der Tabakarbeiter in Westfalen und an anderen Stellen Deutschlands der Resolution, welche in der letzten Mitgliederversammlung der Reichsvereine Berlin angenommen wurde, an. Die Versammelten verpflichten sich daher, nach wie vor Geldsammlungen vorzunehmen, um auch die mitkämpfenden unorganisierten Tabakarbeiter unterstützen zu können. Sie verpflichten sich in Anbetracht des heran nahenden Weihnachtesfestes, die Sammlungen um so energischer zu betreiben, damit auch die kämpfenden Kollegen und Kolleginnen dieses Fest nicht in allzu großer Not feiern können.“

Vermischtes.

Bräun-Einsturz. Bei Verdore stürzte (nach einer Meldung aus Dubapst) eine Brücke ein, als gerade eine große Anzahl vom Markte heimkehrender Bauernwagen darüber hinweg fuhr. Zahlreiche Personen wurden getötet oder verwundet. Weitere Einzelheiten fehlen noch.

Eine Million Hungernder. In Mittel-China herrscht eine furchtbare Hungersnot. In der Provinz Kianglu allein hungern eine Million Menschen.

Im Gise der Rewa. Als vorgestern die in der Petersburger Fabrik Thornton beschäftigten Arbeiter auf dem Nachhausewege einen schmalen Brettersteg passierten, um auf das andere Ufer der Rewa zu gelangen, brach dieser Steg zusammen, etwa 100 Arbeiter befanden sich auf ihm. Die Arbeiter fielen auf das Eis und brachen durch dieses in das Wasser. Ein Arbeiter wurde gerettet. Die Zahl der Verunglückten wird auf der Fabrik erst genau festgestellt werden.

Opfer der See. Während des Sturmes ist im Christenlund während der letzten Tage der Fischdampfer „Horloget“ untergegangen. Die ganze, aus zwölf Mann bestehende Besatzung ist umgekommen.

In ganz England herrschen heftige Schneestürme und große Kälte. In verschiedenen Bezirken sind die Eisenbahnverbindungen völlig unterbrochen respektive der Verkehr teilweise unterbrochen oder erschwert.

Ueberrannt. In Hamburg wurde gestern vormittag eine von 18 Personen besetzte Motorbarke der Firma H. B. Bland u. Söhne im Haushafen vom Fischdampfer „Klopstod“ überannt und zum Sinken gebracht. Sämtliche Insassen fielen ins Wasser; vierzehn wurden gerettet, vier ertranken.

Ein neues Unglück in Annen. In Annen brach infolge starker Regengüsse der Damm einer hochgelegenen, mehrere Morgen großen Stauanlage ein. Die großen zu Tal stürzenden Wassermassen richteten großen Schaden an. Die Feuerwehre mußte beim Mäumen der Wohnungen helfend eingreifen.

Sturmschäden in San Francisco. Ein Orkan traf gestern die Stadt und richtete in allen Stadtbezirken Schaden an. Ein Arbeiter ist getötet, mehrere sind verwundet worden. Der Hafen wurde in beträchtlichem Maße beschädigt.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktschulden-Direktion. (Großhandel.)

Ware	Preis
Haar 64-69, IIIa 58-63, IVa 50-56, Rohwolle, Doppelländer 115-125, Ia 88-95, IIa 76-80, IIIa 62-74, hell 50-60, Sammelwolle Ia 69-77, IIa 54-67, Schmeißwolle 57-65, Restwolle Ia per 100 Pfd. 0,80-0,78, IIa 0,38-0,58, Restwolle Ia 0,40-0,52, IIa 0,00, do. Halber 0,45-0,55, Baumwolle 0,40-0,52, do. Halber 0,46-0,72, Bilschweine 0,50, Schweinefleisch 0,00, Hühner per Stück 3,00-3,30, do. Klein und IIa 1,75-2,00, Kanarienvogel pr. Stück 0,70-1,00, Wiederkäuer pr. Stück 1,70, Sturmtenten 0,00, Heubühner, junge Ia 0,00, junge IIa 0,00, alte 0,00, junge keine 0,00, Hühner, alle per Stück 1,40-2,75, alte IIa 0,50-1,00, junge per Stück 0,50-1,40, Tauben per Stück 0,25-0,60, Ital. 0,75-0,80, Enten, junge per Stück 1,10-2,25, Hamburger, junge pr. Stück 3,00, Hühner, Oberländer, per 100 Pfd. 0,40-0,55, do. Ia per Stück 3,30-2,95, IIa 0,00, Geste per 100 Pfd. 70-87, groß 44, Zander 127, Schleie 0,00, unj. 0,00, mittel 0,00, kleine 0,00, Heil, groß 0,00, Heil, groß 0,00, mittel 0,00, klein 0,00, unj. 0,00, Wägen 34-45, Karren, 2er 0,00, 3er 0,00, 4er 0,00, do. 100 er 0,00, do. 50-60 er 65-69, 40 er 0,00, Barre 54-64, Karanfische 0,00, Bleisfische 0,00, Wels 0,00, Bunte Fische 20-25, Amerikan. Lachs Ia neuer per 100 Pfd. 110-130, do. IIa neuer 90-100, do. IIIa neuer 75, Seelachs 20-25, Sprotten, Steier, Ball 0,75-1,25, Danziger, Ball 0,40-0,50, Mundern, pommerische Ia, per Schod 3-6, do. pommerische IIa 2-4, Rieker, Steige Ia 4-6, do. mittel der Riste 2-3, Damb. Steige 4-5, halbe Riste 1,50-2, Sildlinge, per Ball Rieker 3,50-5,00, Strahländer 4-5, Kule, groß per 100 Pfd. 1,10-1,30, mittelgroß 0,80-1,00, klein 0,50-0,60, Heeringe per Schod 4-5, Schellfische Riste 4-5, do. 1/2, Riste 2-3,00, Koblau, p. 100 Pfd. 20-25, Heilbutt 0,00, Carbelten, 1902er 1/2, Riste 25, 1904er 25, 1905er 25, 1906er 73-75, Schottische Vollheringe per Anker 95, 1904er 40-44, full 35-38, med. 35-42, deutsche 37-41, Deringe, neue Rastee, per 1/2, 30-60-120, Carbelten, russ., 1/2, 1,50-1,80, Beuterlinge, Sädje (4 Riste) 1,50-1,75, Reingangen, Schodjäl 11, kleine 5-6, Rieker 14, Nummern, kleine, per 100 Pfd. 0,00, Rieker, per Schod, große 0,00, mittel 0,00, kleine 0,00, unfort. 0,00, Galtjer, groß 0,00, mittel 0,00, Eier, Land, per Schod 4,00-4,50, Butter per 100 Pfd. Ia 123-125, IIa 115-123, IIIa 110-114, abfallende 95-103, Saure Gurken Schod 3,50-4,00, Westphälische 3,50-4,00, Kartoffeln per 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 2,00-2,10, Dabersche 2,00-2,10, Rosen 0,00, weiße 1,75-2,00, Solalfartoffeln 4,00-6,00, Spinat per 100 Pfd. 8,00-10,00, Karotten per Schodbund 3,00-4,00, Sellerie, hiesige, per Schod 4,00-5,00, do. pommerische 3,00-5,00, Zwiebeln große, per 100 Pfd. 3,00-3,50, do. kleine 2,00-2,25, do. hiesige (Perl-) 0,00, Charlotten 60-70, Petersfische, rrln. Schodbund 1,50-1,75, Koblachl per Schod 0,50-1,00, Rettig, bayr., per Schod 2,40-4,50, Koblachl per Schodbund 0,80-1,00, Salat, per Schod 0,00, do. Escarole, per Randel 1,25-1,50, do. Endivien 1,75-2,00, Roderbüben per 100 Pfd. 2,50-3,00, Zeltower Rüben per 100 Pfd. 8-10, Weiße Rüben, große 2-2,50, kleine 5-6, Rote Rüben 1,50-2, Blumenkohl hell, per Kopf 0,18 bis 0,20, do. Hal. Kopf 0,11-0,22, Biringskohl per Schod 3,00-6,00, Reifkohl p. Schod 3,00-8,00, Weißkohl Schod 2,00-3,00, Rosenkohl p. 100 Pfd. 15-18, Grünkohl per 100 Pfd. 3-4, Schnittlauch 12 Topfe 4-4,50, Koblachl, Schod 2-3, Rübchen 5-8, Birnen, per 100 Pfd. hiesige 7-30, 55mische 8-20, Kappel, per 100 Pfd. hiesige 3-30, Gravensteiner 0,00, Aroler in Fässern 17-30, Riste 20-30, Amerik. 16-26, Weißbeeren, Schwedische 0,00, Gebirgs, 0,00, Wallnüsse per 100 Pfd. 16-20, do. rumänische 20-30, do. franz. Cornea 28-34, Parannüsse 60-65, Nesselnüsse lange 41-45, runde 32-35, Pistonen, Rejsina, 300 Stück 8,00-10,00, 300 Stück 7,00-9,00, 300 Stück 7-11.	

Witterungsbericht vom 11. Dezember 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. d. G. u. F.	Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. d. G. u. F.
Eutinmbe	745	SW	2	wolkig	-1	Daparanda	750	RRD	2	bedekt	-2
Hamburg	747	RRB	3	Schnee	0	Petersburg	745	D	1	bedekt	-1
Berlin	746	RRB	2	bedekt	1	Essig	760	B	4	Dunst	8
Frankf. a. M.	752	SB	4	Schnee	1	Liberden	755	SB	2	bedekt	1
München	755	B	6	Schnee	-2	Paris	761	SB	2	bedekt	-1
Wien	751	RRB	4	halb hb.	0						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 12. Dezember 1906. Ein wenig kälter, zeitweise heiter, aber veränderlich mit leichten Schneefällen und mäßigen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserhand am 11. Dezember. Elbe bei Rastow — Meter, bei Dresden — 0,54 Meter, bei Magdeburg + 2,02 Meter. — U n r u f bei Straßburg — Meter. — D e r bei Rastow + 1,47 Meter. — Rheinmündung + 2,88 Meter. — D e r bei Brielg + 2,40 Meter. — D e r bei Breslau Unterpegel — 0,60 Meter.

INSERTATE

für die nächste Nummer müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags des vorherigen Tages in unserer Expedition abgegeben werden.

Größere Anzeigen
für die
Sonntags-Nummer
erbitten dagegen schon bis
Freitag nachmittag 5 Uhr,
da nur in diesem Falle die Aufnahme garantiert
..... werden kann.

Vereinigung der Maler, Deutscher Buchbinder - Verband.

Lackierer Anstreicher.

Welschhofstraße 28. Filiale Berlin. Fernspr. Amt 4. Nr. 4787.

Donnerstag, den 13. Dezember 1906, abends 8 Uhr, in den Musikern-Sälen, Kaiser Wilhelmstraße 18m:

Mitglieder-Versammlung.

Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Referent: Genosse Wilhelm Düwelle. Diskussion. Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung in Leipzig. 126/10*

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Bezirksversammlungen:

- Bezirk 1. Donnerstag, den 13. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, bei Pieleke, Waldstr. 8.
- 2. Freitag, den 14. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, bei Wilke, Brunnstr. 188.
- 3. Freitag, den 14. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, bei Hertens, Pappelallee 25.
- 4. Donnerstag, den 13. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, bei Litka, Remerstr. 67.
- 5. Donnerstag, den 13. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, bei Donath, Schönleinstr. 6 (nicht wie bekannt gemacht, bei Augustin).
- 6. Freitag, den 14. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, bei Könnel, Sebaßianstr. 15.

Die Ortsverwaltung.

Verband der handgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. X X Zweigverein Berlin u. Umgegend.

Sektion der Deckenbranche.

Donnerstag, den 13. Dezember 1906, abends 8 Uhr, bei Wohlfarth, Rosenthalerstr. 57:

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung.

1. Unsere nächstjährige Wohnbewegung und wie stellen wir uns dazu? Referent: Kollege W. Kribow. 2. Bericht von der Vertretung. 3. Vorschläge zur Neuwahl des Zweigvereins-Vorstandes. 4. Verbands-Angelegenheiten.

Auch findet am Donnerstag, den 13. Dezember, abends 8 Uhr, bei Wernau, Schmiedestr. 23/24, die diesmonatliche

Mitglieder-Versammlung

Sektion der Putzerträger

mit derselben Tages-Ordnung statt. Recht rege Beteiligung in beiden Versammlungen erwartet der wichtigen Tagesordnung wegen bestimmt

Der Zweigvereins-Vorstand.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Achtung! Gewerkschaften! Achtung!

Das seit 1900 im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, II, innegehabte Bureau, Zimmer 21, wird wegen Raummangel zu vermieten gesucht. Bestellungen erhalten Auskunft aus dem Bureau. Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Berlin.

Sonnabend, den 15. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:

Außerordentliche General-Versammlung im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 II, Saal 4.

Tages-Ordnung: 1. Fortsetzung der Beratung und Beschlussfassung über das neue Ortsstatut. 2. Abgeplattung der Anstellungsbedingungen. 3. Verbandsangelegenheiten (Weihnachtsgratifikation an die Arbeitslosen). 96/15*

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Jedes Stück unter Garantie.



Unerreicht an Pracht und Schönheit ist

Rehfeld's Engel-Christbaumspitze

in besserer Ausführung, mit dem Stern von Bethlehem, drei goldenen schwebenden Engeln, die ein harmonisch abgestimmtes dreifaches Glockengeläute tragen mit drei goldenen aus Engeln bestehenden Mädchen mit den Aufschriften: „Ehre sei Gott in der Höhe!“ und „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!“ Diese Spitze ist die einzige Christbaumspitze, welche auch am schief stehenden Baume unbedingt sicher und tadellos funktioniert, weil alle Glocken in der Balance hängen.

Preis pro Stück 1,20 Mark.

Die billigere Spitze zu 1 Mark führen wir nicht. Porto 20 Pfg. — Nachnahme 30 Pfg. teurer. 18 000 Stück konnten im Vorjahre nicht mehr geliefert werden, deshalb erbitten wir Bestellung möglichst sofort. Bestellung geschieht am sichersten per Postanweisung, da Briefe mit Marken in der jetzt sehr harten Geschäftszeit häufig verloren gehen. Fordern Sie unseren neuen großen Weihnachtskatalog gratis und franko, bevor Sie bestellen.

Rehfeld & Backe, Solingen 504

Fabrik Solinger Stahlwaren und Versandhaus I. Ranges.

1000 Mark zahlen wir demjenigen, der uns nachweist, daß wir eine andere als die auf diese Annonce bestellte und oben beschriebene erste Qualität Christbaumspitze geliefert haben. : : :

Besichtigen Sie unser erprobten bewährten

Spiritus-Glühlicht-

Lampen und Brenner.
Centrale für Spiritus-Verwertung
BERLIN NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.

Kein Kaufzwang! Preisliste kostenlos!

Stuhl, untersucht, unbeschädigt 1904er
Weiß- u. Rotwein 58 Pf.
pr. Liter u. 60 Pf. pr. Hl. mit Glas.
Koffer p. 30 Stk., Kisten p. 12 Hl. an.
Probeflässe 6 weiß, 6 rot. Weingut
Ed. de Waal & Sohn, Koblenz 68.

Dr. Simmel, Prinson-Str. 41, 105
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Teilzahlung monatlich 10 M.
liefern elegante Herren-Garderobe nach Maß. Billigste Preise.
J. Tomporowski, Schneidemeister,
Berlin, Lindenstr. 110, 2. Etage.
Nähe Belle Allianceplatz.

Gegründet 1884.

Pelzwaren-Fabrik

S. Schlesinger
Neue Königstr. 21 II (Ordonnanzhaus)
Einzel-Verkauf wie alljährlich nach beendeter Engros-Saison.
Pelz-Stolas Muffen, Pelzhüte,
schick garniert, federleicht, zu fabelhaft billigen Preisen.
Sonntags geöffnet.

Gesundheits-Pfeifen

in verschiedenen Ausführungen Land-, Klub-, Marsch-, Shag-, Hamburger - Duisburger Rauchtobake, lange u. halblange Weichspitzen, Moerschau-, Weichsel-, Zigarren- und Zigarettenspitzen, Prim- u. Schnupftabak-Dosen, Pfeifenstiele, Tabaksbeutel und Spazierstöcke.
Carl Schubert, Klüstriner Platz 6.

Frack-Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115 I, a. Drabg.
Tor. Glas. Grad. Schrot. 1,50, Dose 1,00, Beste 50 Pf.

Portieren

Spezialität! (ca. 300 Genre).
Einz. Garnituren spottbill.
Spezial-Katalog (ca. 600 Illustr.)
gratis u. franko.
Teppich-Spezialhaus **Emil Lefèvre**
Oranienstr. 158 Berlin S.



Kaufhaus Max Mannheim

Ecke Königsberger Strasse • Frankfurter Allee 109-110 • Ecke Königsberger Strasse

Gratis Photographie-Bons

Auch für Kinder-Aufnahmen gültig	5 Mark 1/2 Dutzend Visit- oder Prinzess-Format	10 Mark 1/2 Dutzend Visit- oder Prinzess-Format	15 Mark 1/4 Dutzend Kabinet oder Griseldis-Format	20 Mark 1/2 Dutzend Kabinet oder Griseldis-Format	Sonntag 16. und 23. Dezember geöffnet von 12 bis 8 Uhr.
----------------------------------	--	---	---	---	---

Schluss der Ausgabe von Photographie-Bons: Sonnabend, 15. Dezember.

Gratis — Pracht-Kalender 1907 — Gratis